



4. Heft / 23. Februar 1911

KARL LEUTHNER · DIE REBELLION DER INTELLKTEUELLEN

IN den neunziger Jahren, da die nationalökonomischen Seminare ihre eifrigsten Zöglinge hatten, da jedermann als ein zurückgebliebener, dem Traditionalismus rettungslos verfallener Philister galt, dem das Individuum mehr war als ein aliquoter Teil der großen Summen, die, weil sie allein statistisch sich ergreifen ließen, die einzigen Träger geschichtlicher Kräfte sein sollten, da Persönlichkeit und Eigenart nur der Treffpunkt der Einwirkungen der sozialen Umwelt zu sein schienen: in dieser Zeit einer jugendlich flegelhaften Wissenschaftlichkeit, die in Geschichte und Soziologie wie der oberflächliche Materialismus bei der Lösung der Welträtsel keine Schranken, kein *Ignoramus*, keine dem Zauberschlüssel der Ziffer unerschließbaren Gegebenheiten kannte, entstand in Deutschland, aus diesen und hundert anderen Quellen gespeist, die Opposition des Geistes. Sie entstand mit der Paradoxie alles Lebenden als ein intellektueller Aufruhr aus dem Glauben an die Allwirksamkeit sozialer Bestimmungen und wurde eine gewaltige Einheit der Negation aus dem Zusammenflammen vieler kleiner Revolten auf allen Gebieten des Geistigen. Sie wuchs und erhob sich zur unwandelbaren Macht des Denkens und Empfindens, bis in der öffentlichen Meinung ihre Stimme alle anderen Stimmen übertönte und sogar den Rufen des Gegners die Tonfarbe der Unzufriedenheit, der Unruhe, der Verneinung gab. Wer jetzt von der Geistes- und Gemüthhaltung des deutschen Volkes redet, nimmt unwillkürlich von ihr die Maße und Werte.

Sie ist die große Tatsache des deutschen Lebens, seit sie eine vorwiegend politische Wendung genommen hat, erkennbar auch den Schwachsichtigen. Und für die Erkenntnis ihrer Existenz ist es im Grunde gleichgültig, ob man mit dem Chor der Malkontenten Deutschland als Abgrund und Miststätte der Reaktion, des rohen Ungeschmacks, des ethischen Materialismus der Reichen und Mächtigen und sein Volk als eine Sklavenherde, geweidet von Fürsten, Junkern und Polizeibütteln ansieht, oder anerkennt, daß kein Staat Europas in den letzten 40 Jahren einen so machtvollen Aufschwung auf allen Gebieten des materiellen Lebens erfahren hat wie Deutschland, daß es auf allen Pfaden des

Geistigen führend oder mitstrebend unter den ersten vorangeht, sein Parlament zu den faktisch mächtigsten und arbeitsfähigsten gehört, und größere Teile seines Volkes als irgend sonstwo von einem empfindlichen Freiheitssinn, von einem gärenden Geist der Neuerung ergriffen sind. Große Tatsachen, die sich aus den Gemütsstimmungen und Gedankenrichtungen von Hunderttausenden summieren, spotten jeder Bestreitung ihrer Begründung in Vernunft und Billigkeit, widerstreben wenigstens bei Mitlebenden jeder Erklärung, die mehr wäre als ein Rankengeflecht schwankender Phrasen und geben sich höchstens einer schlichten, treu nachzeichnenden Beschreibung dar. Doch vielleicht ist auch das nur der wahnvolle Trost der Eitelkeit. Denn das Gegenwärtige, Miterlebte ist das proteusartig Veränderliche, ewig Gestalten Wandelnde, ist das, was an uns vorbei in die Vergangenheit fortstürzt, derweil wir in die Zukunft hinein-jagen. Denn stets messen und pressen wir die Wahrnehmung nach dem Maß unserer illusionären Hoffnungen, und wir erleben nur selten mehr und Echteres als die Possenspiele unseres Witzes.

Steht am Anfang der Erkenntnis das Erstaunen, so legt uns die Rebellion des Geistes der Rätsel gar viele auf, die uns zu staunendem Emporschauen zwingen. Eine stets nur exoterisch vorgetragene, gleichwohl in den Wertgefühlen der älteren Sozialdemokraten mächtig mitwirkende Lehre sieht die bürgerliche Welt unter dem Druck der emporsteigenden Klassenbewegung des Proletariats zu einer reaktionären oder wenigstens reaktiven Masse zusammenge-drängt. Es gibt unzweifelhaft manche Gedankenreihen, die einen solchen Schluß tragen. Allein die Opposition der ästhetischen Empfindungen, ethischen Gefühle und abstrakten Freiheitsforderungen, dieses so luftige Gebilde, das, vom Hauch der Meinungen bewegt, nirgends in die Fundamente wirtschaftlicher Tatsachen eingesenkt zu sein scheint, hat in den letzten Jahren die Welt der Besitzenden in Deutschland mit klaffenden Rissen auseinandergetrieben. Und ein großer Teil der eigentlich Intellektuellen ist seit langem davon überzeugt, daß vor allen Dingen die klerikal-konservative Koalition niedergedrungen werden müsse, was anders als mit Hilfe der Sozialdemokraten gar nicht vorge-stellt werden kann.

Das Verhältnis dieser Bewegung des Radikalismus zur Sozialdemokratie ist indes ein ungemein widerspruchsvolles, in den wechselseitigen Berührungen und Abstoßungen schwer darzulegendes. Von den Beimengungen der sozialistischen Ideen, der sozialen Grundgefühle zeigt sich die oppositionelle Strömung, wie sie in Literatur und Presse alle Parteigrenzen überwallt, in verwunderlichem Grad frei. Viele werden darin die Bestätigung des Satzes von der zunehmenden Schärfe der Klassengegensätze finden; sie wirke sich sogar im Kontrast zu den politischen Sympathieen aus und scheide die sich im Tageskampf freundlich Annähernden in ihren tiefsten Instinkten. Ich widerspreche nicht, denn jeder hat an der umgebenden Wirklichkeit das, was er in sie hinein interpretiert. Doch ist es angebracht auf Gegeninstanzen hinzuweisen. Keinem, der die letzten 20 Jahre als denkender Betrachter durchschritten hat, wird die Beobachtung entgangen sein, daß in den neunziger Jahren, was sich links von der bürgerlichen Linken ansiedelte, vorwiegend halber Sozialismus war. Heute ist der damals geborene Radikalismus zu Macht und Zahl gelangt und in vielen Dingen zu noch entschiedenerer Verneinung des Politisch-Bestehenden vorge-drungen; aber er ist, von Ausnahmen abgesehen, und selbst, wo ihn ein

lebhafteres sozialpolitisches Verständnis bewegt, rein bürgerlicher Geistesart. Diese Entwicklung bietet des Merkwürdigen genug nach ihrer inhaltlichen wie nach ihrer formalen Seite. Inhaltlich ist der Prozeß — was ich gar nicht frivol sondern sehr ernst meine — ein Parallelvorgang zu dem Fortschritt von der Boheme zum Snobtum. Von der Armeleutstimmung keine Spur, Gefühlssozialismus als Wort und Sache verschwunden; man hat sich verbürgerlicht. Doch liegt in dieser Verbürgerlichung wenig oder gar nichts von Vorstellungen des Klassegegensatzes. Diese sind, sobald man die Personen und den Schauplatz der unmittelbar im wirtschaftlichen Kampf Stehenden verläßt, borierte Standesanschauungen und Standesvorurteile des Menschen, dem Besitzdünkel Persönlichkeitsgefühl ausmacht, Besitz als die einzige Rang abhebende Qualität am Menschen erscheint. Das bürgerliche Empfinden der Neuen ist von solchen Elementen keineswegs frei — schleppt doch auch der besser gestellte Arbeiter das Erbe des vieltausendjährigen Eigentumskults in stärkeren oder schwächeren Rückständen mit sich herum —, doch die regulierenden Vorstellungen und Gefühle sind durchaus andere.

Um es kurz zu sagen: Die moderne Bürgerlichkeit ist Gegenwartsfreude aus dem Ästhetischen ins Soziale übertragen. Dieses Ergebnis wird keinen überraschen, der sich gegenwärtig hält, welch großen Anteil an der Herausbildung des modernen Geistes literarischen und künstlerischen Strömungen zukommt, mit denen in gleicher Richtung die lebhaft erwachte Freude am technischen und wirtschaftlichen Fortschritt wirkt. Der Mensch von heute sieht eben in den Fabriken mehr noch die technischen Wunderwerke als die Ausbeutungsstätten. Selbst in den sozialistisch Denkenden verbirgt sich oft nur mühsam die Freude an den organisatorischen Leistungen des großen Kapitals. Allein unmittelbarer und ungehemmter breitet sich die bejahende Lebensstimmung über die äußeren Formen des geselligen und genießenden Daseins des Bürgertums. Der Kultus der Triebe, die Polemik gegen die überlieferte Moral einer dumpfen Gewohnheit, die lärmenden Imperative einer Kunstpropaganda, die das alltäglich Umgebende zur Schönheit und Gefälligkeit zu erheben gebieten und die Geste des anmutig Genießenden als höchsten Ausdruck des Menschentums preisen, haben zusammen gewirkt eine der bewundernswürdigsten Umwertungen aller Werte hervorzubringen. Wenn das voll erfüllte, allem Schönen verständnisvoll erschlossene, in dessen Besitz sich leicht und sicher bewegende Dasein zum Ideal erhoben wird, müssen die vorbildlichen Typen dem genießenden Besitz, sie müssen schließlich dem entnommen werden, was sich die emporblickende Rotüre unter altem Adel vorstellt. Nicht Nietzsche allein trägt daran schuld, daß die Anbetung des Vornehmen, die Überschätzung des als *Kultur* umgetauften Gesellschaftsschliffs der Aristokratie einer Bewegung eigentümlich wird, die in der Bekämpfung der feudalen Rückstände und der junkerlichen Vormacht ihr politisches Existenzrecht findet.

Keine Ideenbewegung kann jedoch in Deutschland zu einer öffentlichen Macht werden, ohne sich innerlich mit der stärksten Bewegung im Volk, mit der Sozialdemokratie, auseinanderzusetzen, Wie auch diese ihre Stellung im Volksleben und die Rangordnung ihrer Ideale geändert hat, das ist ein Problem, das selbstständige Behandlung erfordert. Doch leuchtet ohne nähere Erörterung ein, daß die Arbeiterbewegung in dem Maß wie sie sich zu einer festgefügtten Partei herausgestaltet, zu einer furchtbaren Macht zusammenballt, die Gefühle

des sozialen Mitleids vor dem Eindruck des Imponierenden zurückweichen läßt, das als Macht nur noch Machtbeziehungen duldet. Vollends entziehen sich dem Mitgefühl alle Vorgänge des proletarischen Lebens, die von der Organisation gewerkschaftlich-technisch oder politisch-technisch ergriffen werden, zumal die Technik eine Technik des Details wird. Tarifvereinbarungen und Wahlkreisagitation tragen kein Apostolat in sich, sie sind Dinge für den Fachverständigen und den Mittätigen. Das Geformte ist das Begrenzte. Die Idee, die in einer Massenorganisation ihren Körper gefunden hat, übt physische Massenanziehungen aus — nicht die Suggestionen in unbestimmte Weiten mit unbestimmten Graden und Umgrenzungen der Wirkung, die emporwachsenden, werbenden Gedankensystemen eigen sind —, sie hat Anhänger, Verbündete, Hilfstruppen, gelegentliche Allianzen und Ententen. Die Sympathie der guten Menschen wird für sie ein Ding von geringem Belang. Indem die Rebellion der Intellektuellen in eine Zeit fiel, da die Sozialdemokratie rasch zur Ausbildung der größten Parteiarmee fortschritt, die Deutschland kennt, war sie von vornherein gedrängt eine bürgerliche Richtung zu nehmen.

Wenn ich *bürgerlich* sage, meine ich natürlich nicht bürgerliche Partei. Der Gedanke einer Neubildung des bürgerlichen Geistes aus dem historisch überlieferten Liberalismus wäre töricht. Im Gegenteil, das völlig Neue, absichtsvoll Traditionswidrige war wenigstens anfänglich das auszeichnende Merkmal der Bewegung, die man vielleicht nicht einmal *Bewegung* im gemeinüblichen Sinn nennen sollte sondern etwa ein Zusammensein ästhetischer, ethischer, politischer und wirtschaftspolitischer Stimmungen, die ihre Einheit lediglich in gemeinsamen Objekten des Angriffs finden. Sie kündigte sich, wie die meisten tieferen Erschütterungen des öffentlichen Geistes, durch eine literarische Revolution an. Der Materialismus, zunächst den sozialistischen Ideen zugeneigt, suchte schon dank seiner Ästhetik des Häßlichen und Charakteristischen die Nachtseiten des Lebens auf. Als Widerspruch gegen die süße Lieblichkeit der Epigonendichtung traf er zugleich die Zustände, die jene verklärt hatte. Und wie sich die Siegerfreude nach Sedan in die bourgeoise Selbstzufriedenheit der Piloty- und Baumbachzeit umgeformt hatte, so setzte der Naturalismus den Kampf fort, den der vorausseilende Geist des unzeitgemäßen Betrachters zu Anfang der siebziger Jahre eröffnet hatte; nur daß jetzt nicht mehr der Bildungsphilister sondern der Bourgeois den negativen Typus darstellt. Es begann der Umsturz der bürgerlichen Moral. Nietzsche war ihr großer Anklageredner. Die kleineren Klageanwälte der neunziger Jahre rollten den Prozeß von neuem auf, sie drängte schon ein literarisches Stoffbedürfnis vorwiegend nach dem Erotischen. Denn wo hat sonst noch der Städter in seinen wohlversicherten Lebensumständen ein Gebiet der Abenteuer und der Schicksale als im Verhältnis zum Weib? Hier greift er den letzten Rest ursprünglichen Lebens. Man sucht stärkere Reize; wie fade war die Liebe der Butzenscheibenlyrik geworden. Aber man sucht mehr: Die Literatur will den neuen Menschen einführen, zunächst in den Roman, dann in das Leben: den Menschen Wagners, den Menschen Nietzsches, vor allem aber den Menschen der modernen Natur- und Gesellschaftswissenschaft. Sie macht Ernst mit dem Determinismus, straft mit Paralyse, segnet mit Fruchtbarkeit und läßt die gerechtesten Taten von der Liebe geschehen, die dem Standesamt ausweicht. Sie meint die Natur abzuschreiben, die sie idolatriert.

Die wissenschaftlichen Exkurse der Liberalen haben meist einen komischen Beigeschmack. Ihre Gläubigkeit, die flüchtige Hypothesen zu ewigen Dogmen umhämmert, mutet meist schon nach 10 Jahren fast drollig an. Dennoch und obwohl beim Übergang ins Leben die zweite, noch schlimmere Vergrößerung notwendig geschieht, hat sich auf diesem Weg ein gewisser Ausgleich zwischen Wissenschaft und Leben vollzogen. Die Entthronung des Spießers als Normalmenschen, die Milderung der sexuellen Heuchelei, die Lockerung des Familienjochs: alles wäre ohne die Heilslehre vom befreiten Eros so rasch nicht eingetreten. Das Leben und Fühlen der Menschen sättigt sich mit neuen Wahrnehmungen und Wertungen. Wer hätte noch Mitte der neunziger Jahre eine Erneuerung des bürgerlichen Denkens innerhalb bürgerlicher Voraussetzungen für möglich gehalten? Die Neuerer selbst nicht, die darum gelegentlich zärtliche Blicke nach dem Anarchismus warfen. Aber das Unerhoffte wurde Ereignis. Der Freiheitsbegriff, vom Liberalismus zum Gemeinplatz plattgetreten, durch die Parlamentskorruption kompromittiert, erweitert und verlebendigt sich durch Erfahrungen und Ideale des Kampfs gegen gesellschaftliche, asketisch-moralische Gebundenheiten. Im Recht wird das Ideal der formalen Gleichheit durch das Verstehen sozialer und psychologischer Bedingungen des Verbrechens ersetzt. Der schemenhafte Begriff der *Brüderlichkeit* empfängt einen Hauch des Lebens von dem Respekt, den das kraftvoll ringende Proletariat jüngeren Betrachtern einflößt. Man kann die Fragwürdigkeit der sozialkritischen, geschichts- und naturphilosophischen Dogmen, mit denen der oppositionelle Leitartikel und die Satire in allen ihren Formen hantieren, noch so deutlich empfinden und sich an diesen ach so rasch alt gewordenen, Überraschungen noch so gründlich ärgern: daß sie weite Schichten aus einer trüben Dumpfheit wacherüttelt und viele Fesseln des Daseins gelöst haben, lehrt gleichwohl der Augenschein.

Nichts Politisches war in dieser Bewegung der Geister im Ursprung, allein die Wendung zum Politischen hat sich dennoch unwiderstehlich vollzogen. Dahin rechne ich noch nicht einmal die in Bildern und Satiren sich entladende Polemik gegen das persönliche Regiment. Hier fand fürs erste die Kühnheit der Karikatur, der Übermut der Jugendgenialität, die gewollte Entbundenheit der Boheme von allen Rücksichten ihr wirksamstes und verlockendstes Ziel. Doch bald verdichtet sich die Stimmung, aus der diese Angriffe entspringen; ohne ein dogmatischer, durch Parteilehren überlieferter Antimonarchismus zu sein, werden sie der stärkste Ausdruck der Respektlosigkeit, dieses eingeborenen Zugs der Großstädternatur, ihr ebenso eingeboren wie die Bereitheit zu schneller Bewunderung und zu schnellem Vergessen. Und damit ist zugleich an einem wichtigen Punkt angedeutet, wie sich die Revolte der Intellektuellen in eine Umstimmung weiter Schichten der städtischen Bevölkerung umsetzt. Die Irrfahrten und Mißerfolge des persönlichen Regiments, die Regierungsmisere der nachbismarckschen Zeit, der lächerliche Widerspruch zwischen der Kleinheit der Träger und der Größe der ihnen vererbten Gewalt erschüttern die Autorität, die von den diplomatischen und militärischen Erfolgen geschaffen worden, und lenken den erwachten Geist der Kritik auf ein Feld unvergleichlicher Erfolge. Von der Regierung steigt die Kritik zur Verwaltung herab und findet dann an der Rechtsprechung einen Stoff, für den die polemischen Waffen in den Feldzügen gegen die überlieferte Moral geschärft waren. Die poli-

tische Polemik vom Standpunkt einer neuen Gesamtanschauung aus schafft dieser selbst raschen Eingang in breite Schichten. Aber nicht so äußerlich ist bloß die Verbindung der Opposition des Intellektuellen mit dem städtisch-bürgerlichen Volksgefühl. Wir haben vorhin gesehen, durch welche innere Evolution die Bewegung der Geister nach bürgerlichen Zielen sich hinlenkt, genauer gesprochen: nach städtischen Lebenszielen. Die optimistische Bejahung des Gegenwärtigen geht auf das Gegenwärtige der städtischen Existenz. Kein Ton von schäferlich-sentimentalen Bußpredigten, mit denen die Aufklärung das in Unnatur versunkene Stadtleben strafte. Wie die Maler der Moderne die Farben- und Luftstimmungen der regengrauen, nebelfeuchten Großstadtstraße dem Reich des Schönen erobert haben, singen die Poeten der Moderne die Lebensgier der wütend arbeitenden, wütend genießenden Großstadt. Die Pflege der Kleinkunst erbarnt sich auch der kleinen Soubretten des Variétés, all der weltlichen und halbweltlichen Tanzfreuden. Die Großstadt hat Bewußtsein seiner eigengewaltigen Existenz, hat Mut zu seinen Lastern und zu seinen Tugenden bekommen; ein gewaltiges Selbstgefühl drängt sich hervor, das an den Gedanken und Idealen der literarischen Bewegung, die der Großstadt entkeimt ist, die adäquate Geistesform findet.

Der neuerwachte städtische Geist, der in seinen weitesten Ausstrahlungen selbst das Proletariat trifft, ist das eigentlich Belebende und Treibende der neuartigen bürgerlichen Opposition. Die Großstadt stellt als Massengebilde, trotz aller Rangabsetzungen, die der Reichtum schafft, dennoch eine demokratische, demokratisch wertende Gemeinschaft dar. Seine letzte Konsequenz ist die Republik, in der sich die selbstverwaltende Gemeinde spiegelt, die dem Ehrgeiz und der Massenlenkung das weiteste Feld bietet; sein Kompromiß das parlamentarische System. Es ist sehr bedingt wahr, wenn man sagt, das Bürgertum sei sich endlich seiner innern Kraft bewußt geworden und wolle die junkerliche Vormundschaft abstreifen. Gerade das Bürgertum in seinem höchsten und schärfsten Ausdruck, das Großkapital, regiert in Deutschland längst, übt Macht weit über die Junker hinaus, sitzt zu Gast an der Tafel des Kaisers und hat mit den feudalen Gewalten eine Interessengemeinschaft gebildet, die eine Herausbildung eines Optimatentums als Folge erwarten läßt. Dagegen haben diejenigen, die heute alle Angriffskraft gegen die Junker sammeln wollen, gerade mit der höhnnenden Kritik des Bourgeois begonnen, und wie verbürgerlicht sie sein mögen, diese Jungen, der Fabrikdespotismus ist auch heute nirgends ihr Ideal. Geistige und materielle Interessen des städtischen Lebens lassen in ihnen die Kontraststimmung gegen das Junkertum aufstehen. Die wissenschaftlich gefärbte Weltanschauung des Städters empört sich ebenso gegen einen in mittelalterlichem Dogmen glauben gebundenen, verfolgungssüchtigen Katholizismus, wie sie, obwohl religiös meist nahezu indifferent, dem Modernismus und der protestantischen Linken sich zugeneigt zeigt. Das städtische Selbstbewußtsein revoltiert gegen das politische Übergewicht des Landes, gegen die Fortdauer herkömmlich, wenn auch nicht gesetzlich festgelegter Abhängigkeitsverhältnisse auf dem Land. Die Ideologie des Stadtmenschen, emporgediehen an den Erfolgen der Wissenschaft und Technik, an dem berausenden Wachstum der Städte, opfert an neuen Altären und setzt einen neuen Nationalstolz gegen den kriegerisch-staatlichen, den das Jahr 1870 zurückgelassen hat, und als dessen bevorzugter Erbe sich das Offizierkorps gebildet.

GERHARD HILDEBRAND . WAS BEDEUTET DAS KANADISCH-NORDAMERIKANISCHE HANDELS-ABKOMMEN?

I



EGEN die liberale britische Staatsleitung scheinen sich die Mächte des Schicksals verschworen zu haben. Ein Schlag folgt dem andern: Eine Berufung an die Wähler, deren Ergebnis sich in dem Satz *Noch ein solcher Sieg, und wir sind verloren* zusammenfassen ließ. Eine Extratour der russischen Diplomatie mit der deutschen, die den Zusammenbruch der Eduardschen Einkreisungspolitik bedeutet und die Erfüllung weitreichender Sonderwünsche in Vorderasien in Frage stellt. Und nun das kanadisch-nordamerikanische Handelsabkommen vom 26. Januar, an sich eine nüchterne Geschäftsangelegenheit, als solche sogar noch von den Interessentengruppen der Nächstbeteiligten umstritten und infolgedessen manchen Zufälligkeiten der augenblicklichen parlamentarischen Gruppierung ausgesetzt: aber durch die Fülle schwerwiegender Begleitumstände, durch die erstmalige Verkörperung weitreichender Entwicklungstendenzen zur Höhe einer Angelegenheit von grundsätzlicher Bedeutung für Nordamerika und für das britische Imperium emporgehoben. So wenigstens, wenn man die Stimmen der britischen Imperialisten und Tarifreformer hört. Aber ihr Chorus wird durch zahlreiche kanadische und nordamerikanische Zuzügler verstärkt, und das Lächeln der Freihandelsliberalen sieht sich etwas süßsauer an, wenn sie das Übereinkommen als einen Sieg ihrer ureigensten Ideen nachzuweisen suchen. Denn selbst wenn sie den guten Glauben an die Richtigkeit ihrer Politik auch nach diesem Zwischenfall noch im vollen Umfang aufrechterhalten, das eine steht fest, und darüber können sie sich keine Illusionen machen: Niemals zuvor haben die Tarifreformer eine gefährlichere Waffe in die Hand bekommen als eben jetzt mit dieser kanadisch-nordamerikanischen Vereinbarung. Der greise, nun fast 75 Jahre alte Chamberlain hebt am Rand des Grabes drohend seinen Finger auf, und seine Getreuen rufen es ihm in alle Winde nach: Er hat es vorausgesagt, aber ihr wolltet nicht hören. Wie in Gewitterstürmen blitzen die Schlagworte auf und nieder: Das ist der Anfang vom Ende der britischen Reichsidee. Keine schwerere Krise haben wir erlebt, seit 125 Jahren, seit dem 4. Juli 1776. Das ist der deutsche Zollverein auf amerikanischem Boden. Kanada hat sich vom Imperialismus zum Kontinentalismus gewandt. Kanada keine Kolonie mehr sondern eine Nation. Das *Rund um die Welt-Reich* zerbrochen, und der breite Riß heißt Kanada.

Was steckt nun in Wirklichkeit hinter dem kanadisch-nordamerikanischen Abkommen? Handelt es sich um eine durch Parteileidenschaft und Schwarzseherei maßlos aufgebauschte Belanglosigkeit oder um blitzartige Erhellung einer tatsächlichen Entwicklungstendenz, ausgenutzt durch Augen, die in der Opposition schneller und schärfer zu sehen gelernt haben? Wie sind der sachliche Inhalt des Abkommens und seine sachlichen Folgen zu werten? In England wird wie anderwärts auf der politischen Tenne viel leeres Stroh gedroschen. Und gerade die innerpolitische Situation Englands mag dem Tagespolitiker den Gedanken besonders nahelegen, daß auch in diesem Fall ein kleines

Feuerchen stark aufgeblasen wird, um die unionistische Parteisuppe zum Brodeln zu bringen. Aber es wäre verfehlt sich mit dieser Erklärung zufrieden zu geben. Nicht nur die britischen Tarifreformer sehen in dem nordamerikanischen Abkommen einen Vorgang von symptomatischer Bedeutung. Auch der unbeteiligte Zuschauer wird ihm Tragweite über die unmittelbare sachliche Wirkung hinaus zumessen, sofern er die nordamerikanischen Dinge mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat. Machen wir den Versuch das Abkommen im Rahmen des Zusammenhangs zu würdigen, in den es hineingehört.

II

EIT 1897, bewegt sich die kanadische Ausfuhr, seit 1898 auch die Einfuhr in stark aufsteigender Linie. Aus rund 500 Millionen Mark Ausfuhrwert, die 1896 erreicht waren, wurden bis 1908 nahezu 1300 Millionen, und die Einfuhr wuchs von rund 450 Millionen Mark im Jahr 1897 auf beinahe 1100 Millionen im Jahr 1908. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren 1897 bereits mit über 250 Millionen Mark an der kanadischen Einfuhr beteiligt, während England noch nicht die Hälfte dieser Summe, das ganze britische Imperium nur wenig mehr als die Hälfte beisteuerte. Günstiger stand es für das britische Reich mit der Versorgung aus Kanada: England allein bezog 1896 für mehr als 274 Millionen Mark aus Kanada, die übrigen britischen Besitzungen kamen noch mit mehr als 18 Millionen Mark dazu, während die Vereinigten Staaten nur für 183 Millionen Mark gebrauchten. Die Staaten waren damals industriell bereits weit genug entwickelt, um mit England auf dem kanadischen Markt erfolgreich konkurrieren zu können, aber sie waren doch gleichzeitig noch zu sehr Agrarstaaten, um es auch als Käufer kanadischer Produkte mit England aufnehmen zu können. Die Ausweise der letzten Jahre lehren nun aber nicht nur, daß die Union als industrieller Konkurrent Englands weitere große Fortschritte gemacht hat; sie zeigen auch eine gewaltige Zunahme der nordamerikanischen Bezüge aus Kanada, so daß mit absoluter Sicherheit, ob nun mit oder ohne Tarifiermäßigung, ihr Hinwegspringen über England auch in der Rolle des Käufers binnen einiger Jahre zu erwarten steht. Die kanadischen Ausfuhren betragen nämlich, in 1000 Dollars, während der jeweils am 31. März endenden Fiskaljahre:

Ausfuhr	1908	1909	1910
insgesamt	280007	261512	279248
nach Großbritannien	134484	133745	139483
nach der Union	113520	92604	104200

Bei der Einfuhr für den heimischen Verbrauch waren die entsprechenden Ziffern:

Einfuhr	1908	1909	1910
insgesamt	358429	298206	375833
aus Großbritannien	94959	70683	95350
aus der Union	210653	180027	223502

Als Verkäufer an Kanada hat also die Union das britische Mutterland bereits um 130 bis 150 % überholt, und als Käufer kanadischer Erzeugnisse ist es zum mindesten im Rechnungsjahr, das mit dem 31. März 1908 abschloß, nahezu in die britische Linie gerückt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß zwischen Kanada

und Großbritannien auf britischer Seite fast völlige Zollfreiheit, auf kanadischer Seite eine Vorzugsbehandlung um $33\frac{1}{3}\%$ den Verkehr begünstigte, während zwischen Kanada und der Union von beiden Seiten aus eine Hochschutzzollmauer aufgetürmt ist, die ihrer Natur gemäß in zahlreichen Fällen hemmen sollte und mußte. Von dieser Mauer soll durch die Vereinbarung ein Teil abgetragen werden. Der Umfang der Erleichterungen wird durch eine Tabelle veranschaulicht, die zwischen den Kontrahenten ausgewechselt wurde und unter Gruppe A die Zollbefreiungen, unter B die Zollermäßigungen auf Gegenseitigkeit, unter C die Zollermäßigungen der Union für kanadische Produkte und unter D die Zollermäßigungen Kanadas für amerikanische Produkte auf Grund der letzten Handelsziffern zusammenstellt. Danach ergeben sich für die kanadischen Bezüge aus der Union folgende Ziffern, in Pfund Sterling:

Gruppe	Wert der Importe	Jetzt erhobene Zölle	Vorgeschlagene Ermäßigungen
A	4 391 521	295 225	295 221
B	2 822 391	628 541	115 575
D	2 351 679	631 478	101 314
Summe	9 565 591	1 555 244	512 110

Rund 191,3 Millionen Mark kanadischer Einfuhren aus der Union, die bisher mit mehr als 31 Millionen Mark Zoll belastet waren, sollen danach eine Zollermäßigung von 10 242 200 Mark erfahren, wovon 5,9 Millionen Mark auf völlige Aufhebung von Zöllen entfallen. Nun die Zollbefreiungen und -ermäßigungen auf amerikanischer Seite, wobei die Ziffern wieder in Pfund Sterling angegeben sind:

Gruppe	Wert der Importe	Jetzt erhobene Zölle	Vorgeschlagene Ermäßigungen
A	7 962 312	847 397	847 397
B	323 935	88 905	46 996
C	1 180 384	193 661	75 592
Summe	9 466 631	1 129 963	969 985

Auf amerikanischer Seite sind, wie wir sehen, die in Frage kommenden Einfuhrwerte nicht ganz so groß wie auf der kanadischen. Es handelt sich um $189\frac{1}{3}$ Millionen Mark, und die bisher erhobenen Zölle erreichten mit knapp 22,6 Millionen Mark bei weitem nicht die Höhe der gegenüberstehenden kanadischen. Aber die Zollermäßigungen betragen fast 19,4 Millionen Mark, und davon entfallen auf vollständige Aufhebung beinahe 16,95 Millionen.

Von der kanadischen Einfuhr werden 191,3 Millionen Mark betroffen, von der amerikanischen $189\frac{1}{3}$ Millionen. Kanada erhob von seinen Einfuhren mehr als 31 Millionen Mark Zoll, die Union nur 22,6 Millionen. Kanada läßt $10\frac{1}{4}$ Millionen Mark Zoll nach, davon 5,9 Millionen durch Zollbefreiung. Die Union läßt 19,4 Millionen nach, davon 16,95 Millionen durch Zollbefreiung. Fiskalisch sind es die Vereinigten Staaten, die die größten Opfer bringen, und zwar liegt das Schwergewicht der Opfer weitaus in der Gruppe A, die die Zollbefreiungen umfaßt. Darin sind unter anderm enthalten: Korn und Mais, Heu, Stroh und dergleichen, Kartoffeln und ähnliche Vegetabilien, verschiedene frische und getrocknete Früchte, Molkereiprodukte, Eier, Flachs- und andere Ölsaaten, Fische und Fischöle, Salz, Holz, nicht anders als durch Axt und Säge

bearbeitet, Glimmer, Asbest und technische Mineralien verschiedener Art, gewalztes Eisen in Stücken und Platten, Eisendrähte, Koks, unter gewissen Bedingungen auch Holzfaser und geringwertiges (zum Beispiel Zeitungsdruck-) Papier. Erkennt man aus der Höhe der nordamerikanischen Zollnachlässe ohne weiteres, daß die Union bei dieser Vereinbarung der suchende Teil gewesen ist, so zeigt die Liste der zollbefreiten Erzeugnisse, worum es sich für sie handelt. Sie will Nahrungsmittel, Futterstoffe, Hölzer und technische Mineralien haben und wird dafür zollfrei in der Hauptsache eine Anzahl einfachster Eisen- und Stahlprodukte im Anfang des Verarbeitungsstadiums liefern, deren Aufzählung sich erübrigt. Das einzige hochwertige Erzeugnis der Industrie, dem Zollfreiheit zugewilligt wurde, sind Schriftguß- und Setzmaschinen sowie Teile davon für Druckereien.

III

TATSÄCHLICH ist es auch die nordamerikanische Union gewesen, die diesmal die Verhandlungen gesucht und durch ihre Zugeständnisse den Abschluß ermöglicht hat. Das ist etwas ganz Neues in der Geschichte Nordamerikas. Als im Jahr 1846 die englischen Korngesetze fielen, verlor Kanada die ihm bis dahin eingeräumte Vorzugsstellung. Die Unzufriedenheit darüber und im Gefolge die Agitation für den Anschluß Kanadas an die Union wurde so stark, daß England und die Vereinigten Staaten 1854 in einen Gegenseitigkeitsvertrag einwilligten, der den zollfreien Eingang kanadischer Produkte in die Union gewährleistete: England, um Kanada nicht zu verlieren, die Union, um es vollends zu gewinnen. Aber dieses Verhältnis dauerte nur 12 Jahre. 1866 schloß sich die Union wieder ab, und Kanada geriet zum zweitenmal an den Rand des Ruins. 6mal seit 1868, so zählt ein kanadischer Berichterstatter der *Morning Post* zur Erklärung seiner Begeisterung für das Abkommen auf, kamen die kanadischen Behörden in einer oder der andern Form als Bittsteller zu den Vereinigten Staaten, aber jedesmal vergeblich. Und nun, fügt er freudestrahlend hinzu, haben die Amerikaner das Abkommen bei uns gesucht.

Was ist es, das den Präsidenten und die Exekutive der Vereinigten Staaten veranlaßt eine 45 Jahre lang gegenüber Kanada betriebene Handelspolitik aufzugeben? Es scheinen zunächst wirtschaftliche Gründe zu sein. Die Industrialisierung der Union ist so weit vorgeschritten, daß die Versorgung mit Nahrungsmitteln und industriellen Rohstoffen nicht mehr gleichen Schritt hält. Die Teuerung, seit dem Beginn des Jahrhunderts auf fast allen Gebieten des Verbrauchs deutlich heranwachsend, hat seit 1907 die Formen einer öffentlichen Kalamität angenommen. Die ganze Lebenshaltung ist seitdem auf ein höheres Preisniveau eingerichtet geblieben. Woran das liegt, ist nicht schwer zu erkennen. Man braucht nur die Weizenproduktion von 1901 bis 1903 mit der von 1908 bis 1910 zu vergleichen, um zu sehen, wie gering die Fortschritte sind, die die Landwirtschaft der Vereinigten Staaten im letzten Jahrzehnt gemacht hat. Im Durchschnitt der genannten Jahre betrug nämlich die Anbaufläche in 1000 Acres und der Ertrag in 1000 Bushels:

Jahresdurchschnitt	Anbaufläche	Ernteertrag
1901 bis 1903	48 521	685 448
1908 bis 1910	47 495	699 078

Die durchschnittliche Anbaufläche ist um mehr als 1 Million Acres zurückgegangen, und der durchschnittliche Ernteertrag noch nicht um 14 Millionen Bushels gestiegen. In ungefähr der gleichen Zeit, 1900 bis 1910, ist die Bevölkerung der Union aber von 76 auf 92 Millionen Köpfe gestiegen. Besser steht es mit den Futtergetreidearten, aber die Fleischteuerung war auch bereits noch weit empfindlicher geworden als die Brotteuerung, und wieviel die Versorgung noch zu wünschen übrig läßt, zeigt die Ziffer der Schlachtungen auf 16 Hauptmärkten in den letzten 3 Jahren:

Jahr	Großvieh	Schweine
1908	6 081 017	23 685 680
1909	6 506 692	18 997 361
1910	7 046 326	16 805 345

Vergleicht man dazu die von Arthur Schulz kürzlich in den *Sozialistischen Monatsheften* mitgeteilten Preissteigerungen,¹⁾ mit ihrem Emporgehen der Rindfleischpreise noch von 1908 auf 1909 und dem gleichzeitigen Weiteremporschnellen der Schweinefleischpreise, so wird man abermals bestätigt finden, daß die Vereinigten Staaten nicht mehr imstande sind auf der bisherigen Preisbasis ihre Nahrungsmittelversorgung aufrechtzuerhalten. Die land- und viehwirtschaftliche Produktion ist noch unberechenbarer Ausdehnung und Steigerung fähig, wenn man den europäischen Maßstab anlegt. Aber mit amerikanischem Maßstab gemessen, das heißt als extensive Raubbaukultur auf jungfräulichem Boden, steht sie an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Der ganze Westen von den ausgedehnten Quellflußgebieten des Missouri bis zum Stillen Ozean ist noch im Stadium der ersten Erschließung. Aber einmal reichen seine schnell wachsenden Erträge nur eben aus neben der Befriedigung des zunehmenden Gesamtbedarfs die alljährlich neu entstehenden Lücken des Ostens und selbst schon des mittlern Westens zu schließen, und dann ist seine Produktion auch bereits als Raubbaukultur teurer als die des Ostens gewesen ist: Tausende von Kilometern Bahnfracht von den östlichen Industriezentren her verteuern die Lebenshaltung des westlichen Produzenten noch ganz anders als einst der Atlantische Ozean die von Europa aus zu befriedigenden Fabrikatbedürfnisse der Farmer in den damaligen Nordstaaten. Und nun erst die Rückfracht, nicht nur auf Fabrikate sondern auf Weizen und Holz geschlagen. Dazu kommt, daß der Boden im weiten Westen zwar durchweg frisch, aber größtenteils bis zur Dürre trocken ist. Ohne künstliche Bewässerungsanlagen ist er nicht auszunutzen, unter ihrem Einfluß allerdings verwandelt sich die Steppe in einen Garten, wo Milch und Honig fließt. Aus der Kapitalanlage für Irrigationen indes ergibt sich eine abermalige Verteuerung der Produktion, eine weitere endlich daraus, daß die Weststaaten, um das Kapital für Bahnbauten und Bewässerungsanlagen heranzulocken, ihm auch ausgedehnte Möglichkeiten zur Landspekulation freigeben müssen. Mit einem Wort: Schon das Hinübergleiten der Raubbaukultur vom Osten und mittlern Westen nach der pazifischen Küste verteuert die landwirtschaftlichen Produkte für die Masse der Verbraucher in den ständig wachsenden Industriezentren des Ostens. Eine weitere Verteuerung bringt das Wachstum der Verbrauchszentren selber mit sich. In Städten mit über 25 000 Einwohnern lebten 1890 erst 22,2 % der Be-

¹⁾ Siehe Schulz *Prairievieh- und Frostflescheinfuhr oder Eigenfleischversorgung?* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 98 ff.

völkerung, 1900 bereits 25,9 % und 1910 sogar 31 % (28,5 Millionen). In den Nordstaaten sind die entsprechenden Ziffern 28,6 %, 34,2 und 40,6 %. Die eigentliche Landbevölkerung wird in den vorläufigen Angaben über den Zensus von 1910 nur noch auf 45 % der Gesamtbevölkerung geschätzt. Infolge dieser ungemein starken Verschiebung des Verhältnisses zwischen Land und Stadt macht das Gesetz von der Steigerung der Preise durch die Annäherung des Marktes auch in der Union jetzt seine vollen Wirkungen geltend.

Alles scheint darauf hinzudeuten, daß es diese wirtschaftlichen Ursachen sind, die den Präsidenten der Vereinigten Staaten veranlaßt haben das Abkommen mit Kanada zu suchen. Dennoch, glaube ich, darf man das unmittelbare Schwergewicht der wirtschaftlichen Erwägungen nicht zu hoch einschätzen. Vom Standpunkt der dauernden wirtschaftlichen Interessen aus haben nämlich auch die Vereinigten Staaten alle Ursache die eigene Bauerngrundlage so kräftig wie möglich zu entwickeln. Was bieten denn die Kanadier als Gegenwert für die Fülle der Zollbefreiungen auf land-, vieh- und forstwirtschaftliche Produkte? Die schon erwähnten Zollbefreiungen der Gruppe A bedeuten im wesentlichen, daß Kanada bereit ist seine werdende Eisenindustrie mit nordamerikanischem Koks und Halbzeug zollfrei zu speisen und seine Rinderherden mit amerikanischen Eisendrahtzäunen zu umhegen. Aber nicht einmal Kohle und Zement, für die in Gruppe D von seiten Kanadas Zollermäßigungen auf 45 Cents per ton respektive 11 Cents per 100 Pounds vorgesehen sind, sollen zollfrei eingeführt werden dürfen. Und auch die in Gruppe B auf Gegenseitigkeit ermäßigten Fabrikate, bei denen in *praxi* die Amerikaner die stärkste Zunahme ihrer Ausfuhr nach Kanada wünschen und erwarten müssen, lassen dem Nachbar im Norden ebensoviel für die Entwicklung der eigenen Industrie als für die dauernde Bevorzugung des Mutterlands beträchtlichen Spielraum. Man sehe sich nur folgende Positionen an: Farmerwagen und fertige Teile 22½ % vom Wert, Pflüge und Ackergeräte der verschiedensten Art 15 %, transportable Maschinen und ähnliches mehr 20 %, Schneidwerkzeuge 27½ %, Uhren 27½ %, Motorfahrzeuge 30 %. Das für Kanada so ungeheuer wichtige Eisen- und Straßenbahnbau- und -betriebsmaterial ist von der Vereinbarung ebenso ausgeschlossen wie die nicht weniger wichtige gesamte Textil- und Lederwarenerzeugung. Von größerer Bedeutung für die amerikanische Ausfuhr sind eigentlich doch nur die Nachlässe auf landwirtschaftliche Geräte und Maschinen, für die die Union bereits jetzt der wichtigste Lieferant Kanadas ist und auch ohne Zollleichterungen wohl noch auf lange hinaus bleiben würde. Die Union gibt also den kanadischen Farmern die Einfuhr frei, ohne gleichzeitig sehr wesentliche Vorteile für den Absatz von Fabrikaten zu erlangen. Kann das eine rein wirtschaftlich motivierte Zweckmäßigkeitspolitik sein? Sollte Herr Taft nicht die Erhaltung des agrarisch-industriellen Gleichgewichts im eigenen Land viel wichtiger erscheinen müssen?

IV

WENN wir auf diese Fragen eine Antwort suchen, müssen wir einsest im Auge behalten: Die Leute, die von Nordamerika aus das kanadische Abkommen vorbereitet haben, denken nicht im Traum daran dieses Abkommen als den Anfang einer Ära allgemeiner Zollnachlässe zu betrachten. Es sind ja die selben Männer, die noch im Jahr 1909 den Dingleytarif mit dem Gesamteffekt verstärkten Schutzes:

ausgestaltet haben. Weder mit Rußland, dem leistungsfähigen Zuckerlieferanten — Zucker ist der erste Einfuhrartikel der Union —, noch mit den pan-amerikanisch geliebten Brüdern des Südens, die allein an Kautschuk, Kaffee und Häuten sehr viel höhere Werte nach der Union verfrachten als Rußland und Kanada mit all ihren Lieferungen zusammengenommen, stehen ähnliche Abmachungen in Aussicht. Und auch Mexiko zu umwerben hält die Union nicht für notwendig: denn sie hat es ohnehin an der Leine. Es müssen also andere als rein wirtschaftliche Gründe für die Annäherung an Kanada den Ausschlag gegeben haben. Ich denke, daß es in erster Linie Gründe der innern, in zweiter Linie Gründe der äußern Politik sind, während die auch verfolgten wirtschaftlichen Ziele noch in sehr weiter Ferne schimmern und jetzt hauptsächlich dadurch zum Ausdruck kommen, daß man nur Kanada bevorzugt und im übrigen auf der alten Bahn bleibt.

Der innerpolitische Grund ist, daß die Verteuerung der Lebenshaltung so schnell und durchgreifend erfolgt ist, daß sie die Herrschaft der republikanischen Partei gefährdet. Rein wirtschaftlich angesehen wäre die doch einmal unausbleiblich kommende Verteuerung der Agrarproduktion im Stadium ihres Verlaufs ein unerfreuliches Übergangsübel, das man in Geduld zu ertragen hätte, weil sein Endergebnis, die Verbreiterung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Basis, eine Notwendigkeit ist. Unvermeidlich wäre in diesem Fall allerdings nicht nur die Aufrechterhaltung, sondern die Erhöhung des Agrarschutzzolls gegen Kanada. Denn die gegenwärtigen Zölle sind zu niedrig, um den Konkurrenzdruck des kanadischen Getreides ganz abzuwehren. Zehntausende tüchtiger und kapitalkräftiger Landwirte kehren alljährlich der Union den Rücken, um in Kanada zwar wesentlich geringere Verkaufspreise zu finden, aber dafür auch mit noch geringeren Produktionskosten zu wirtschaften. Nach dem Zensus von 1901 waren unter 5,37 Millionen Einwohnern Kanadas noch nicht 128 000 in den Vereinigten Staaten Geborene. Aber der am 1. April 1910 fällige Auswanderungsbericht der Staaten mußte feststellen, daß seit 1901 nicht weniger als 453 834 amerikanische Bürger nach Kanada abgezogen waren. Im Fiskaljahr 1905-1906 waren zum erstenmal mehr als 50 000 Nordamerikaner nach Kanada gekommen, und 1909-1910 überschritten zum erstenmal mehr als 100 000 die Grenze. Es sind zum größten Teil Farmer, denen trotz der weit niedrigeren Verkaufspreise die kanadischen Produktionsbedingungen besser zusagen als die amerikanischen. Sicher spricht dabei eine zu nachhaltige Gewöhnung an die extensive Produktionsweise mit; aber das beweist schließlich auch nichts anderes, als daß die Verkaufspreise in der Union noch höher werden müssen, um die Farmer an Ort und Stelle festzuhalten oder wenigstens nach dem Westen hinüber zu locken, statt nach dem kanadischen Norden zu verlieren. Indes, man erträgt den Verlust, weil die Industriebevölkerung ihren Augenblicksinteressen folgend nicht Erhöhung sondern Herabsetzung der Zölle auf die notwendigen Lebensmittel fordert und auf dem Sprung steht das republikanische Lager zu verlassen. Ihr macht man das Zugeständnis die Hauptprodukte der kanadischen Fischerei, Land-, Vieh- und Forstwirtschaft vom Zoll zu befreien. Aber daß diese Maßregel, wenn sie in Kraft tritt, den Strom der amerikanischen Farmer nach Kanada nur noch stärker anschwellen lassen wird, und daß damit der Union Kräfte verloren gehen, die ihr wirtschaftlich wesentlich wertvoller sein müßten als das ihre Lücken ziffernmäßig ausfüllende ost-

europäische Proletariat mit seiner noch sehr geringen Leistungsfähigkeit und Kultur, darüber werden sich Herr Taft und seine Freunde kaum im Unklaren befinden.

Aber freilich gibt es Erwägungen anderer Art, in kühnen Zukunftshoffnungen gipfelnd, die der amerikanischen Regierung den Entschluß zu dieser Politik erleichtert haben mögen. Es sind Erwägungen der auswärtigen Politik, und noch dazu solche, die den monroedoktrinären Vorstellungen der Nordamerikaner besonders naheliegen müssen: Der Drang zu einer mindestens nordamerikanischen Kontinentalpolitik würde eine Halbheit bleiben, wenn er sich nur nach Mexiko, Panama und allem, was dazwischen liegt, erstreckte. Gerade jetzt aber ist der Zeitpunkt günstig ihn auch nach Norden hin wirksam werden zu lassen. Noch ist in England der Liberalismus und damit der Freihandel am Ruder. Es ist aber zweifelhaft, ob dieser für die nordamerikanische Union erwünschte Zustand noch lange dauert. Nach dem vorletzten britischen Plebiszit hat sie die Verhandlungen mit Kanada begonnen, nach dem letzten sie zum Ziel geführt. Die Kanadier, des Wartens auf nordamerikanische Vorzugszölle müde, warteten seit Jahren auf britische Vorzugszölle. Sie warteten und sagten das auch deutlich genug. So der Premierminister Sir Wilfried Laurier auf der Reichskonferenz von 1907: Die Kanadier haben all ihre Hoffnung auf den amerikanischen Handel aufgegeben und setzen all ihre Hoffnung auf den britischen Handel. So die gleiche Autorität am 22. November 1910 im kanadischen Parlament mit dem offiziell allerdings gestrichenen, aber auf der Journalistentribüne gut genug gehörten Satz: Wenn das Resultat der britischen Wahlen als ein Sieg für Tarifreform ausfallen sollte, würde wenig Aussicht auf irgend eine große Maßnahme zugunsten gegenseitiger Tarifierleichterung mit den Vereinigten Staaten bestehen. Ähnlich und noch viel eindringlicher minder verantwortliche, aber nicht minder sachkundige und interessierte Vertreter kanadischer Wirtschaft und Politik. Natürlich gibt es in Kanada auch Gegenströmungen, die von den Zentralpunkten des westöstlichen Durchgangsverkehrs ihren Ausgang nehmen und den großen Transkontinentalbahnen entlang sich ausdehnen. Auf diese Richtung seiner Beziehungen hat sich Kanada nun einmal seit Jahrzehnten einrichten müssen, und da ist es begreiflich, daß die Magnetnadel der wirtschaftlichen und politischen Orientierung nicht ohne starke Schwankungen ihre natürliche Nordsüdrichtung wiedergewinnt. Aber werden die Kaufleute, Eisenbahnaktionäre und Rheder in Quebec und Montreal der alljährlich wachsenden Bauerndemokratie des Westens die Handelswege vorschreiben können? Man bedenke, daß die kanadisch-nordamerikanische Grenzlinie allein westlich der großen Seen, also von Fort William (Port Arthur) am Oberrn See bis Vancouver am Großen Ozean rund 2500 Kilometer mißt. Alles Volk, das Jahr für Jahr nördlich dieser Linie sich ansetzt (und zum großen Teil südlich davon herkommt), hat ein größeres Interesse am Vorzugsverkehr mit den benachbarten Staaten als am Vorzugsverkehr mit England. Man kann die Sache kaum drastischer ausdrücken als es kürzlich Herr J. S. Dennis von der kanadischen Pazifikbahn in einem Vortrag getan hat, den er in London über die Entwicklung des kanadischen Westens und seine Tragweite für die kommerzielle Zukunft des Reichs gehalten hat. Die Entwicklung des kanadischen Westens, so führte er unter anderm aus, hat große Vorteile durch die Entwicklung der Weststaaten Amerikas, das heißt der

Union. Von den Vereinigten Staaten ist ein großer Strom von Farmern mit ihren Familien nach Westkanada gekommen, aber es sind Leute aller Nationalitäten. Sie wurden sehr gute *boosters*, gute Kanadier, stolz auf das Land, die Vorzüge seines Schulsystems, seine Gesetzlichkeit. Aber sie wissen nichts vom britischen Reich. Und das ist eines der Probleme, denen man ins Gesicht sehen muß, wenn man Kanada als Teil des Reiches behaupten will. Er habe zu ihnen als ein glühender Imperialist gesprochen, aber in Südwestkanada ist der Imperialismus keine Lebensfrage, denn das Volk sei zu eifrig damit beschäftigt »schnell reich zu werden«. Man tue sein Bestes mit diesen fremden Siedlern, aber es sei am alten Vaterland den Rest zu tun.

Hier liegt wohl der Angelpunkt des Interesses der Vereinigten Staaten am kanadischen Abkommen, soweit diese Frage unter dem Gesichtspunkt der auswärtigen Politik betrachtet wird. Man sagt sich in Washington: Wenn wir schon etwas gegen die Verteuerung der Agrarprodukte tun müssen, um die Konsumentstimmen nicht gegen den Schutzzoll aufzubringen, und wenn jede wirksame Maßregel dieser Art doch einmal notwendig die Intensivierung der heimischen Landwirtschaft hinauschiebt und unsere Farmer nur noch in größeren Scharen nach Kanada hinübertreibt: gut, dann schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe, geben Kanada — und ihm allein! — Zollfreiheit und Farmer, und machen es dadurch amerikanisch. Und das muß schnell geschehen, solange der britische Löwe noch schläft. Denn sobald England dazu übergeht den Kanadiern lockende Preise zu bieten, ist die amerikanische Kontinentalpolitik auf Jahrzehnte hinaus, wenn nicht für immer, erledigt. Besitzt aber die Union erst einmal in Kanada unbestritten die Vorhand, dann ergibt sich alles weitere von selbst. Dafür sorgen die riesige amerikanisch-kanadische Grenzausdehnung, der Panamakanal und die dürftige Bauerngrundlage der westeuropäischen Industriestaaten.

Ob diese Kalkulation in allen Punkten richtig ist, ob nicht schon in Kanada selbst außer den angedeuteten westöstlichen Gegentendenzen noch weitere wichtige Interessen gegenüber der Union zu verteidigen wären, die Motive für die Orientierung der britischen und selbst der innereuropäischen Politik sich aus dem hier zum Teil geschilderten Spiel der Kräfte auf dem nordamerikanischen Kontinent entnehmen ließen: all das sind Fragen, die an dieser Stelle nur eben als Fragen bezeichnet werden sollen. Daß wir mehr und mehr eines weltweiten Blicks bedürfen, um uns nicht von folgenschweren Entwicklungen und Ereignissen überraschen zu lassen, sollte uns aber auch auf Grund dieses neuesten Problems der internationalen Wirtschaft und Politik wieder deutlich zum Bewußtsein gelangen.

XX
PAUL KAMPFMEYER · DIE RELIGIÖSE EINIGUNG IM SOZIALISMUS



WOHNE Zweifel ist die Religion in den Herzen und Köpfen vieler Sozialisten eine alles umwälzende Elementarkraft gewesen. Saint-Simon war Sozialist und Religionsstifter zugleich: eine pantheistische, die ganze Schöpfung vergöttlichende Weltanschauung lebte in Fourier, dem Kommunismus der Handwerksgesellen maß der Schneider Weitling ein schlichtes Apostelgewand zu, und Leo Tolstoj schöpfte seinen Kommu-

nismus aus dem Evangelium. Aber die Religion aller dieser großen Reformer und Revolutionäre würde ein Katholik, ja selbst ein Durchschnittsprotestant nicht als Religion gelten lassen. Die Gotteserkenntnis ist den Anhängern der herrschenden Religionen nicht ein individuelles Erlebnis, sondern ein in Wundern und Heilstatsachen erfassbares Wissen von Gott. Gerade weil die christliche Lehre an das wirkliche, ganz außerhalb des subjektiven menschlichen Denkens und Meinens stehende geschichtliche Ereignis der überirdischen Geburt des Welttheilands anknüpft, hat sie für den orthodoxen Katholiken und Protestanten eine übermenschliche, die Christen auf die Kniee zwingende Gewalt.

Wenn der Sozialismus heute den geläuterten Gottesgedanken Tolstojs seiner Ethik eingliedern würde, sofort ständen dann die Anhänger der Offenbarungsreligionen in den sozialistischen Parteien auf und forderten entschieden die Ausmerzung dieser Idee aus dem Aktionsprogramm des Sozialismus, weil sie dadurch in ihrem religiösen Empfinden gröblich beleidigt würden. Leo Tolstoj, dieser ernsteste, leidenschaftlichste Gottessucher unserer Tage ging noch vor wenigen Monaten unter uns als lebendes Beispiel dafür umher, welchen eigenartigen individuellen Gottesbegriff ein tief religiöser Mensch persönlich erleben, und welche radikalen, die ganze moderne Kultur unwertende ethische Grundsätze er aus diesem Begriff gestalten kann. Das individuelle lebendigste Erfassen Gottes führt in Tolstoj zu einer grundsätzlichen Verwerfung aller die materiellen sozialen Luxusbedürfnisse erweiternden Bestrebungen. Aus seiner Erklärung der Evangelien fließt wohl ein asketischer christlicher Urkommunismus, nicht aber ein moderner Sozialismus. Und in einem entscheidenden Punkt klingen Tolstojs religiös-ethische Gedanken mit den Lehren der großen Weltreligionen zusammen: in der Weltverneinung. Diese Weltverneinung wird erst vom Zeitalter der Renaissance zu Boden gerungen. In dem bahnbrechenden Kopf der Renaissance, in Petrarca, stößt noch die mönchische Weltentsagung des Mittelalters mit der feurigen, frohen Weltbejahung der Renaissance hart zusammen. In *Des Francesco Petrarca Briefen an die Nachwelt* züchtigt noch der typische Vertreter der mittelalterlichen Weltanschauung, der heilige Augustinus, die tatenfreudige, ruhmelige Weltliebe Petrarcas mit Skorpionen. Und der Dichter sinkt unter den Geißelhieben des Kirchenvaters tief zur Erde nieder und tut einen förmlichen Fußfall vor dem asketischen Augustinus. Ein weltbejahender Sozialismus kann sich nicht zu einer unkritischen Begeisterung für die Religion schlechthin wegreißen lassen, er muß jedem ihm näher tretenden religiösen Glauben sehr fest ins Auge schauen, bevor er ihm freudig die Hände entgegenstreckt. Das gilt von der individuell erlebten sowohl wie von der geoffenbarten Religion.

Wenn wir Sozialisten uns mit der Religion auseinandersetzen, so fassen wir vielfach nur die Ausstrahlungen modern gerichteter, von sozial-ethischen Gedanken ganz beseelter Gottesbekenner ins Auge. Zu denen führen uns allerdings zahlreiche Brücken und Übergänge. In den geläuterten Herzen dieser Männer ist der letzte Funken religiöser Intoleranz erloschen. Bei aller Lebendigkeit und Stärke ihrer Gotteserkenntnis und Gottesempfindung sehen sie doch auch in atheistischen sozialistischen Arbeitern ihre kämpfenden Brüder. Aber dieser Männer gibt es leider bitter wenige. Denn die religiöse Welt, die Welt der Millionen und Abermillionen Bekenner staatlich privilegierter Religionen hallt heute noch von dem Gezänk eifernder Fanatiker wider. Welche große einigende

Kraft könnte heute der Sozialismus aus dem so vielgestaltigen, an Widersprüchen so reichen Leben der bestehenden Religionsgesellschaften für seine aufbauende, sozialschöpferische Tätigkeit gewinnen? Man schaue doch mit unvoreingenommenen, klaren Augen in die Welt hinein: Kampf auf der ganzen Linie, Kampf der Protestanten gegen die Katholiken, Kampf der Protestanten unter einander, Kampf zwischen den Richtungen des Katholizismus, Irrlehrenmaßregelungen und Antimodernisteneide.

Klaffende Risse offenbart überall die an sich nicht festgefügte protestantische Landeskirche. Bewegt klagte schon 1903 die orthodoxe Leipziger protestantische Zeitung *Der alte Glaube*: »Die deutschen Landeskirchen werden nicht bloß von Rom übertroffen . . . sondern auch [in der Organisation] von der Sozialdemokratie . . . Man erhält unwillkürlich den Eindruck, als wären die Landeskirchen in voller Auflösung, um nicht zu sagen Anarchie begriffen. Wir reden hier nicht mehr von der erschütternden Tatsache, daß die Autorität des Evangeliums in den meisten Landeskirchen umgestürzt ist. Sie tragen nicht bloß eine Unzahl von Parteien und Richtungen in ihrem Schoß: Zwei Religionen, die trinitarische und die unitarische, bekämpfen sich in ihrer Mitte.« Schwer stöhnte auch der Hofprediger Stoecker über den innern Zwiespalt des Protestantismus. »Die kirchlich gesinnte Obrigkeit«, so klagte er, »beruft radikale Leugner aller Heilstatsachen auf die Lehrstühle: das ist der Weg zum Abgrund; aber man sieht ihn nicht.« Die freien protestantischen Theologen zerfallen wieder unter sich in verschiedene, stark verfeindete Richtungen. Hier die Protestantenvereinler, Traub, Fischer, dort der Bremer Radikalismus der Richtung Kalt-hoff-Stuedel. Und mit beispielloser Heftigkeit stürmen Katholiken und Protestanten gegen einander an. Fanatische Protestanten sehen in den Katholiken fast eine minderwertige Menschenspezies, die auf allen Kulturgebieten zurückgeblieben ist, sie betrachten sie als knechtische Fetischanbeter, rückständige Götzenverehrer und kindische Bilderverehrer. Fanatische Katholiken wiederum zetern über die moralisch korrupten Grundsätze des Protestantismus. Da schreibt zum Beispiel der Jesuitenpater Nilkes in seinen *Schutz- und Trutzwaffen*: Wenn Katholiken gut sind, so sind sie gut, weil sie ihrer Religion gemäß leben; wenn Protestanten gut sind, so sind sie es, weil sie besser sind als ihre Lehre. Den Protestanten der Richtung Harnack sagt Nilkes eine wahre Indianerreligion nach. Er betont, die »allgemeine natürliche Religion, die Harnack als das Wesen des Christentums bezeichnet«, sei »nicht wesentlich von der Religion eines Indianers verschieden, der zu dem großen Geist betet, wie Harnack zum Vater«.

Werden sanft liberale Protestanten wie Harnack schon als Glaubensgenossen wilder, jagd- und raublustiger Rothäute behandelt, so rangieren bei Nilkes die Anhänger freireligiöser und atheistischer Bekenntnisse moralisch fast unter die Pferdediebe. »Das ist die Kunst, ohne Religion und Offenbarung rechtschaffen zu leben«, so schreibt Pater Nilkes. »Solche Rechtschaffene streifen mit dem Ärmel gar oft das Zuchthaus und beobachten von den zehn Geboten Gottes am gewissenhaftesten das elfte *Laß dich nicht erwischen!*« Und den Verehrern der Humanitätsreligion wird das Wort Hettingers entgegengedonnert: »Humanität ohne Divinität ist Bestialität.« Die Verkünder der Humanitätsreligion sind natürlich in den Augen des Jesuitenpaters Nilkes krasse Egoisten »und tief unglückliche Menschen«. Und die Farben für seine Karikaturen der »Koryphäen des Humanismus« entnimmt der Pater den temperamentvollen, in Unmutsstim-

mungen eingegebenen brieflichen Äußerungen dieser Männer: »Wie unglücklich die bloße Humanität den Menschen macht, zeigen unter andern die Aussprüche ihrer Verehrer. Goethe gesteht, daß er in seinen 75 Jahren keine 4 Wochen eigentliches Behagen gehabt habe. Schiller klagt, wie die Ehre ihn kalt und unglücklich lasse, und wie seine schönsten Hoffnungen auf Glück wie Seifenblasen platzen. Alexander von Humboldt seufzt: »Wenn man nur wüßte, wozu man lebt! Am besten wäre es als Flachkopf geboren zu sein.« Und aus diesen beweiskräftigen Dokumenten zieht dann der Jesuitenpater den Schluß: »Kein Licht, kein Glück, keine Wärme, außer in Christus und dem Christentum.« Das pantheistische Glaubensbekenntnis des Goethe-Faust ist nach dem Pater Nilkes eigentlich nur noch vom Standpunkt eines erotisch überhitzten und deshalb halb unzurechnungsfähigen Frauenzimmers genießbar. »Sie erwarten von mir gewiß«, so schreibt er, »eine andere Antwort als von dem naiven umnebelten Gretchen, das alles dieses recht schön und gut oder wenigstens noch leidlich findet. Für einen denkenden Menschen ist die nebelhaft pantheistische Gefühlsreligion Goethes ganz unleidlich hohl und unvernünftig.« Die pantheistische Idee wird überhaupt von den fanatischen Klerikalen mit solchen Schimpfworten verlästert, die kein Freidenker je über die katholische Transsubstantiationslehre, über die Lehre von der Verwandlung von Wein und Brot in Fleisch und Blut Christi, geschweige denn über die Gottesidee katholischer und protestantischer Religionsbekenner ungestraft gebrauchen dürfte. Da schreibt der Jesuitenpater Roh in seinen *Grundirrtümern unserer Zeit*: »Am Tag, wo sie [die Pantheisten] zu Göttern geboren werden, weinen und jammern sie, als wenn ihnen das größte Unglück passiert wäre. Wie viele Götter und mit wie vieler Mühe müssen sie an diesen Götterchen herumputzen und herausbilden! Und wenn der Gott endlich fertig ist, dann geht der Jammer erst recht los. Um ihn herum Welch ein Stoßen, Konkurrieren, Treten, Beneiden, Verleumden, Zerstampfen zwischen ihm und den anderen Parzellen der Gottheit. Und das Ende all dieser Herrlichkeit? Ein elendes Fieber stößt den Götzen in die Grube, den Würmern zur Speise.«

Der flammende Dogmenfanatismus, der heute noch in den führenden Köpfen der großen Religionsgemeinschaften lodert, wirkt meist wie ein in Massensammlungen hineingeworfener Feuerbrand: er treibt bereits Vereinte jäh auseinander. Die herrschenden Religionsbekenntnisse entwickeln heute in seltenen Fällen ein lebendiges, die konfessionellen Schranken durchbrechendes Gemeinschaftsgefühl, eine wirklich schöpferische soziale Empfindung. Da, wo sich das Organisationsprinzip heute ein christlich-religiöses Mäntelchen umhängt, eint es die Menschen nicht sondern zerfasert meist bereits bestehende soziale Bande. Das mächtige soziale Gestaltungsvermögen des tief-religiösen Menschen geht aber auch heute dem Sozialismus nicht verloren, wenn dieser sich nur den religiösen Fragen gegenüber völlig neutral verhält; denn der religiöse Mensch ist in seinem tiefsten Wesen tolerant und gibt sich rücksichtslos sozial aus. In diesem Punkt muß das sozialistische Programm immer in dem Gedanken vollkommener religiöser Toleranz wurzeln, damit auch der Religiöse im Rahmen der sozialen Demokratie rüstig formen und bauen kann.

Wir halten es für die größte Kulturtat des Marxschen Sozialismus, daß er nicht den religiösen, nicht den philosophischen sondern den ökonomisch-sozialen Menschen ergriff, daß er das ökonomische Interesse, das im Protestantentum, Katholiken und Juden gleich lebendig ist, in den Mittelpunkt seiner großzügigen

sozialistischen Propaganda stellte. Hier packte er in der Tat das große sozial einigende Moment, das alle konfessionelle Schranken sieghaft überwindende Moment. Für den geistigen Entwicklungsgang Karl Marx' ist es sehr bezeichnend, daß er das philosophische Geplänkel mit Feuerbach und den Gebrüdern Bauer sehr bald einstellte und als eigentliche Seele der modernen Zeit das ökonomisch-politische Ringen der sozialen Klassen erfaßte. Schon in den *Deutsch-französischen Jahrbüchern* schreibt Marx den Gedanken nieder: »Das Verhältnis der Industrie, überhaupt der Welt des Reichtums zu der politischen Welt ist ein Hauptproblem der neuen Zeit.« Und nun widmet er sein ganzes Denkerleben der Ergründung des sozialökonomischen Prinzips der Zeit, der Kritik der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Aber mit dem Denker verschmilzt ja Marx in sich restlos den Kämpfer. Und sein Kämpferleben gehört der Überwindung des herrschenden bürgerlich-kapitalistischen Prinzips. Nicht philosophische und freireligiöse Traktätchen verfaßt Marx sondern eine grundlegende Kritik der politischen Ökonomie, das *Kapital*, und zahlreiche flammende sozial-ökonomische Flugschriften zur Ergründung der sozialen Klassenkämpfe. Und dieser sozial-ökonomische Wirklichkeitsgeist arbeitet heute noch vollkräftig in der Sozialdemokratie.

Das ökonomisch-politische Moment, das die ganze geistige Persönlichkeit Karl Marx' erfüllte, trennte ihn gerade von dem Mitbegründer des Anarchismus: von Bakunin. Marx will in seiner *Internationalen Arbeiterassoziation* einen proletarisch-sozialen Verband gründen, in dem sich die Bekenner aller Konfessionen zusammenfinden, Bakunin will die Konfessionen als solche durch die Verbreitung eines atheistisch-revolutionären Programms negieren. Bakunin ruft die Nationen zu einer *Alliance internationale de la démocratie socialiste* zusammen, die, wie sein Biograph Max Nettlau ausführt, »als Körperschaft der *Internationalen Arbeiterassoziation* beitreten, aber neben dem Programm jener ihr eigenes atheistisch-anarchistisch-revolutionäres Programm und ihre eigene internationale Organisation (Zentralbureau in Genf) haben sollte«. Auf die Beseitigung des ökonomisch-politischen Knechtschaftsprinzips, auf die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse konzentriert Marx die ganze Tätigkeit des Proletariats. Bakunin läuft dagegen gegen alle auch gegen vermeintliche Knechtschaftsverhältnisse Sturm. Auch dort, wo der Herrschaftsgedanke noch eine historische Berechtigung hat, verneint ihn Bakunin grundsätzlich und gestaltet folgerichtig den Gedanken der Herrschaftslosigkeit, der Anarchie, aus. Kein Anknüpfen an die historischen Kampfbedingungen des Proletariats, an das Ringen der Massen um die politische und wirtschaftliche Demokratie kennt Bakunin sondern strikte Negation jeder Herrschaft. Bakunin wird Verkünder einer atheistischen Weltanschauung und stempelt den Kampf gegen Gott direkt zu einem Programmpunkt seiner anarchisch-sozialistischen Bewegung. Überall wittert er das verhaßte Herrschaftsprinzip, in der Demokratie, in der Religion. *Kein Herr, kein Gott!* wird sein Feldgeschrei. Und in vollständiger Verzerrung des Herrschaftsgedankens ruft er in seiner Flugschrift *Gott und der Staat in die Welt hinaus*: »Die Gottesidee bedingt das Abdanken der menschlichen Vernunft und Gerechtigkeit, sie ist die entschiedenste Negation menschlicher Freiheit und endet notwendigerweise mit der Verknechtung der Menschheit in Theorie und Praxis.« Bei Bakunin erhält die Gottesidee sofort eine politische Färbung. Gott ist diesem Anarchisten nur die schärfste Zuspitzung des Autoritätsprinzips, die größte Autorität. Welch Widerspiel bildet dieser Revolutionär zu seinem

großen anarchistischen Landsmann Tolstoj, der gerade aus seinem erlebten Gottesgedanken zur konsequenten Bekämpfung jeder Autorität, zum Anarchismus gelangt. Aber beide Männer setzten ihr Leben an eine Idee, die sich nicht verstandesmäßig beweisen läßt: der Gotteskürder gerade so wie der Gottesleugner.

Wenn auch Marx einmal im *Kapital* meint, daß der gesellschaftliche Lebensprozeß dereinst den mystisch-religiösen Nebelschleier abstreifen werde, so überließ er doch wenigstens dieses Abstreifen dem zukünftigen gesellschaftlichen Lebensprozeß und forderte selbst nie zu einem revolutionären Kirchensturm auf. Ganz anders dagegen die Jünger Michael Bakunins. Johann Most, dem der Anarchismus Bakunins durch Dave vermittelt wurde, wirft zahllose antireligiöse Flugblätter und Flugschriften in die Massen: man schaue nur einmal in die Mostsche *Internationale Bibliothek* hinein, um sich von dieser Tatsache zu überzeugen. Der spätere *unabhängige Sozialismus*, der ebenfalls starke Anregungen von Bakunin, Most erhält, durchstreicht dick die Forderung des Erfurter Programms *Religion ist Privatsache*. Die nachfolgende anarchosozialistische Bewegung proklamiert ebenfalls eine atheistische Weltanschauung. Dr. Friedeberg, der theoretische Kopf dieser Bewegung, kritisiert den Gottesgedanken als eine starke Fessel der persönlichen Freiheit. Friedeberg ruft am Schluß seiner Kritik mit Emphase: »Wenn unser Endziel die persönliche Freiheit ist, dann können wir keine Religion gebrauchen.«

Gerade wie die Verbreitung der Ideen religiöser Fanatiker so würde auch die Propaganda eines unduldsamen Atheismus ein zersetzendes Moment in die ökonomisch-sozial geeinte Arbeiterschaft hineinragen. Sollte die soziale Unfruchtbarkeit des Bakuninschen Anarchismus nicht zum Teil auf seiner Verständnislosigkeit für das Religiöse im Menschen zurückzuführen sein? Der fanatische Atheismus stößt eben die religiös gesinnten Elemente zurück, die ihre aufbauenden Kräfte im Sozialismus entfalten sollen. Im Interesse der Gestaltung eines sozialistischen Gemeinwesens ist aber die organisatorische Zusammenfassung aller Kräfte, vor allem der sozial schöpferischen, von einer idealen, selbstlosen Lebensauffassung geleiteten Kräfte geboten. Aus diesem Grund überwand die *Internationale Arbeiterassoziation* alle trennenden nationalen und konfessionellen Schranken, und ihre Statuten forderten strikt, daß »alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens unter einander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anzuerkennen« sich verpflichteten.

Das ökonomisch-sozialistische Prinzip, das Marx dank seines sozialen Schauens und Empfindens aus den realen Weltkämpfen gewann, wirkt sich heute mehr und mehr in der Theorie und Taktik der Sozialdemokratie aller Länder aus. Die Sozialdemokratie will ein Stück sozialer Wirtschaft selbst gestalten, und an dem erhöhten Wohlstand dieser Wirtschaft sind Jude, Christ und Atheist gleichmäßig innerlich interessiert. In dieser sozialistisch-genossenschaftlichen Wirtschaft ist ein die Bekenner aller Konfessionen einigendes Moment gegeben. Dieses Moment beseelet das sozialdemokratische Programm, in dem sich auch keine Spur einer atheistischen oder auch nur antikirchlichen Weltanschauung findet.

XX

KURT EISNER · DER DRAMATIKER DER REVOLUTION

IN tatenlosen Zeiten revolutioniert man die Literatur, in Epochen des Kampfes revolutioniert man durch die Literatur. Der handelnde Poet hat keine Laune neue Schulen zu gründen. Die Welt wird umgestürzt, aber das Drama des Umsturzes verharrt in der klassizistischen Überlieferung. Während in der politisch sozialen Wirklichkeit die Pforte der Vergangenheit verriegelt und die Vergangenheit vergessen wird, damit neue Geschichte ganz von Grund aus erzeugt werde, schlendern die inhaltlich aufreizenden Alexandriner in gewohnten Trott. Der Dichter aber, der in vulkanischen Zeiten selbst auf der Schaubühne der Wirklichkeit agiert, der unmittelbar auf die Gestaltung des Daseins einwirkt, wird dann auch als Poet von der Zeit aufgezehrt, in deren Dienst er dichtete. Der lebendige Kampf ist der Regisseur, der die Werke beseelt. Ist der Kampf zur geschichtlichen Erinnerung verblichen, so sinken die dichterischen Schöpfungen, die einst die Menschen im Innersten aufgewühlt, wesenlos zusammen. Man vermag nicht mehr sie zu schauen, sie zu empfinden.

Ist solch Schicksal die notwendige Tragik der Poeten, die in Versen Politik treiben, in geschichtlichen Dramen Geschichte machen wollen? Oder war es nur die unzulängliche Kraft, die verirrte dramatische Theorie Marie Joseph Chéniers, die ihn in dem Augenblick erledigt werden ließ, in dem die Ereignisse weggespült waren, deren Blut seine Dichtungen gewaltig wirkendes Leben trinken ließ? Das Geschick der beiden Brüder Chénier scheint die Frage ungünstig für die Bekenner des Glaubens zu beantworten, daß die höchste Leistung der Kunst aus der Einheit des handelnden und phantasierenden Menschen erwachse. André, der mitten in den Stürmen geschichtlichen Werden's griechische Idyllen träumte, der nur mit weiblichen Gestalten von Fleisch und Blut koste und keiner Buhlschaft mit diesem abstrakten und vertrackten Frauenzimmer, der angebeteten Göttin der Freiheit Marie Josephs, frönen mochte, hüßte es zwar mit seinem Kopf, daß er die Schreckensherrschaft Robespierres als Störung seiner zarten und zärtlichen Idyllen empfand und die jakobinischen Störenfriede zornig anklagte, aber seine zeitverachtenden Verse sind lebendig geblieben, und aus dem blutigen Korb, den die Guillotine speiste, wuchs üppig rankend der ewig junge Lorbeer um das abgehackte Haupt. Der Bruder Jakobiner aber, Marie Joseph, der brausende Stürmer des Lebens, der auf der Bühne wie im Konvent der Revolution diente, überlebte die Guillotine wie die Staatsstreiche Napoléons. Doch als er auf der Höhe des Weltkaiser-tums, ein ungebeugter Jakobiner, gerade deshalb auch ein wenig der Narr der verschollenen und endgültig für tot erklärten Revolution, müde, zerbrochen, hoffnungslos und überflüssig im friedlichen Bett starb, hatte er seinen Ruhm bereits überlebt, und er ist niemals wieder auferstanden. Seine Dramen verschwanden von der Bühne für immer, und es wäre vergeblich sie erneuern zu wollen. Und liest man sie heute, so weckt kaum noch ein Vers Teilnahme, und kaum eine Szene erhebt sich in dramatischer Bewegung. Marie Joseph hinterließ keine Erbschaft, er hatte alles seiner Zeit hingegeben. Ihm war ein großes Leben gewährt, er bedurfte keiner Unsterblichkeit mehr. Seine literarischen Koffer stehen in irgend einem verstaubten Güterschuppen der Literatur, und wer sie aufschließt und durchstöbert, hat keinen Gewinn von dem toten

Papier, aus dem der Mensch, der es beschrieb, keine Farbe gewinnt. Marie Joseph Chénier bleibt tot als Verfasser seiner Werke, aber er bleibt lebendig als Verfasser seines Lebens, denn bei diesem Werk hatte er den gewaltigsten Mitarbeiter: die Revolution. Wer sich in das Dasein des Dramatikers der Revolution versenkt, dem rauschen alle Brunnen einer erhabenen Zeit, die widerhallte von dem jauchzenden Geklirr gesprengter und zu Boden sinkender Ketten.

In Marie Joseph Chénier verkörpert sich eine tiefe Stimmung der großen Revolution: die strenge Römertugend, die sich griechisch klarer und heiterer Menschlichkeit gattet. In Chéniers Gestalt offenbart sich, wie echt und wahr dieses Gefühl war. Chénier schrieb für ein Geschlecht von Spartanern tapfere und nackte Werke; eine große Politik und eine einfache Handlung waren sein Ideal; so bemerkte in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der einzige französische Literaturhistoriker, der sich gründlicher mit Marie Joseph beschäftigt hat. In einem Widmungsbrief an seinen Bruder, der seinem Drama *Brutus und Cassius* vorangeschickt ist, entwickelt er seine Theorie des politischen Drama in seiner erhabenen Einfachheit auf dem Theater aufzurichten. Er stellt die Hindernisse dar, die sich diesem Beginnen entgegenstellen:

»Die Liebe hat sich ausschließlich der französischen Bühne bemächtigt. Es wurde schon gesagt, aber man muß es nochmals wiederholen: Diese bisweilen so tragische Leidenschaft ist bei unseren besten Dichtern zur Galanterie entartet. Noch mehr: Sie haben große Persönlichkeiten erniedrigt, um den lange verweiblichten Hofgeschmack zu befriedigen; und der Geschmack des Hofes war der Geschmack Frankreichs.«

Die Helden seien zu lächerlichen Liebhabern entwürdigt worden, selbst bei Corneille und in den ersten Werken Voltaires. *Der Tod Caesars* ist das erste Drama, wo er seinen Gegenstand nicht zu entnerven wagte. Der »Engländer Shakespeare« ist für Marie Joseph nur ein unwissender Barbar, und die deutschen Trauerspiele seiner Zeit erscheinen ihm als lächerliche Albernheiten. In der Tat, in den Dramen Chéniers gibt es keine Liebeshändel, es gibt aber auch keine Handlungen, und ganz und gar keine Menschen. Es sind Konventreden in dramatischer Form. Da das Leben in Shakespearischer Buntheit und Wildheit schäumte, war das Drama kahl und ohne Handlung. Da die entzäumte Zeit Menschen von verschwenderischer Eigenart in unerschöpflicher Fülle erzeugte, waren die Figuren des eigentlichen Dramatikers der Revolution wallend redende Togafalten. Da die Welt täglich von neuen brennenden Farben erfüllt war, findet die heroische Bühne der Zeit nicht einmal etwas farbige Schminke des Daseins; eine marmorweiße Rethorik ersetzt alle Charakteristik. In dieser erfüllten Zeit täuscht die Literatur nicht eine Praxis vor, die im Leben nur als leere Theorie flattert. Vielmehr wird umgekehrt das Drama zur dünnen Theorie einer ungestümen Praxis des wirklichen Daseins.

Chénier ist der bewußte Schüler der philosophischen Dramatik Voltaires. Aber glücklicher als sein Meister prophezeit er in seinen Dramen nicht nur die kommende Revolution, sondern er begleitet sie mit seinen Versen. Er ist der Prophet des Gegenwärtigen. Er votiert der Welt die Freiheit in seinen Dramen, er führt Krieg gegen das französische Königtum, gegen die vereinigten Herrscher Europas; als idealistischer Apostel der Freiheit lehnt sich der radikale Jakobiner gegen Robespierres Gewaltherrschaft auf, wie er am Ende des Daseins Napoléon mit seinen Versen der Freiheit erdolcht. Er ist revolutionär gegen alle pressenden Machthaber vor, während und nach der Revolution. Immer aber erscheint dieser Mann, der nur dem Tag und der Zeit diente, im ge-

schichtlichen Gewand. Eine Epoche, die sich bewußt gegen alles geschichtlich Gewordene auflehnte, holt doch die Theatergarderobe aus der geschichtlichen Vergangenheit. Der Dramatiker der Revolution hat keine Szene der Revolution gestaltet sondern nur revolutionäre Worte versifiziert.

Ein ironisches Geschick fügte es, daß der Dramatiker der Freiheit vom Beginn bis zum Ende seiner Laufbahn unablässig von neuem um die Freiheit seiner Kunst kämpfen mußte. Die Bastille mußte fallen, ehe Chénier seinen dramatischen Erstling *Karl IX.* auf der Bühne sehen durfte. Während der Jakobinerherrschaft wurden die Dramen des Jakobiners verboten, weil sie den Machthabern in ihrem feierlichen Kult der Humanität die revolutionäre Energie der Masse zu schwächen schienen; seine kühne Anklage gegen Robespierre konnte erst nach dessen Sturz veröffentlicht werden, und als er sie niederschrieb, schwebte er in der Gefahr das Schicksal seines lyrischen Bruders zu teilen. Zu Zeiten Napoléons, der für Chénier schon deshalb ein günstiges Vorurteil haben mußte, weil er den gleichen dramatischen Geschmack hatte, ließ sich Chénier wohl zuerst zu einer merkwürdigen Huldigung verleiten, in der er dem als Cyrus verkleideten Imperator die schönsten revolutionären Lehren erteilte. Dann aber hielt Chénier dem Kaiser den Spiegel des Tiberius vor, und als Talma ihm das Drama vorlas, fragte Napoléon, ob er toll sei daran zu denken, daß dergleichen aufgeführt werden könne. Immerhin fand Napoléon, der den Dichter zum Generalinspektor des Unterrichtswesens gemacht hatte, diese hartnäckigen Fortsetzungen der höchst unzeitgemäß gewordenen Reimpolemik gegen die Tyrannei so bedenklich, daß er ihn aus seinem Amt entfernte. Er störte die Kreise seiner Politik, auch dadurch, daß er gelegentlich über die Freuden des Paradieses spottete, während doch die kaiserliche Politik mit der Religion arbeitete.

So war Chénier während seines ganzen Lebens gezwungen auch um seine persönliche Freiheit zu ringen. Aber am Anfang seines Wirkens rann sein persönliches Streben mit dem der Nation zusammen. Aus der gleichen gesprengten Kerkertür drang sein Ruhm wie die neue französische Nation hervor. Unmittelbar vor dem Ausbruch der Revolution hatte er sein erstes Drama, *Karl IX. oder die Bartholomäusnacht*, verfaßt. Der mit den Greueln der Bartholomäusnacht besudelte König erscheint ihm noch ganz als der gutartige, aber schwache Fürst, als der anfangs Ludwig XVI. angesehen wurde, ein Opfer böser Einflüsse. Dieser König Karl ist ein prachtvolles Objekt Chénierscher Rhetorik; denn seine schwankende Natur wird dadurch gezeichnet, daß er immer die Meinung dessen hat, der zuletzt auf ihn einredet. Noch ist Chénier kein grundsätzlicher Gegner des Königtums. Nach dem Bastillesturm fügt der unbekannte Literat einige Verse ein, die das Ereignis prophezeien. Sie finden sich in der ersten Szene des 3. Akts, in dem Dialog zwischen dem edlen Kanzler, dem Rhetor des guten, und dem Kardinal, dem Vertreter des bösen Prinzips:¹⁾

»DER KANZLER: Der Menschen Tugend ist nicht glauben sondern tun. Wer hat den Sterblichen das Recht gegeben im Namen des Himmels uns ein heilig Joch aufzulegen? Wer wagt's der Denkkraft Grenzen zu setzen . . . ?

DER KARDINAL: . . . Ein König kann alles, was er will.

DER KANZLER: Welch fürchterlicher Grundsatz! . . . Wenn aber plötzlich der Tag der Rache hereinbricht, der ihr Haupt vor der Gottheit Gericht stellt, der Tag,

¹⁾ Ich zitiere, des Zeitgeruchs wegen, nach einer deutschen Prosaübersetzung, die im Jahr 1790 in Frankfurt und Leipzig erschien.

der alle Schmeichler entfernt und allen falschen Wahn zernichtet: dann deckt ein ewiger Schimpf sie im Dunkel der Kluft; ein schrecklicher Fluch begleitet die Trauer, und oft segnen die Völker im Stillen unter dem Totenpomp den Tod ihrer Herrscher . . . Laßt uns die Zeit erwarten, und auf des Thrones Herrlichkeit wird des Reiches Herrlichkeit erfolgen. Das Volk wird plötzlich dann seinen Glanz wiedernehmen, der alten Vorurteile Gaukelei mit Füßen treten und in die Urrechte der Natur sich setzen. Sein Glück wird aus dem Schoß seines Unglücks sprossen, dieser Türme Kerker von Blut und Tränen stets gewaschen, diese Gräber für die Lebendigen, diese scheußlichen Bastillen werden unter edlen Retters Händen niedersinken: Einst werden unsere Enkel, stolzer als ihre Väter, dem König und den Bürgern ihre Pflichten vorschreiben und auf immer der Gewalt Grenzen bestimmen, sie werden Oberhäupter, aber keine Beherrscher erkennen; sie werden glücklich sein unter einem Monarchen, der die Gerechtigkeit liebt, der der Gesetze und der Freiheit Wiederhersteller ist.«

Solche Sätze wagte man auch nach dem Fall der Bastille zunächst noch nicht auf der Bühne zu sprechen. Es war am 19. August 1789. Im *Théâtre Français* gab man irgend ein abgeschmacktes Schauspiel. Vor dem Beginn des Stücks ergoß sich plötzlich aus den Logen ein Regen von weißen Zetteln, auf denen zu lesen war:

»Franzosen, das Theater der Nation ist lange genug Werken ausgeliefert worden, voll Fadhheit und Knechtschaft. Die burleske Autorität der Zensoren hatte den Genius der dramatischen Dichter entarten lassen; besonders bieten ihre nationalen Stücke nur Vorbilder der Sklaverei. Es gibt eine wahrhaft politische, wahrhaft patriotische Tragödie; sie ist bei der *Comédie Française* angenommen worden, sie ist betitelt *Karl IX. oder die Bartholomäusnacht*. Der Verfasser ist Herr von Chénier. Dieses Werk atmet den Haß gegen Fanatismus und Despotismus, gegen die Aristokratie und die Bürgerkriege. Die Feinde Neckers, dieses großen Ministers, dieses Retters Frankreichs, fürchten die Ähnlichkeit, die man unfehlbar zwischen ihm und dem Kanzler de L'Hopital, einer der Personen des Stücks, finden würde. Die Schauspieler wagen das Drama in diesem Augenblick nicht zu spielen. Wenn ihr glaubt, ein solcher Gegenstand sei würdig euch in den ersten Tagen der französischen Freiheit auf der Bühne zu beschäftigen, so gebührt es nicht mehr den Herren der Verwaltung den Schauspielern Weisungen zu geben, das Recht ist bei euch.«

Aus dem so vorbereiteten Saal erhob sich nach Schluß des Stückes dann eine dröhnende Stimme, die den Schauspielern zurief: »Warum spielen Sie nicht *Karl IX*?« Der Schauspieler Fleury erwiderte: »Wir haben keine Erlaubnis.« Das Publikum erhob sich und schrie: »Wir brauchen keine Erlaubnis.« Aber die Demonstration genügt noch nicht, um die Widerstände zu überwinden. Die Nationalversammlung berät über die Aufführung. Das Werk wird für eine Gefahr erklärt. Da wendet sich Chénier selbst — darüber ist der 20. Oktober gekommen — in einem Aufruf an die 60 Bezirke von Paris, in dem er die Aufführung seines Werkes rechtfertigt; er huldigt Ludwig XVI., dem zweiten Vater des Volks, dem Wiederhersteller der französischen Freiheit. Endlich am 4. November 1789 wird die erste Vorstellung möglich. Der Bastillesturm wiederholt sich auf dem Theater. Man empfindet den Anbruch eines neuen Zeitalters auch in der Kunst. *Karl IX.* gilt als das erste Nationaldrama. Bei den Versen, die den Bastillesturm weissagen:

»Les tombeaux des vivants, ces bastilles affreuses,
S'écrouleront un jour sous des mains généreuses.«

erhebt sich das Publikum und verlangt die Wiederholung der Verse, als vernähme es eine schöne Arie. Als der Kardinal die Schwerter zum Mord segnet, unterbrechen leidenschaftliche Kundgebungen zehn Minuten lang die Fortsetzung des Spiels. Danton äußert beim Verlassen des Theaters: »*Figaro* hat den Adel getötet, *Karl IX.* wird das Königtum töten.« Von Camille Desmoulins wird der Ausruf verzeichnet: »Dieses Stück fördert die Sache mehr als die

Oktobertage.« Die erste Aufführung bringt eine Einnahme von 5018 Livres, die ersten 33 Wiederholungen, die rasch auf einander folgen, 128 000 Livres. Am Tag nach der Erstaufführung ändert Chénier den Untertitel des Dramas, der nun halb drohend halb mahnend *Die Schule der Könige* lautet.

Ohne die mitspielende Zeit läßt sich dieser Erfolg nicht begreifen. Schon der deutsche Übersetzer von 1790 ist sich darüber klar, daß das Werk von der französischen Revolution lebt. In seinem Vorbericht meint er:

»Ich erwarte nicht, daß die Bartholomäusnacht in Berlin, in Prag, in Wien so erschüttern soll wie in Paris; ich schmeichle mir nicht, daß das Parterre zu Leipzig der Medicis ins Gesicht fluchen, daß das Schluchzen der Weiber die Sturmglocke überschreien, und der Segen des Kardinals die Zuschauer in stille zitternde Wut setzen soll. Das kann es nur in Paris, auf der Stelle, wo das Protestantenblut einst floß. Glücklicherweise das Volk, das Nationalstücke hat, das in seinen Schauplätzen seine edlen Bürger von Calais segnen, den Bartholomäusmördern fluchen kann, das dort mit Freudenstränen oder mit Tränen des Abscheus die Taten seiner Väter richtet.«

Glücklich das Volk: So könnte ein Deutscher noch am 100. Todestag Chéniers melancholisch ausrufen. Es bleibt etwas Großes um Nationaldramen, die mit der Zeit leben und sterben. Gerade in diesem Unewigkeitswert liegt ihre Größe. Schon 1790 hörte die Wirkung an den Grenzen der Revolution auf. Und der damalige Übersetzer konnte ebenso nüchtern wie zutreffend die Sparsamkeit der Handlung rügen, die durchgehends herrschende Kälte, die Menge der Reflexionen, die den Gang der Empfindung hemmen und die Leidenschaften durchwässern, die unbegreifliche Mattigkeit der Gefühle, die die leiseste Regung des Herzens in lange unschmackhafte Worte ausspinnet. In der Tat lohnen nur in einer einzigen Szene dramatische Flammen, deren Glut auch der späte Leser zu fühlen vermag. Es ist der 6. Auftritt des 4. Aufzugs: die Schwertersegnung. Die Glocke schlägt dreimal langsam an. Der Herzog von Guise kniet mit den Höflingen nieder, ihre Degen über einander kreuzend. Und der Kardinal spricht den Segen:

»Ich demütiges und folgsames Kind der glorreichen Kirche, und durch ihre Hand zum Priester des lebendigen Gottes gewählt, ich vermag den heiligen Willen Gottes zu deuten. Wenn eure Seele, von einem brennenden Eifer entzündet, sich ganz und ohne Rückhalt der Sache des Himmels weihet, wenn ihr zu dem Mord mit christlichem Herzen hingehet, so geht, ihr vollendet ein herrliches Werk, welches der Nachwelt Jahrhunderte uns mißgönner werden. Lauft und dienet dem Gott, der die Welten beherrscht; und nehmet hin seinen Segen: Seine Gerechtigkeit führt euch hier seine Schlachtopfer zu, und dafür vergibt er auch im Himmel eure Sündenschulden . . . Wascht euch von den Sünden rein mit dem Blut der Pevler, und wer in dieser heiligen Handlung von euch stirbt, der hat im Paradies die Märtyrerkrone.«

Das Geheul der Sturmglocke bricht in die Szene herein, aber von der Bartholomäusnacht selbst hören wir dann im letzten Akt nur durch einen Botenbericht. Die triumphierenden Vorstellungen des Dramas wurden im Mai 1790 plötzlich abgebrochen. Ein Teil der Schauspieler weigerte sich das königsfeindliche Drama weiter zu spielen; die Truppe spaltete sich, und unter Talmas Führung entstand ein neues Theater, eine Bühne Chéniers. Hier erscheint sein zweites Werk, *Heinrich VIII. oder die Tyrannei*. Hier wird die Monarchie selbst schon zu Tode gespielt:

. . . Erbarmungslos sind Fürsten.
Die Würde gab der Himmel, die befreit
Von Tugend sie, von Liebe, Dankbarkeit.«

1791 folgt *Calas oder die Schule der Richter*. Eine dramatische Parlamentsdebatte über das Thema *Der Fanatismus erzeugt alle Verbrechen*:

»Weist fern von euch die blutbegierigen Priester,
Die euch der Brüder Tod begehren lassen,
Die, hochmuttrunken, Demut predigen,
Im Schoß von Gut und Gold die Armut segnen,
Die, stets die Erde täuschend und verwügend,
Für ihren Gott des Friedens Kriege führen.«

Die Religion der Menschlichkeit wird verkündet. Jeder Sterbliche, der Gutes tut, ist ein Priester des Himmels:

»Die Menschen lieben und dem Elend helfen
Ist Religion, des Rechtes Ein und All,
Das heilige Gebot, das Gott gelehrt:
Wahrhaftiger Gottesdienst ist Menschendienst.«

In einer Predigt der Toleranz klingt das Drama aus. Diese Tendenz verstärkt sich noch im *Fénélon*, einem Erziehungsdrama. Für die neuen Gesetze bedarf es neuer Menschen. Mit diesem Stück wird der Dichter Robespierre verdächtig. Es wird allzuviel von Menschlichkeit geredet, wo die Zeit der rauen harten Tat bedarf. Auch *Gaius Gracchus*, das erste seiner Römerdramen, wurde nebst allen zukünftigen Stücken verboten, obwohl es sich gegen die Politik der Gemäßigten wandte. Als bei der Erstaufführung der Schauspieler die Worte *Gesetze, nicht Blut!* sprach, unterbrach man ihn aus dem Publikum mit dem Ruf *Blut, nicht Gesetze!* Und doch wühlt in dem Drama ein leidenschaftlicher Haß gegen die Aristokratie, die Gott und Gesetz, Priester und Richter für die Unterdrückung des Volkes mißbraucht. Nichts mehr von einer volksfreundlichen Monarchie. Die Republik allein ist Freiheit und Reichtum. Die Adels-herrschaft hat die Armut erzeugt. In der Republik aber sind, so feiert sie die Mutter der Gracchen, alle Menschen für das Vaterland geboren; sie sind mit ihm bis zum letzten Tag verbunden, mit allen ihren Fähigkeiten, ihrer Arbeit, mit ihrem Leben.

Das nächste Stück, *Timoléon*, bedarf wieder eines revolutionären Ereignisses, um den Weg zur Öffentlichkeit zu finden. Hier rechnet Chénier gleichermaßen mit dem Königtum wie der Schreckenherrschaft ab. Er verherrlicht den Tyrannenmord, aber er widerspricht auch der Lehre, daß die Freiheit durch den Schrecken herrschen muß: Das ist die gemeine Sprache aller Unterdrücker. Der Schrecken unterdrückt den ehrenhaften Menschen, läßt die Menschlichkeit verdorren, die Tugend schweigen. Die Tyrannei maßt sich schamlos den Namen *Freiheit* an. Gesetze, Sittlichkeit sind notwendig, nicht Blutopfer. Das Gesetz flöße den Bösewichten eine heilsame Angst ein. Das Verbrechen erleiche und falle unter das Gesetz, aber der Unschuldige soll ruhig schlummern können, und der Unglückliche ein Asyl finden. Niemand soll sich vor dem Auge des mörderischen Richters und vor dem feigen Angeber fürchten brauchen. Der Schrecken macht nur Sklaven, ohne Menschlichkeit gibt es keine Gerechtigkeit und keine Freiheit. Das Stück, das solche Worte wagte, wurde nicht nur verboten; auch das Manuskript mußte verbrannt werden. Nur ein Zufall hat eine Abschrift erhalten. Erst nach dem Sturz Robespierres wurde der *Timoléon* aufgeführt. Aber nun benutzten Chéniers Feinde diese Tragödie der feindlichen Brüder zu der Verleumdung, daß Marie Joseph an der Hinrichtung seines Bruders André mitgewirkt habe. So groß der Gegensatz der Charaktere und der politischen Auffassungen der Brüder war, Marie Joseph konnte mit Recht diese Verleumdung zurückweisen. Es ist nichts Wahres daran. In der Zeit, da André fiel, war auch Marie Josephs Leben gefährdet.

Mit dem *Timoléon* waren die Bühnenerfolge zu Ende. Die reiferen und künstlerisch wertvolleren Werke der nächsten Jahre vermochten in ihrer unveränderten Gesinnung die veränderte Zeit nicht mehr zu bewegen. Mit dem Zusammenbruch der Revolution endete ja auch das literarische Zeitalter der Aufklärung, die Romantik trat ihre Herrschaft an, die einem voltairianischen Geist wie Chénier aufs äußerste zuwider sein mußte. Für Chénier war das Genie auch der Kunst nur verfeinerte Vernunft. Chénier forderte von dem guten Dramatiker: das Talent Verse in einfacher kraftvoller und rührender Würde zu schreiben; das beharrliche Studium des menschlichen Herzens; eine tiefe Kenntnis der Geschichte, der Moral, der Politik; den Haß gegen Vorurteile; die Liebe zur Wahrheit; den unbeirrbaren Wunsch und das Recht seiner Sache zu dienen. Lauter Grundsätze, in denen die Romantik den Tod aller Poesie sah. Marie Joseph war nicht nur der Dramatiker, sondern auch der jakobinische Lyriker der Revolution. Und in diesen pathetischen Gelegenheitsgedichten, mit denen Chénier die Gedenktage der Freiheit verherrlichte und die Kämpfer der Republik in die Kriege gegen das vereinigte Europa geleitete, fühlt man noch heute mehr von dem Überschwang jener herrlichen Zeit als in den Dramen. In der Ode über den Krieg der Freiheit /1792/ wird den Königen, den »blutigen Feinden des Menschengeschlechts«, die Vernichtung verkündet. Der Soldat der Republik trägt den Schrecken in die Paläste der Reichen, den Frieden in die Hütten der Armen. Chéniers *Chant du Départ* war das volkstümlichste Lied neben der *Marseillaise*:

»Es singt der Sieg und öffnet uns die Schranken,
Die Freiheit leitet unsern Schritt.«

Als Mitglied des Konvents, in dem er für den Tod des Königs gestimmt hat — er begleitete sein Votum mit Worten edlen Freimuts —, wirkte er für die öffentliche Erziehung. Es war einer seiner Lieblingsgedanken, daß aus den öffentlichen Sitten die Gesetze erwachsen müßten. So war er bemüht diese neue Grundlage geläuterter Sitten im Bewußtsein und Leben des Volkes zu schaffen. Deutlich schwebt ihm das Bildungsideal der Griechen vor, die Vereinigung des Guten und Schönen: die Entwicklung des Verstandes, der Sittlichkeit (die politische Tugend ist die Grundlage der Gesellschaft), des Körpers durch gymnastische Übungen. Solche harmonische Erziehung zur Freiheit zu ermöglichen diente ihm vornehmlich jene großen Nationalfeste der Revolution, deren Organisator er war. Die Feste sollten die Volkssitte bilden. Wieder waren es griechische Ideale, die seine Festgedanken bestimmten. Eine Vereinigung aller Künste, Architektur, Bildhauerei, Malerei, Beredsamkeit, Poesie, Musik und Tanz, sollte diesen Festen Stil, Farbe, Würde und Freude geben.

Die Freiheit tanzt. Man glaubt das Blut der anmutigen, lebensstarken und geistig beweglichen griechischen Mutter des Dichters zu spüren, die in einem muntern Brief einmal die Tanzfreiheit der griechischen Sitten gegen die französische Prüderie verteidigt hat:

»In Paris tanzt man nicht mehr mit 30 Jahren. Ist das ein Gesetz? Wer hat es befohlen? Die Jugend? Man hat wenig Zeit jung zu sein, und lange Zeit es nicht mehr zu sein. Schließlich, ich verlange nicht, daß alle Welt tanzen soll; aber ich wünschte, daß jeder die Freiheit hätte zu tanzen, ohne genötigt zu sein seinen Tauschein vorzuzeigen.«

In den Festspielen des revolutionären Sohnes tanzt etwas wie diese mütterliche Melodie. Wir besitzen eines aus dem Jahr 1793, dessen Szene das Kriegslager gegenüber den Preußen ist. In heiter spottendem Wechselgesang wird der

selbe Chorrefrain bald den Preußen und Emigranten, bald als Antwort den Kriegern der Freiheit in den Mund gelegt:

«Si vous aimez la danse,
Venez, accourez tous,
Boire du vin de France,
Et danser avec nous.»

Am Schluß aber singt der Chor:

«Chantons, dansons, la patrie est contente:
Partout ses braves défenseurs
Ont frappé les rois d'épouvante.
La République est triomphante:
Chantons, dansons, nos frères sont vainqueurs.»

In diesen Versen atmet die große, freie, reine und tapfere Heiterkeit, die in dem Seelengrund der blutigen Zeit wuchs, zuweilen verborgen, niemals erstickt. Und das möchte die Lösung des Problems dieses Dichterwerks sein: Der Dichter war nicht zu klein, aber die Zeit war zu groß für die Gestaltung ewiger Kunst. Vor dem gigantischen Kunstwerk des Lebens trat der Künstler bescheiden zurück, und am Ende war sein methodischer Irrtum, der kalte und leere Klassizismus, doch die notwendige Form dieser Zeitkunst, deren höchste Aufgabe nichts anderes sein konnte als die feierliche, weckende, anklagende, aufreizende Beredsamkeit über die Handlungen des Lebens. Sicher lebt in den Versen Marie Joseph Chéniers nicht die im Ungeheuren ausrasende Erscheinung der Revolution, wohl aber der reinsten und edelsten Traum ihrer Seele. Chéniers Ruhm wurzelte allein in der Revolution. Aber der Poet hat dankbar nun auch den Ruhm der Revolution, die Ewigkeit ihres Ideals in seinen Poesieen bewahrt. Wer sein Ohr tiefer und williger auf die kalte Pathetik des idealistischen Jakobiners neigt, der hört schließlich doch die echte Sprache und den innersten Rhythmus jener Zeit der Menschwerdung, während ein Shakespeare der Revolution uns in der Fülle der Gesichte vielleicht gerade den Geist des erhabenen Welt dramas verdunkelt hätte.

XX

LUDWIG QUESSEL · DAS ZWEIKINDERSYSTEM IN BERLIN



NTER den Nationalökonomern, die aufmerksam die Bevölkerungserscheinungen der Gegenwart verfolgen, wächst die Zahl derjenigen, die voller Unruhe das rapide Wachstum der deutschen Bevölkerung betrachten. Man weist darauf hin, daß auf dem heutigen Reichsgebiet, wo 1800 nur 20 Millionen Menschen lebten, im Jahr 1905 bereits 60 Millionen zu finden waren, und daß, wenn der in den letzten 8 Jahren durchschnittlich zu verzeichnende Geburtenüberschuß von 1,4 % noch weiterhin anhält, die deutsche Bevölkerung nach 50 Jahren gegen 130 Millionen zählen wird, da nach der Eulerschen Tabelle ein Geburtenüberschuß von 1,4 % oder 14 ‰ die Verdoppelung der Bevölkerung in 5 Jahrzehnten nach sich zieht. Was aber zu besonderer Beunruhigung Veranlassung gibt, ist der Umstand, daß trotz des Rückgangs der Geburtenziffer, das heißt der Zahl der Geburten, die auf je 1000 Einwohner entfallen, um 3,6 ‰ von 1881 bis 1908, der Geburtenüberschuß infolge des Rückgangs der Sterbeziffer ein ständiges Wachstum aufweist. Nach dem *Statistischen Jahrbuch* für 1910 kamen auf 1000 Einwohner durchschnittlich jährlich:

Zeitraum	Geborene	Verstorbene	Geburtenüberschuß
1881 bis 1890	38,2	26,5	11,7
1891 bis 1900	37,4	23,5	13,9
1901 bis 1908	34,6	20,2	14,4

Das machtvolle Anwachsen des Geburtenüberschusses macht es begreiflich, daß die Vertreter der Nationalökonomie die Übervölkerung Deutschlands drohend am Horizont der Zeiten aufsteigen sehen. Schmoller kommt am Schluß seiner gründlichen Untersuchung über die natürlichen und wirtschaftlichen Schranken der Bevölkerungsverdichtung zu dem Resultat, daß die der menschlichen Kultur zugänglichen Gebiete längst reichlich besetzt sind, und der Trost, erst ein Viertel der Erde sei angebaut, nicht sehr weit her ist. Er bezeichnet es ferner als eine »gänzliche Täuschung, wenn Optimisten auf das 1 % der Erdoberfläche mit 8000 Seelen und mehr pro Geviertmeile hinweisen und sagen, die übrigen 99 % der Erde sollten das nachmachen. Ein bedeutender Teil der Kulturländer läßt schon heute keine Vermehrung der Bevölkerung um 100 bis 200 % mehr zu, wenn nicht die Technik uns lehrt Brot und Fleisch chemisch, statt auf dem Umweg durch die Landwirtschaft herzustellen«. Da Schmoller mit dem baldigen Eintritt eines solchen Wunders nicht rechnet und Deutschland zu den Gebieten zählt, die ein Wachstum der Bevölkerung um 100 bis 200 % nicht mehr zulassen, so schlägt er vor für einen reichlichen Abfluß der deutschen Bevölkerung zu sorgen und die proletarischen, überfrühen Ehen mit zu zahlreichen schwächlichen Kindern und übergroßer Kindersterblichkeit zu mindern. Die unteren Klassen sollten die Sitten des Mittelstands, was Ehe und Kinder anlangt, annehmen. Schmoller glaubt, daß man dies erreichen könne, indem man die Arbeiterklasse durch richtige soziale Reformen geistig, moralisch und wirtschaftlich hebt.¹⁾ So wenig wie Schmoller ist auch Lexis, dem Engels in der Vorrede zum 3. Band des *Kapitals* bekanntlich das Lob zollt, er sei ein »gescheiter Kopf« und seine Erklärung des Kapitalprofits wäre im Grunde »nur eine Umschreibung der Marxschen«, irgendwie geneigt das Bevölkerungsproblem optimistisch aufzufassen. In seiner jüngst erschienenen *Allgemeinen Volkswirtschaftslehre* betont er, daß die Bevölkerungsstatistik der Gegenwart »einen dunkeln Schatten auf die Zukunft der Menschheit wirft, wenn angenommen werden muß, daß die Menschenzahl unausgesetzt, wenn auch nur in mäßiger Progression, anwachsen werde. . . Die außerordentliche Vervollkommnung der Transportmittel hat es eben möglich gemacht den Boden der noch wenig bevölkerten überseeischen Länder für die Befriedigung des steigenden Nahrungsbedürfnisses des alten Europa in unerwartet großem Maß zu Hilfe zu nehmen. Aber diese Zufuhr wird in einigen Jahrzehnten aufhören, wenn die Volkszahl jener Länder in dem bisherigen Tempo fortschreitet.«²⁾ Wie Wilhelm Lexis, so sieht auch eine andere Autorität auf dem Gebiet des Bevölkerungswesens, Regierungsrat Elster, in den Zahlen der deutschen Bevölkerungsstatistik ein ernstes Warnungssignal, das von allen, denen der kulturelle Aufstieg des deutschen Volkes am Herzen liegt, gar nicht ernst genug beachtet werden kann:

»Wenn wir nun auch gegenwärtig über das starke Anwachsen der Bevölkerung Deutschlands nicht in Sorge zu sein brauchen, so werden wir doch zugestehen

¹⁾ Siehe Schmoller *Allgemeine Volkswirtschaftslehre* (Leipzig 1900), 1. Teil, pag. 182 ff.

²⁾ Siehe Lexis *Allgemeine Volkswirtschaftslehre* (Leipzig 1910), pag. 237 ff.

müssen, daß es so wie in den letzten Jahrzehnten auf die Dauer nicht weitergehen kann.«³⁾

Am schärfsten geht aber mit den Optimisten der Bevölkerungstheorie, die sich mit dem Trost begnügen, daß mehr Menschen auch mehr Arbeit und Reichtum bedeuten, Professor Haushofer ins Gericht. Er weist darauf hin, daß im alten Europa der Zuwachs an neuen Arbeitskräften nur Beschäftigung finden kann, wenn man die alten Arbeitsfelder immer mehr auspreßt. Mit diesem Auspressen muß aber die Erwerbstätigkeit immer sorgenvoller, immer hastiger und immer unfreudiger werden.

„Und wenn sich auch die Lebenshaltung der Gesamtbevölkerung in aufsteigender Linie bewegt, wenn auch die Ein- und Ausfuhr von Waren zunimmt, wenn auch Kapital und Konsumtion wichtiger Gebrauchsgegenstände steigen, ist trotzdem das Gefühl der Beengtheit nicht mehr wegzuschaffen In einem großen Teil der europäischen Kulturvölker ist das Gefühl der Übervölkerung heute schon vorhanden. Nur äußert es sich nicht mit allen Schrecknissen der präventiven und repressiven Gegentendenzen. Der Gegendruck macht sich eben durch die Zivilisation gemildert geltend und tritt in verschiedenen Formen zutage. Wenn Europa jährlich 100 000 bis 200 000 Auswanderer an andere Völker abgibt; wenn jede heiratsfähige Person später in die Ehe tritt als sie eigentlich möchte; wenn die Zahl der freiwilligen Zölibatäre einen großen Bruchteil der Bevölkerung ausmacht; wenn in ärmeren, kinderreichen Familien die Kindersterblichkeit eine unnatürlich große ist; wenn die Lebensdauer des Kulturmenschen geringer ist als sie nach den Naturgesetzen sein könnte, sind dies lauter solche Gegenwirkungen gegen Übervölkerung. Und alle diejenigen, die durch diese Gegenwirkungen aus dem Land oder aus dem Leben gedrängt werden, weichen eben einem großen geheimen Gesetz, das sich gegen die Übervölkerung richtet. Sie weichen diesem Gegendruck, ohne ihn zu sehen und ohne ihn zu erkennen. Er ist eine Macht, die nur leise mahnd, aber kräftig und ununterbrochen und immer allgemeiner wirkt.«⁴⁾

Es fragt sich nun, ob eine unbefangene Prüfung der bevölkerungsstatistischen Tatsachen dies Urteil der Nationalökonomie bestätigt. Nun läßt es sich nicht leugnen, daß die Aussicht auf einen wesentlichen Rückgang des Geburtenüberschusses noch in weiter Ferne liegt. Wenn es auch als sicher angesehen werden kann, daß die Geburtenziffer in Deutschland weiter langsam zurückgehen wird, so muß man auf der andern Seite aber auch damit rechnen, daß die fortschreitende Säuglingsfürsorge und andere hygienische Maßnahmen die Sterbeziffer weiter herabdrücken werden, so daß das Mehr der Geburten gegenüber den Todesfällen, von dem das Tempo der Bevölkerungszunahme abhängt, in den nächsten Jahrzehnten noch keine wesentliche Minderung erfahren dürfte. Diese Erkenntnis ist auch für den Politiker von höchster Bedeutung. Denn wenn wir es auch nicht nötig haben uns den Kopf darüber zu zerbrechen, wie es unseren Enkeln nach 90 oder 100 Jahren gehen wird, so können wir doch bei unseren wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht umhin mit einem Zeitraum von 3 bis 4 Jahrzehnten zu rechnen. Es wäre nun aber ein törichter Optimismus anzunehmen, daß die Versorgung von 100 Millionen Menschen mit Nahrungsmitteln, insbesondere mit tierischen Produkten sich ebenso leicht vollziehen ließe wie die Ernährung von 65 Millionen. Nach der Größe des Geburtenüberschusses der letzten 3 Jahrzehnte müssen wir bestimmt damit rechnen, daß nach 3 bis 4 Jahrzehnten zirka 40 Millionen Menschen mehr als jetzt mit Lebensmitteln zu versorgen sein werden. Schon jetzt zeigt sich

³⁾ Siehe Elster *Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik im Handwörterbuch der Staatswissenschaften* 2. Band, / Jena 1899/, pag. 768.

⁴⁾ Siehe Haushofer *Bevölkerungslehre* / Leipzig 1904 /, pag. 106 ff.

aber, daß die Versorgung der zurzeit vorhandenen Bevölkerung von 65 Millionen mit tierischen Produkten keine einfache Sache ist. Ganz besonders ist hier auf den Mangel an Milch zu verweisen, die das unentbehrliche und durch nichts anderes ersetzbare Nahrungsmittel der ersten Kindheit ist. Zu betonen ist dabei, daß der Milchmangel, der in steigenden Preisen zum Ausdruck kommt, nicht durch die Agrarzölle hervorgerufen worden ist, da Milch bisher in beliebigen Mengen zollfrei nach Deutschland eingeführt werden konnte. Die geringe Quantität der aus dem Ausland eingeführten Milch zeigt uns aber, daß unsere Nachbarstaaten als Milchlieferanten schon jetzt nicht mehr ernsthaft in Frage kommen, und dies bei wachsender Bevölkerung später naturgemäß noch weniger der Fall sein kann. Der Wert der deutschen Milchproduktion ist in einer Denkschrift des deutschen Landwirtschaftsrats vom Jahr 1905 auf 1882 Millionen Mark geschätzt worden, während der Wert der vom Ausland zollfrei eingeführten Milch 1909 ganze 5 Millionen Mark betrug. Trotz der zweifellos außerordentlichen Steigerung, die gerade die Milchproduktion in Deutschland aufzuweisen hat, kann sich zurzeit die Versorgung der Städte mit frischer Milch nur noch auf Kosten der Bevölkerung des flachen Landes vollziehen. Alle Kenner der ländlichen Verhältnisse stimmen darin überein, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung sich der Milch in einem bedrückenden Maß immer mehr entäußert. Auf einer von der *Zentralstelle für Volkswohlfahrt* gemeinsam mit dem *Deutschen Verein für ländliche Wohlfahrtspflege* einberufenen Konferenz, die neulich im hygienischen Institut zu Berlin tagte, wurde allgemein anerkannt, daß es auf dem Land dort, wo Molkereien sind, häufig unmöglich ist selbst für Kranke Milch zu bekommen. Daß schon jetzt der starke Verbrauch von Milch und Molkereiprodukten in den Städten eine ernste Gefahr für die ländliche Bevölkerung darstellt, lehrt die Tatsache, daß in den Kantonen der Schweiz, die die meiste Milch zum Verkauf bringen, sich auch die stärkste Abnahme der Heerestauglichkeit zeigt. Ähnliche Erscheinungen sind aber auch in Deutschland beobachtet worden. Daraus ist leicht zu ersehen, daß jede Stellungnahme zu den agrar- und handelspolitischen Problemen der Gegenwart ohne ausreichende Berücksichtigung der zukünftigen Gestaltung der deutschen Volkszahl zu gefährlichen Irrungen führen muß.

Es ist nicht zu viel gesagt, daß uns, wenn wir von Berlin und Elsaß-Lothringen absehen, die Tendenz zur Übervölkerung mehr oder weniger stark ausgeprägt in allen Gebieten Deutschlands entgegentritt. Am stärksten macht sich diese Tendenz in Westfalen bemerkbar. Ganze Bücherreihen sind geschrieben worden, um die angebliche Absurdität der Malthusschen Berechnung darzutun, daß die Bevölkerung unter günstigen Umständen sich schon in 30 Jahren verdoppeln könne. Ein Blick auf die Bevölkerungsercheinungen in der Provinz Westfalen kann aber jetzt jeden davon überzeugen, daß Malthus auch in diesem Punkt recht hatte, und in der Tat unter besonderen Umständen ein solch erstaunlicher Grad menschlicher Fruchtbarkeit möglich ist. In Westfalen entfielen im Jahr 1908 auf 1000 Einwohner 40,6 Geburten und 18,1 Todesfälle, was einem Geburtenüberschuß von 22,5 bedingt. Unter den Flottenenthusiasten, die eine kriegerische Weltpolitik großen Stils inaugurierten möchten, gibt es nicht wenige, die jede Beschränkung der natürlichen Fruchtbarkeit durch präventive Mittel als *nationalen Verrat* brandmarken und es gern

sehen würden, wenn ganz Deutschland einen solch großen Geburtenüberschuß aufwiese. Es ist daher nicht ohne Reiz sich zu vergegenwärtigen, wie sich die künftige Gestaltung der deutschen Volkszahl ausnehmen würde, wenn der Traum unserer Keimlinge in Erfüllung ginge. Bei einem Geburtenüberschuß von 22,5 ‰, wie er zurzeit in Westfalen zu verzeichnen ist, müßte sich die Entwicklung der deutschen Volkszahl wie folgt gestalten: im Jahr 1910 65 Millionen, 1940 130 Millionen, 1970 260 Millionen und im Jahr 2000 520 Millionen. Wenn heute aus der Tiefe des Ozeans ein ganzer Weltteil von der Größe und Beschaffenheit Amerikas emporstiege, würde er doch nicht ausreichen, um den deutschen Bevölkerungszuwachs der nächsten 9 Jahrzehnte aufzunehmen, wenn der Geburtenüberschuß Westfalens typisch für ganz Deutschland werden sollte. Es liegt nun zum Glück gar kein Grund vor die Bevölkerung Westfalens gewissermaßen als Barometer für die übrige deutsche Bevölkerung anzusehen. Wenn auch die Tendenz zur Übervölkerung in fast allen Gauen Deutschlands zu konstatieren ist, so tritt sie doch in den übrigen Gebieten weit schwächer zutage. So verleugnet zum Beispiel Elsaß-Lothringen auch in diesem Punkt nicht seinen Zusammenhang mit der französischen Kultur und Sitte. Während Westfalen einen Geburtenüberschuß von 22,5 ‰ aufweist, beträgt dieser in Elsaß-Lothringen nur 8,9 ‰.

Zu den interessantesten Erscheinungen der deutschen Bevölkerungsbewegung ist aber zweifellos die Tatsache zu zählen, daß die Tendenz zum Zweikindersystem, das heißt zu einem Beharrungszustand der Volkszahl, sich weit ausgeprägter als in den Reichslanden in der Hauptstadt des Reichs zeigt. Im Stadtkreis Berlin weist die Geburtenziffer von 1876 bis 1905 einen Rückgang von 44 auf 26,7 ‰ auf. Der Grund dieser Erscheinung kann nun entweder in der ausgedehnteren Ehelosigkeit der Berliner Bevölkerung oder in der geringern Fruchtbarkeit ihrer Ehen liegen. Daß die starke Abnahme der Berliner Geburtenziffer nicht auf die Zunahme der Ehelosigkeit zurückzuführen ist, zeigt folgende Gegenüberstellung der Heirats- und Geburtenziffer. Auf 1000 Einwohner kamen in Berlin:

Zeitraum	Heiratende	Geburten
1876 bis 1880	21,1	44,0
1881 bis 1885	20,7	37,7
1886 bis 1890	22,2	34,3
1891 bis 1895	21,1	31,4
1896 bis 1900	22,1	28,6
1901 bis 1905	21,2	26,7

Bei ziemlich gleichbleibender Heiratsziffer ist also in Berlin im Verlauf von 3 Jahrzehnten ein Rückgang der Geburtenziffer zu konstatieren, der nicht weniger als 39,3 % beträgt. Dieser rapide Rückgang der Geburtenziffer im Stadtkreis Berlin läßt sich, da die Ehelosigkeit nicht größer geworden ist, nur durch eine geringere Fruchtbarkeit der Berliner Ehen erklären. In Berlin wie auch in den meisten anderen Großstädten sind die mittleren, zeugungsfähigen Altersklassen infolge des Zuzugs gewöhnlich übermäßig besetzt, wodurch die Fruchtbarkeit höher erscheint als sie tatsächlich ist. Die Tendenz der Berliner Ehen zum Zweikindersystem muß daher noch schärfer hervortreten, wenn wir die Geborenen nur auf die Anzahl der im gebärfähigen Alter stehenden Frauen beziehen. Nach dieser verfeinerten statistischen Methode

ist die Fruchtbarkeitsziffer für Berlin vom preußischen statistischen Landesamt für die Zeit von 1876 bis 1905 neu berechnet worden.⁵⁾ Danach entfielen im Stadtkreis Berlin auf 1000 weibliche, im Alter von 15 bis 45 Jahren stehende Personen im Jahresdurchschnitt 1876 bis 1880 149,21 Lebendgeborene, 1881 bis 1890 119,59, 1891 bis 1895 106,23, 1896 bis 1900 96,73 und 1901 bis 1905 88,78 Lebendgeborene. Während nach der ersten, groben Methode der Fruchtbarkeitsberechnung der Rückgang der Geburtenziffer von 1876 bis 1905 39,3 % ausmacht, beträgt er nach der letztern, verfeinerten Methode 42,2 %. Es kann daher keinem Zweifel unterliegen, daß die Bevölkerung des Stadtkreises Berlin bereits beim Zweikindersystem angelangt ist. In Frankreich kamen im Jahr 1908 auf 1000 Einwohner 20,2, im Stadtkreis Berlin im selben Jahr 23,9 Geburten, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß diese nach der üblichen, groben Methode gewonnene Geburtenziffer die Fruchtbarkeit der Berliner Ehen etwas höher erscheinen läßt als sie tatsächlich ist. Wenn nun trotzdem die Berliner Bevölkerung den erheblichen Geburtenüberschuß von 7,9 ‰ aufweist, während Frankreich nur einen solchen von 1,2 ‰ zu verzeichnen hat, so liegt dies daran, daß die Zahl der Sterbefälle in Berlin um 3 ‰ geringer ist als in Frankreich.

Wie ist nun aber dieser rapide Rückgang der Berliner Geburtenziffer zu erklären? Im Grund kommen hier nur zwei Möglichkeiten in Frage: Entweder zerstört das Berliner Leben die Zeugungskraft oder den Zeugungswillen der Bevölkerung. Da die Annahme, daß eine geheimnisvolle Kraft die Berliner Frauen mit Unfruchtbarkeit und ihre Männer mit Impotenz schlägt, wohl als absurd von der Hand gewiesen werden kann, bleibt uns nur übrig diese Erscheinung durch die Abnahme des Zeugungswillens zu erklären. Der Wille der Menschen wird nun aber nicht nur durch Natur- sondern auch im hohen Grad durch Kultureinflüsse, unter denen die wirtschaftlichen Einwirkungen tonangebend sind, gelenkt und bestimmt. Das soziale Leben der Reichshauptstadt ist nun zweifellos besonders dazu angetan den wirtschaftlichen Druck, der durch das rapide Anwachsen der deutschen Bevölkerung um fast 900 000 Personen jährlich erzeugt wird, jedem einzelnen energisch zum Bewußtsein zu bringen. An einem Verdichtungszentrum der Bevölkerung, das so gänzlich von Naturschätzen entblößt ist, wo Kohle und Eisen, diese physischen Grundlagen industrieller Betätigung, mit hohen Kosten herbeigeschafft werden müssen, wo alljährlich ein erheblicher Teil der überschüssigen Bevölkerung der östlichen Provinzen hinströmt und das Angebot von Händen auf dem Arbeitsmarkt sprunghaft vermehrt, müssen sich natürlich die Wirkungen der rapiden Bevölkerungszunahme am schärfsten fühlbar machen. Die Anhäufung von Millionen auf einer engen Fläche, die zumeist nur durch eine intensivere Ausnutzung der vorhandenen Arbeitsfelder Beschäftigung finden können, bewirkt aber auch, daß die städtische Grundrente ins Ungemessene steigt. Steigende Wohnungsmietspreise und größere Ausgaben für die Fahrten von und zur Arbeitsstelle sind die ökonomischen Folgen dieser Erscheinung, denen sich keiner entziehen kann. Dazu kommt die wachsende Unsicherheit der Existenz für ältere Personen, hervorgerufen durch das massenhafte Angebot zugezogener jugendlicher Arbeitskräfte, das nirgends schärfer in die Erscheinung tritt als in der Reichshauptstadt und eine zahlreiche Familie als etwas wenig

⁵⁾ Siehe hierüber die *Statistische Korrespondenz*, 1910, Nummer 39.

Wünschenswertes ja sogar Bedrohliches erscheinen läßt. Diese ökonomischen Momente reichten freilich für sich noch nicht aus die rapide Abnahme des Zeugungswillens im Stadtkreis Berlin zu erklären, wenn nicht noch eine Reihe psychischer Faktoren hinzukäme. In seiner Junggesellenzeit gewöhnt sich der Arbeiter Theater, Konzerte und andere öffentliche Veranstaltungen zu besuchen, worauf er auch in der Ehe nicht ganz verzichten will. Das ist freilich nur möglich, wenn er die Kinderzahl beschränkt. Die religiösen Bedenken, die dem entgegenstehen, brechen aber nirgendwo schneller zusammen als in dem antidogmatischen Milieu einer Millionenstadt. Ein Arbeiter, der Anteil an den Gütern der Kultur hat, entschließt sich leicht lieber eine Minderung der Lustgefühle im ehelichen Verkehr durch Anwendung präventiver Mittel hinzunehmen als seine höhere Lebenshaltung durch eine große Kinderzahl zu zerstören. Ferner kommt hinzu, daß das geistige Leben einer Millionenstadt wie Berlin besonders geeignet ist das Selbständigkeitsgefühl der proletarischen Frau zu heben, die Ansprüche, die sie an das Leben stellt, zu steigern. So wirken neben den ökonomischen auch psychische Kräfte auf Frau und Mann ein, die die Zeugung von den Schauern religiöser Romantik entkleiden und die Neigung hervorrufen die Kinderzahl dem Einkommen und anderen Verhältnissen des Haushalts anzupassen.

Aus diesen Darlegungen ergibt sich aber auch, daß das Zweikindersystem im Stadtkreis Berlin wohl noch lange im Deutschen Reich eine isolierte Erscheinung bleiben wird. Immerhin ist damit zu rechnen, daß auch in den übrigen Teilen Deutschlands die Gegenwirkungen der beginnenden Übervölkerung in einem verstärkten Rückgang der Geburtenziffer zum Ausdruck kommen werden. Die nachgerade chronisch werdende Fleischnot wie auch die zunehmende Milchknappheit wirken beide in der Richtung auch der deutschen Bevölkerung außerhalb Berlins die Erkenntnis beizubringen, daß es »so nicht weiter gehen kann«, wenn der kulturelle Aufstieg des deutschen Volkes nicht ernsthaft in Frage gestellt werden soll. Immer deutlicher zeigt es sich, daß die Hoffnung auf die Unererschöpflichkeit der amerikanischen und australischen Fleischproduktion durchaus irrig ist; immer kleiner wird das Gebiet extensiver Viehzucht, das Europa zu Preisen, die für die Arbeiter erschwinglich sind, mit tierischen Produkten versorgen könnte. Der Eintritt der amerikanischen Union in die Reihe der Staaten, die auf Fleischzufuhr angewiesen sind, zeigt uns, daß der Fleischmangel eine internationale, über Europa hinausreichende Erscheinung geworden ist. Ganz ausgeschlossen ist es aber, daß uns irgend ein Land für den bis 1950 zu erwartenden Zuwachs von 40 Millionen das unentbehrliche Nahrungsmittel der ersten Kindheit, die frische Milch, liefern könnte. Schon jetzt haben aber die Molkereiprodukte eine Preishöhe erreicht, bei der Butter auf dem proletarischen Familientisch nur noch des Sonntags erscheinen kann. Auch die Beseitigung des Butterzolls würde an diesem Zustand nicht viel ändern, da dadurch das Pfund Butter nur um 10 Pfennig verbilligt werden könnte. Ein Zuwachs der deutschen Bevölkerung von annähernd 40 Millionen in 4 Jahrzehnten, mit dem wir rechnen müssen, wenn der Geburtenüberschuß nicht eine erhebliche Reduktion erfährt, muß ferner eine bedeutende Steigerung der städtischen und ländlichen Grundrente herbeiführen, die einen starken Druck auf die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung ausüben wird. Alles dieses spricht dafür, daß ähnlich wie im Stadtkreis Berlin auch in den übrigen Ge-

bieten Deutschlands die Gegenwirkungen der Übervölkerung nicht ausbleiben können, wenn sich auch dort die Zeitverhältnisse, die die Bewegung der Bevölkerung beeinflussen, viel zögernder und schwächer bemerkbar machen werden. Es ist daher wohl nicht unrichtig anzunehmen, daß die Einwohnerschaft des Stadtkreises Berlin das Barometer für die übrige deutsche Bevölkerung ist und schon jetzt Zustände zeigt, die bei jener erst in der Zukunft zu erwarten sind.

XX
**AUGUST ERDMANN . ROM UND DIE CHRIST-
 LICHEN GEWERKSCHAFTEN**



UCH durch die Romreise des Kölner Erzbischofs ist der Streit um die christlichen Gewerkschaften, der die kirchlichen wie die politischen Kreise des deutschen Klerikalismus, den Episkopat wie das Zentrum, in zwei Lager teilt, nicht entschieden worden. Kardinal Fischer hat über die Ergebnisse seiner Verhandlungen mit Pius X. in einem Hirtenbrief vom 4. Dezember 1910 berichtet. Danach denkt der Papst gar nicht an irgendwelche Verurteilung irgend einer Organisation der deutschen Katholiken, und mit Entschiedenheit habe Seine Heiligkeit erklärt, daß er in der sogenannten *Gewerkschaftsfrage* nach wie vor den bisherigen Standpunkt einnehme, nämlich daß er den beiden Richtungen, die in dieser Hinsicht in Deutschland bestehen (christliche Gewerkschaften und katholische Fachabteilungen), gleichmäßig neutral gegenüberstehe.

So ähnlich hat sich allerdings schon früher der Papst ausgedrückt. Im Januar 1906 brachte der *Osservatore Romano* eine Note, worin das vatikanische Amtsblatt zu dem Streit zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Fachabteilungen in höherm Auftrag erklärte, »daß der Papst mit gleichem Wohlwollen die einen wie die anderen lobt und ermutigt, da er sehr wohl weiß, daß die besonderen Bedürfnisse der verschiedenen Diözesen und Provinzen Deutschlands dahin wirken können den Gewerkschaften vor den Fachabteilungen den Vorzug zu geben«. Aus den letzten Worten ergibt sich, daß ungeachtet aller *Neutralität*, mit der man in Rom den beiden Richtungen gegenübersteht, dennoch die katholischen Berufsorganisationen als die Regel angesehen werden; nur wo die »besonderen Bedürfnisse« es erfordern, darf den christlichen Gewerkschaften der Vorzug gegeben werden. Ob diese »besonderen Bedürfnisse« vorliegen, das zu beurteilen ist Sache des Bischofs. In diesem Sinn hat sich, wie Kardinal Fischer bei einer frühern Gelegenheit, im Januar 1910, mitteilte, der Papst wiederholt ihm gegenüber geäußert: es sei Sache der Bischöfe, je nach Lage der örtlichen Verhältnisse zu beurteilen, ob gemischte oder konfessionelle Vereinigungen am Platze seien.

Drei Punkte sind es, durch die die christlichen Gewerkschaften mit den Grundsätzen, die Rom in der Arbeiterfrage vertritt, in Widerspruch geraten: die Interkonfessionalität; der im Programm zwar abgelehnte, in der Praxis aber (durch den Streik) ausgeübte Klassenkampf; die der Kirche gegenüber beanspruchte Selbständigkeit in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Dingen. Dieser letzte Punkt; die Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften gegenüber der kirchlichen Autorität, ist es namentlich, worauf die genannten Organisationen ebenso entschieden bestehen, wie Rom sich dagegen auflehnt. Wo die Kirche zu der sozialen Frage Stellung genommen hat, da hat sie stets her-

vorgehoben, daß deren Lösung nur auf Grund der Lehren des Christentums und im engsten Zusammenhang mit der Kirche erfolgen könne. Und wo sie sich über Arbeiterorganisationen geäußert hat, da stets nur in dem Sinn, daß die Religion ihre Grundlage bilden und ihre Bestrebungen unter Aufsicht und Leitung der Kirche bleiben müßten. So ist es in der Enzyklika *Rerum novarum*, der sogenannten *Arbeiterenzyklika* Leos XIII. vom Jahr 1891 zu lesen; namentlich aber ist in dieser Beziehung die Enzyklika *Graves de Communi*, Leos XIII. Erlaß über die christliche Demokratie, vom Jahr 1901 von Wichtigkeit. Die christliche Demokratie in Italien ist ihrem Wesen nach mit den sozialen Bestrebungen des deutschen Klerikalismus, wie sie im *Volksverein für das katholische Deutschland* zusammengefaßt sind, auf eine Stufe zu stellen, und mit den christlichen Gewerkschaften hat sie den Anspruch gemein, daß die Kirche sich des Aufsichts- und Einspruchsrechts über die wirtschaftlichen Bestrebungen katholisch-sozialer Organisationen zu enthalten habe. Zu diesem Punkt heißt es in der letztgenannten Enzyklika:

»Mit Absicht haben wir eben die pflichtmäßige Betätigung von Tugend und Religion erwähnt. Verschiedentlich wird nämlich die Anschauung gehegt, die auch Verbreitung erlangt hat, die sogenannte *soziale Frage* habe nur wirtschaftliche Bedeutung, während doch im Gegenteil sicher ist, daß sie vor allem moralischer und religiöser Art ist und darum vor allem nach dem Sittengesetz und den Bestimmungen der Religion gelöst werden muß . . . Darum haben wir niemals katholische Männer aufgefordert Vereine für die Hebung des Volkes und andere ähnliche Einrichtungen ins Leben zu rufen, ohne daß wir gleichzeitig verlangt hätten, daß dies im Geist der Religion, unter ihrem Geleit und mit ihrer Beihilfe geschehe.«

Am Schluß des päpstlichen Rundschreibens wird dann noch die »dringende Mahnung« erneuert »einzelne wie Vereine möchten bei all ihren Bestrebungen auf diesem Gebiet nicht vergessen, daß man durchaus der Autorität der Bischöfe folgen muß«. Und der Fürsorge und Autorität der Bischöfe wird vertraut, sie möge »mäßigend, einschränkend, zurückhaltend darauf hinarbeiten, daß nicht unter dem Schein dem Guten zu dienen die Kraft der kirchlichen Disziplin gemindert und die von Christus für seine Kirche gesetzte Ordnung gestört werde«.

Pius X., hat dann die sich auf die soziale Frage beziehenden Erlasse noch einmal wieder in seinem *Motu proprio* vom 18. Dezember 1903 zusammengefaßt, worin er es als seinen Willen erklärt, »daß diese sehr weisen Grundsätze genaue und volle Beachtung finden, und niemand wage sich von ihnen auch nur ein wenig zu entfernen«. In den dort angeführten Leitsätzen wird von der »christlichen Volksaktion« oder von der »christlichen Demokratie« ausgesagt, daß sie die »Prinzipien der katholischen Glaubens- oder Sittenlehre zur Grundlage haben, die besonders jede Verletzung des unantastbaren Rechtes des Privateigentums zurückweist . . . In der Ausübung ihrer Tätigkeit hat die christliche Demokratie die strengste Pflicht der geistlichen Behörde sich zu unterwerfen, indem sie den Bischöfen und ihren Vertretern volle Unterwürfigkeit und Gehorsam zeigt. Es zeugt von keinem verdienstlichen Eifer noch von wahrer Frömmigkeit, wenn schöne und an sich gute Dinge unternommen werden, die von dem eigenen Hirten nicht gebilligt worden sind«.

In den beiden hier näher erörterten päpstlichen Erlassen ist zwar nur von der »christlichen Demokratie« die Rede, und da wir in Deutschland eine Bewegung dieses Namens nicht haben, so haben unsere Zentrumsblätter sich die Schluß-

folgerung gestattet, daß infolgedessen auch jene Erlasse nicht auf deutsche Verhältnisse Bezug haben und für diese gelten könnten. Haben wir indessen auch keine christliche Demokratie, so doch eine Bewegung, die sich ihrem Wesen nach mit der christlichen Demokratie deckt: die christliche Gewerkschaftsbewegung, die vor allem wie jene den Anspruch erhebt, auf dessen Zurückweisung die vorstehenden Erlasse es in erster Linie abgesehen haben: die Selbständigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Aktion gegenüber der Kirche. Der deutschen Zentrums Presse mochten jene Erlasse, namentlich das *Motu proprio*, schon deshalb arg in die Glieder fahren, weil sie Bestimmungen über die katholischen Zeitungen und katholischen Schriftsteller enthielten, die diese in allem, was nur entfernt in Verbindung mit der Kirche und dem christlichen Sittengesetz gebracht werden konnte, ebenfalls unter die Vormundschaft der Bischöfe stellte. Aber der Papst hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Erlasse in Sachen der christlichen Demokratie Geltung für alle Länder und alle sozialen Bestrebungen der Katholiken haben. Die deutsche Zentrums Presse bestreitet heute denn auch die Gültigkeit der beiden Erlasse für alle Katholiken nicht mehr. Es wäre auch vergebliche Mühe. Denn wer zweifelt, daß folgende Sätze aus dem Schreiben Pius X. an Kardinal Swampa vom 1. März 1905 ebensowohl auf die christlichen Demokraten in Italien wie auf die christlichen Gewerkschaften in Deutschland zielen:

»Wenn es der Gründe bedürfte, um zu beweisen, daß solche Leute durch die logische Entwicklung ihrer Prinzipien absolut zu Rebellen gegen die Autorität der Kirche werden, so fände man solche zur Genüge bei ihren Versammlungen, wo sie sich als unabhängig bezeichnen; in ihren Blättern und Zeitschriften, worin sie ihr Werk auseinandersetzen und ihr Schaffen zu rechtfertigen versuchen; dann endlich in ihren Antworten an die Prälaten, denen sie erwidern, ein derartiges Verbot berühre ihre Gemeinschaft und ihre Mitglieder nicht, oder indem sie verkünden, der Papst und die Bischöfe hätten wohl das Recht in Sachen des Glaubens und der Moral sich zum Richter aufzuwerfen, nicht aber die soziale Bewegung zu leiten.«

»Unglückliche Jünglinge« nennt der Papst solche Leute, und als solche unglücklichen Jünglinge gebärdeten sich in Deutschland die christlichen Gewerkschaftsführer, die 1908 auf einer internationalen Konferenz dem Papst und den Bischöfen ein *Bis hierher und nicht weiter!* zuriefen und sich das Hineinregieren kirchlicher Kreise in die Gewerkschaftsbewegung verboten: »Rebellen wider die Autorität der Kirche«, wie der Papst es nennt. Pius X. ist entschiedener Gegner eines verwischten Christentums, wie es die christlichen Gewerkschaften für ihre Zwecke konstruiert haben. Im Jahr 1909 trat der Präsident des *Wirtschaftlichen Vereins* in Italien, eines Zweiges der sozialen Aktion der italienischen Katholiken, an den Papst mit der Bitte um eine Entscheidung darüber heran, ob dem Generalsekretariat für die dem Verein angeschlossenen Gewerkschaften auch solche Organisationen angegliedert werden dürften, die zwar nicht ausgesprochen katholisch seien, aber an den Grundsätzen der christlichen Gerechtigkeit festhielten. Der Papst sprach sich entschieden dagegen aus; er empfahl dem Verein »mutig die katholische Fahne hochzuhalten« und nannte es »weder loyal noch vornehm das katholische Bekenntnis unter falscher Flagge segeln zu lassen, als ob es eine Ramsch- oder Schmutzware sei«.

Der Kommentar, den der vatikanische *Osservatore Romano* zu dem Schreiben des Papstes gab, ließ keinen Zweifel darüber, daß hier eine Entscheidung von allgemeiner Bedeutung ausgesprochen war. Dennoch meinte die *Germania*,

Bestimmtes über die Tragweite des päpstlichen Schreibens für außeritalienische Verhältnisse sei weder in dem Schreiben noch in dem Kommentar des *Osservatore Romano* enthalten. Nur eins sei sicher und allgemein gültig für die ganze Christenheit:

»Der Papst zieht das ausdrückliche Bekenntnis zu Christus jedem Erfolg vor. Aber damit ist noch keine allgemeine Verurteilung der christlichen Gewerkschaften gegeben, denn es gibt ja Ausnahmestände, auf die der allgemeine Satz keine Anwendung findet.«

Von diesem Gesichtspunkt hat man — und darin trifft das Zentrumsblatt das Richtige — die Stellung der kirchlichen Autorität zu der Gewerkschaftsfrage aufzufassen. Katholische Organisationen und deren Unterordnung unter Papst und Bischöfe: das ist Roms grundsätzliche Auffassung. Die christlichen Gewerkschaften sind als Ausnahme und auf Widerruf aus Rücksicht auf das Zentrum geduldet, das in gewissen Gegenden, wo es sich einer starken Sozialdemokratie gegenüber sieht, der christlichen Gewerkschaften politisch bedarf. Als im Jahr 1899 auf der Generalversammlung des *Augustinusvereins zur Pflege der katholischen Presse* Dr. Julius Bachem, der politische Leiter der *Kölnischen Volkszeitung*, seine Kollegen ermahnte sich der Förderung der christlichen Gewerkschaftsbewegung anzunehmen, da gab er auch in folgendem den Grund an, weshalb das nötig sei:

»Wenn darin nicht ein Mehreres geschieht, dann wird die politische Stellung der Zentrumsparthei dadurch namentlich in den großen Städten auf die Dauer sehr erschwert werden. . . Das ist die Überzeugung der politischen Führer in Köln und anderswo. Welche Bedeutung es aber für die Zentrumsparthei hat, daß wir gerade die großen städtischen Wahlkreise behaupten, brauche ich nicht auszuführen. Das ist etwas, was die anderen Parteien uns nicht nachmachen können; hier ruht zum Teil das Geheimnis des Einflusses der Zentrumsparthei.«

Und diesem »Geheimnis« zuliebe duldet Rom als eine Ausnahme die christlichen Gewerkschaften da, wo der Bischof der Meinung ist, daß sie dem Zentrum im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie, von Nutzen sein könnten. Es duldet sie, ohne Verzicht auf sein grundsätzlich behauptetes Recht jene Organisationen zu beaufsichtigen und zu leiten. Der Papst hat den christlichen Gewerkschaften befohlen Frieden zu halten mit den katholischen Gewerkschaften, was ein Eingriff in ihre grundsätzliche und taktische Haltung ist. Und die christlichen Gewerkschaften vergessen, daß sie 1908 der kirchlichen Autorität ein *Bis hierher und nicht weiter!* zugerufen haben; sie haben sich löblich unterworfen und umarmen die *Streikbrecher*, die *Hundsfütter*, die *gewerkschaftlichen Brunnenvergifter*, und als was sie sonst die Fachabteiler zu bezeichnen pflegten, als ihre Brüder.

Die christlichen Gewerkschaften müssen dankbar sein, daß Rom sie wenigstens als Ausnahme und auf Widerruf duldet, weil die Zentrumsparthei doch ihrer bedarf. Im Programm und in Resolutionen betonen sie ihre Selbständigkeit, und doch müssen sie gestatten, daß ihre grundsätzliche und praktische Haltung von der Kirche bestimmt wird. Und bei alledem sind sie ihres Daseins nicht sicher; sie genießen ihr Leben als eine Galgenfrist. Kundige Leute wußten nach Kardinal Fischers Romreise zu melden, daß beim Papst eine Enzyklika mit dem Verbot der christlichen Gewerkschaften bereits fertig gelegen habe, und daß nur, weil von einflußreicher Stelle auf die Reichstagswahlen und die Lage des Zentrums hingewiesen wurde, ein Hinausschub der Maßregel erreicht worden sei. Wie dem auch sei, das Schicksal der christlichen Gewerk-

schaftsbewegung ist völlig in die Hände Roms gegeben, und wir haben die merkwürdige Tatsache zu verzeichnen, daß sich am Anfang des 20. Jahrhunderts in Deutschland 300 000 Arbeiter finden, die sich ihr gewerkschaftliches Programm und ihr Verhalten in dem großen sozialen Kampf der Gegenwart von dem römischen Bischof diktieren lassen, der nie der Arbeiterbewegung nahegestanden hat, der Deutschland nie gesehen und nie ein Wort mit einem deutschen Arbeiter in dessen Sprache geredet hat. Und das Allermerkwürdigste ist, daß sich in diesen von Rom aus kommandierten Organisationen auch noch Tausende von evangelischen Arbeitern finden.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

Wertzuwachssteuer - Wenn jemals ein guter und in seiner Art populärer Gedanke durch unerquickliche parlamentarische Parteiverhältnisse um allen Kredit gebracht worden ist, so trifft dies auf die Forderung einer Wertzuwachssteuer und ihr Schicksal im Reichstag zu (siehe die Rubrik *Staatssozialismus*, pag. 273 ff.). Die Sozialdemokratie hat in früheren Jahren den Grundgedanken mit zum Durchbruch in der öffentlichen Meinung gebracht; sie hat große Gemeindeverwaltungen zu entsprechenden praktischen Schritten drängen helfen; sie lehnte aber die Verantwortung für das ungestaltete Kompromißerzeugnis im Reichsparlament ab und stimmte geschlossen dagegen. Alle anderen Parteien mit Ausnahme der Nationalliberalen waren geteilt, aber selbst hier hat niemand rechte Freude an der Zustimmung, und niemand rühmt sich des vollbrachten Werkes, wie das sonst zu geschehen pflegt. Nicht einmal der finanzielle Ertrag, den die Regierung und die alte Finanzreformmehrheit erstrebte, wird erreicht, so daß der 1909 eingeführte Umsatzstempel auf Grundstücke noch mindestens bis zum 1. Juli 1914 fortheben soll, während seinerzeit die Herabsetzung auf die Hälfte, bei Einführung der Zuwachsteuer, in Aussicht genommen war. Die Verteilung des Ertrags zwischen Reich, Gemeinden und Einzelstaaten ist schließlich in folgender Weise geregelt worden: 50 % erhält das Reich, 40 % die Gemeinde oder unter Umständen der Gemeindeverband, 10 % beziehen die Bundesstaaten als Entschädigung für die Verwaltung und Erhebung. Doch können die Gemeinden zu dem ihnen ver-

bleibenden Anteil Zuschläge bis zu 100 %, also nochmals bis zu 40 % der Reichsteuer erheben, nur dürfen Reichsteuer und Zuschlag zusammen 30 % der die Steuerpflicht begründenden Werterhöhung nicht übersteigen. Der Ertrag für das Reich wird im Beharrungszustand auf etwa 25 bis 30 Millionen Mark geschätzt. Die entscheidende Abstimmung ergab 198 Abgeordnete für das Gesetz, 93 dagegen, während 20 sich der Stimme enthielten. Von den Konservativen stimmten unter anderen mit *Nein* Graf Kanitz, von Oldenburg-Januschau, der Reichstagspräsident Graf von Schwerin-Löwitz. Von den Fortschrittlern erklärten sich 22 dagegen, 16 dafür, unter letzteren die Abgeordneten Cuno, Dove, Neumann-Hofer, Pfarrer Naumann. Die Nationalliberalen traten ohne Ausnahme für das Gesetz ein, während vom Zentrum Trimborn, Dr. Marcour, Fritzen-Rees, Dr. Lender ablehnten.

× **Nationalliberale Partei** ×
Über die Beweggründe, die die Nationalliberalen zu ihrer einmütigen Unterstützung des im wesentlichen klerikalkonservativen Werkes veranlaßten, spricht sich Dr. Böttger sehr offen und lehrreich im *Tag* aus: »Taktisch lag die Sache so, daß die Nationalliberalen an sich das Gesetz nicht zu Fall bringen konnten. . . Aber vielleicht, so kann man die Frage stellen, hätte es sich gelohnt die Verantwortung abzulehnen und die Konservativen und das Zentrum diese Aufgabe allein lösen zu lassen, mit der Devise *Diesem Ministerium, das sich auf jene Parteien stützt, keinen Groschen!* Warum die Nationalliberalen bei dieser an sich volkstümlichen Arbeit absichts stehen sollten, ist nicht einzusehen. Kein Minister und kein Reichskanzler hat das Be-

dürfnis sich nur auf zwei Parteien zu stützen, er muß es aber tun, und er muß dafür jenen Parteien unter Umständen sehr große Freundlichkeiten und Zugeständnisse erweisen, wenn nur sie die Kontinuität der Regierung, Gesetzgebung und Verwaltung gewährleisten. Den Konservativen und dem Zentrum noch mehr Einfluß zuzuschancen, kann unmöglich im Interesse der Liberalen liegen.«

Wenn nun aber kurz vorher von der Zentrumsseite aus den Nationalliberalen gut zugeredet worden war »aus der selbst aufgesuchten Ecke herauszutreten« und den mittelparteilich-konservativen Block dauernd verstärken zu helfen, so ist von dem Gelingen solcher Pläne noch recht wenig zu spüren. Im Gegenteil kam es am 14. Februar im preußischen Abgeordnetenhaus zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Nationalliberalen Schiffer und dem konservativen Führer von Heydebrand. Auch die *Konservative Korrespondenz* kündigte gleichzeitig eine »gehüllende Abrechnung mit unseren Gegnern, von Bebel bis Bassermann« vor und bei den Wahlen an. Ob man deswegen schon, wie linksliberale Blätter meinen, den Gedanken einer Politik der Sammlung als erledigt ansehen darf, bleibe dahingestellt. Jedenfalls ist im Augenblick das trennende Wasser wieder einmal sehr tief.

X
Elsaß-Lothringen: Verfassung Auch die Behandlung der elsäß-lothringischen Verfassungsfrage (siehe die Rubrik *Rechtswissenschaft* in diesem Band, pag. 213 ff.) in der Reichstagskommission läuft einigen der am festesten eingewurzelten nationalliberalen Anschauungen entgegen, nur daß die zentralistischen Nationalliberalen hierbei mehr in Gegensatz zum Zentrum geraten. Das Ideal der alten Unitarier war nicht ein neuer Bundesstaat neben den vielen alten Einzelstaaten mit ihren ebenso zahlreichen Souveränen, sondern ein *Reichsland* mit dem Kaiser als Landesherrn: zwar mit Bundesratsstimmen, die aber vom Kaiser, nicht von Einzelregierungen abhängen, die also Preußens einheitliche Machtstellung gegenüber den vielfach zentrifugalen partikularstaatlichen Neigungen heben sollten. Der Bundesrat hat aus unschwer zu ahnenden Gründen diese selbständige Vertretung Elsaß-Lothringens abgelehnt, oder richtiger: im Entwurf nicht vorgesehen, denn auch

Preußen hat diesen Schein einer gewollten Machtverschiebung erklärlicherweise zu vermeiden gesucht; der Entwurf kennt nur elsäß-lothringische Kommissare im Bundesrat. Was werden aber der Bundesrat und Preußen tun, wenn der Reichstag die abgelehnte Lösung präsentiert, und wenn man ohne diese Bedingung überhaupt über die elsäß-lothringische Misere nicht hinwegkommt? Nach den, auf Zentrumsanregungen beruhenden, bisherigen Kommissionsbeschlüssen würde Elsaß-Lothringen als selbständiger Bundesstaat des Deutschen Reiches 3 Stimmen im Bundesrat erhalten. Der Einfluß Preußens hinge alsdann nach Ablehnung der von den Sozialdemokraten beantragten republikanischen Landesverfassung weiter davon ab, wie der regierende Statthalter ernannt und gegebenenfalls abberufen werden soll. Hier lautet der Kommissionsbeschluß zunächst: »An der Spitze des Bundesstaats steht ein Statthalter, der auf Vorschlag des Bundesrats vom Kaiser auf Lebenszeit ernannt wird.« Das ist ein Versuch die gefürchtete, tatsächlich rein preußische Regierungsspitze zu vermeiden. Der Ausweg erscheint für den Beginn des neuen Regimes gar nicht so ungeschickt und unzweckmäßig; aber es bleibt alsdann die weitere Frage, was geschehen soll, wenn im Lauf der lebenslänglichen Statthalterschaft Landtag und Landesregent oder Reichspolitiker und Landesregent zu weniger harmonischen Beziehungen gelangen. Das Zentrum verlangt hier die Möglichkeit der Absetzung durch den Bundesrat, und zwar mit den für Reichsverfassungsänderungen vorgesehenen Kautelen: Anträge gelten als abgelehnt, wenn sie im Bundesrat 14 von den 58 Stimmen gegen sich haben. Auch hier drang die Anschauung des Zentrums durch, veranlaßte aber den Staatssekretär Delbrück zu der Erklärung, daß zunächst eine neue Stellungnahme des Bundesrats erforderlich sei. Die Reichstagskommission hat darauf auf unbestimmte Zeit ihre Beratungen überhaupt abgebrochen.

Vorläufig ist also alles im Fluß, aber vor eine der politisch wichtigsten Entscheidungen sind hier sowohl Reichstag wie Bundesrat gestellt, Preußen neben dem Reichsland selber dabei an der Spitze der in Frage kommenden Interessen. Die wichtigsten Anträge unserer Genossen gingen zunächst dahin: »§ 1. Die Staats-

gewalt in Elsaß-Lothringen übt das elsaß-lothringische Volk durch die auf Grund dieses Gesetzes berufene Regierung aus. § 2. Die Regierungsgeschäfte werden durch einen vom Landtag aus seiner Mitte mit absoluter Mehrheit gewählten Regierungsausschuß besorgt. Der elsaß-lothringische Landesausschuß, allerdings ein überaus willkürliches Gebilde, dem zurzeit nicht ein einziger Sozialdemokrat angehört, hat seine Wünsche — mit allen Stimmen gegen die eine des republikanischen Abgeordneten Blumenthal — dahin zusammengefaßt: vollständige Gleichstellung mit den Bundesstaaten, 3 Bundesratsstimmen, Volksvertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, Abstandnahme von der Errichtung einer Ersten Kammer, im Fall ihrer Einführung aber ausschließliche Zusammensetzung aus gewählten Mitgliedern.

× **Kurze Chronik** Zwischen den Regierungsvertretern von Kanada und den Vereinigten

Staaten ist ein Abkommen zur Herbeiführung eines freieren Verkehrs abgeschlossen worden, das namentlich der kanadischen Landwirtschaft bedeutende Vorteile bringt (siehe den Artikel Hildebrands in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 232 ff.). Das Repräsentantenhaus in Washington hat einen dem bedeutsamen Vertrag entsprechenden Gesetzentwurf am 15. Februar bereits mit 181 gegen 92 Stimmen angenommen. In Kanada beginnt sich eine von England begünstigte Gegenströmung zu regen; doch sind die Vorteile für Kanada so beträchtlich, daß auch hier die Annahme gesichert erscheint. × Im englischen Unterhaus ist ein Antrag gegen *Homerule* für Irland mit 326 gegen 213 Stimmen abgelehnt worden. × Zur Beratung der kommerziellen Vorbereitungen für die Eröffnung des Panamakanals ist in Washington ein panamerikanischer Handelskongreß zusammengetreten. × In einer vielbeachteten Rede vor dem deutschen Landwirtschaftsrat erklärte sich der Reichskanzler für Aufrechterhaltung des bisherigen Agrarschutzes und für eine nachdrückliche innere Kolonisation. × In Oesterreich ist wieder eine Resistenzbewegung der Staatsbeamten veranstaltet worden, durch die ein großer Teil der Post-, Telegraphen- und Staatsbahnbetriebe lahmgelegt wurde.

Wirtschaft / Rudolf Wissell

Auslandsaktien an deutschen Börsen Daß alle Parteien mit einer wirtschaftspolitischen Anschauung der deutschen Reichsregierung einverstanden sind, ist ein seltenes Ereignis. Dies zeigte sich jedoch am 11. Februar im Reichstag bei der konservativen Interpellation über die Frage, was der Reichskanzler gegen die Überschwemmung des deutschen Kapitalmarkts mit ausländischen Werten zu tun gedenke. Anlaß zu dieser Interpellation gab die Absicht der *Berliner Handelsgesellschaft* Aktien der Chicago-Milwaukee-Bahn an der Berliner Börse einzuführen. Diese Emissionsabsicht hätte im Hinblick auf die Aufnahmefähigkeit des deutschen Geldmarkts in der Handelspresse Anfechtung erfahren, und schließlich ließ auch der preußische Handelsminister, der Vorgesetzte der Zulassungsstelle der Berliner Börse, öffentlich in der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* erklären, daß bei der augenblicklichen Lage des Geldmarkts die fragliche Aktie ein für die Einführung ungeeignetes Papier wäre. Gegen diese Auffassung ist von keiner Seite Widerspruch erhoben worden, sie wurde im Gegenteil allgemein gebilligt. Dabei sind auch keine prinzipiellen Einwände gegen die Anlage deutschen Geldes im Ausland geltend gemacht worden. Die für eine solche Anlage sprechenden Gründe: die Notwendigkeit für ein aufwärtsstrebendes Volk sich weltwirtschaftlich zu betätigen, die Gestaltung einer möglichst aktiven Zahlungsbilanz, finanzielle Kriegsbereitschaft und endlich auch die Unmöglichkeit bei den unendlichen Verzweigungen des Geldmarkts eine solche Beteiligung grundsätzlich zu verhindern, sind auch so nahelegend, daß selbst die der Börse feindlichen Parteien prinzipielle Bedenken nicht zu äußern wagten. Zwar sehen die Konservativen, wie aus den Ausführungen ihres Referenten, des Grafen Kanitz, zu entnehmen war, in dem Abfluß deutschen Geldes nach dem Ausland mit die Ursache, daß sich die Zinssätze für Leihkapital nicht verbilligen. Aber sie konnten sich doch bei dieser Interpellation darauf beschränken auf die gegenwärtigen Marktverhältnisse hinzuweisen. Sie suchten sich als die uneigennützigsten Förderer des Wirtschaftslebens aufzuspielen und das umsomehr, als ja in der Tat die Emissionsabsicht der *Berliner Handelsgesellschaft* die Marktfrage nicht berücksichtigte.

Das Ergebnis der Interpellation läßt sich vielleicht dahin zusammenfassen, daß nach übereinstimmender Ansicht des Reichstags die Schaffung einer Aufsichtsstelle für die Banken sich empfehlen würde, die dann auch bei der Zulassung ausländischer Werte ein entscheidendes Wort mitzusprechen hätte. Wie die praktische Handhabung der dann jeweils zu beachtenden Grundsätze sein würde, ist allerdings eine Frage, die den Banken Anlaß geben sollte die allgemeinen Interessen nicht gar zu sehr hinter ihre Geschäftsrücksichten zurückzustellen. Fraglos ist das in der letzten Zeit mehrfach der Fall gewesen. Die Grundsätze, die der Vorsitzende des *Hansabunds*, Geheimrat Rießer, für die Einführung fremder Wertpapiere aufgestellt hat, und die Graf Kanitz in geschickter Weise zu den seinen machte, sind nicht so beachtet wie sie es tatsächlich verdienen. Sie gingen darauf hinaus ausländische Wertpapiere nur nach voller Deckung des inländischen Kapitalbedarfs zuzulassen; internationale Geschäftsbeziehungen und internationale Emissionen nur mitwirkend zur Erreichung nationaler Ziele in den Dienst der nationalen Arbeit zu stellen und endlich auch, bei Vorhandensein dieser Voraussetzungen die größte Sorgfalt anzuwenden und zwischen den einzelnen Ländern scharf zu unterscheiden. Vielleicht lernen unsere großen Banken auch aus dieser Interpellation, daß es nicht gut ist den Bogen zu überspannen.

× **Fusionierungen** ×

Schon mehrfach ist die Befürchtung geäußert, daß unsere großen Montanunternehmen sich dem Punkt nähern, wo eine einheitliche Leitung, wo der Überblick über die verschlungenen Geschäftsbeziehungen von einer Stelle aus nicht mehr möglich ist, und damit die Gefahr für diese Betriebe heranrückt an der eigenen Größe zu krankem. Insbesondere ist dieses von der Firma Friedrich Krupp gesagt worden. Wenn man bedenkt, wie umfangreich und vielseitig die vielen Betriebe dieses größten deutschen Privatunternehmens sind, erscheint diese Annahme auch nicht unberechtigt. Anscheinend jedoch ist die Leitung dieses Betriebs anderer Meinung. Das zeigt sich jetzt wieder darin, daß sie das größte deutsche Drahtwerk in ihre Interessensphäre zieht. Auch in diesem Vorgehen dokumentiert sich die

Tendenz, die sich schon in all den vielen neuen Unternehmungen dieser Firma offenbarte: die Stahl- und Eisenfabrikation durch die Fertigfabrikation zu ergänzen. Man sucht die Rohwaren möglichst selbst weiterzuverarbeiten, um alle Vorteile, die sich hierbei ergeben, auszunutzen. Auf dieses, bei fast allen unseren großen Unternehmungen zu beobachtende Bestreben ist es auch zurückzuführen, daß die Firma Krupp jetzt wieder mit der Aktiengesellschaft *Westfälische Drahtindustrie* in Hamm einen Vertrag geschlossen hat, der dieses Unternehmen zu einem festen Bestandteil der Kruppwerke werden läßt wie es die *Germaniawerft* in Kiel, die *Grusonwerke* in Magdeburg und viele andere auch geworden sind. Die Firma Krupp übernimmt 6 Millionen Mark neu zu schaffende, nur bis zu 4 % mit Vorrecht am Gewinn teilnehmende Vorrechtsaktien der *Westfälischen Drahtindustrie* und hat sich vom 1. Juli 1911 ab auf die Dauer von 30 respektive 40 Jahren den maßgebenden Einfluß auf die Geschäftsführung der Gesellschaft gesichert. Dagegen garantiert Krupp den Stammaktionären der *Westfälischen Drahtindustrie* eine Dividende von 5 %, die mit der Dividende der Firma Krupp bis zur Höhe von 7 % gleichmäßig, darüber hinaus um die Hälfte der Dividende der Firma Krupp steigt. Endlich ist der Firma Krupp das Recht eingeräumt die gesamten Aktiva und Passiva der *Westfälischen Drahtindustrie* für 18 600 000 Mark = 186 % zu erwerben, während diese bei Ablauf des Vertrags die Wahl hat das Geschäft für eigene Rechnung fortzusetzen oder der Firma Krupp die gesamten Aktiva und Passiva für 16 000 000 Mark zu überlassen.

Um die Wirkung dieses Vertrags voll zu verstehen, muß beachtet werden, daß die Firma Krupp der größte Halbzeuglieferant des *Deutschen Stahlwerkverbands*, während andererseits die *Westfälische Drahtindustrie* einer der hauptsächlichsten Halbzeugabnehmer des Verbands ist. Durch die Einigung dieser beiden Werke hat sich Krupp einen Abnehmer ganz bedeutender Quantitäten seines Halbzeugs gesichert, der auf die Quotennummer Krupps beim Stahlwerksverband nicht in Anrechnung kommt. Dieser Abnehmer ist aber damit zugleich dem Stahlwerksverband verloren gegangen. Die Wirkung wird sich bei dessen kom-

mender Neugestaltung geltend machen. Die Position Krupps ist ganz wesentlich stärker geworden. Die Aktionäre vieler kleinen Werke werden mit sehr gemischten Gefühlen diese Fusionsnachricht gelesen haben. Für die kleinen Werke gestaltet sich die Zukunft recht wenig erfreulich.

× **Kurze Chronik** Zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada ist ein Handelsabkommen geschlossen, durch das der Payne-Aldrich-Tarif der Vereinigten Staaten zum erstenmal durchbrochen ist (siehe den Artikel Hildebrands in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 232 ff.). × Das Einnahmeergebnis der deutschen Eisenbahnen stellt sich im Jahr 1910 aus dem Personenverkehr auf 777 877 941 Mark (gegen das Vorjahr mehr 56 940 661 Mark), aus dem Güterverkehr auf 1 713 419 211 Mark (gegen das Vorjahr mehr 113 689 473 Mark). Die Gesamtsteigerung beträgt 7,39 %, gegenüber einer Steigerung von 3,2 % im Vorjahr. × Die Handelsblätter berichteten in den letzten Wochen, daß das *Kohlenkontor* da, wo es mit der ausländischen Konkurrenz rechnen muß, ganz erhebliche Preisnachlässe zu gewähren bereit ist. Einem großindustriellen Abnehmer von jährlich 20 000 Waggon ist eine Ermäßigung von 25 Mark pro Waggon = 500 000 Mark pro Jahr gewährt worden. Bei einem andern kleinern Abnehmer betrug die Ermäßigung 10 Mark pro Waggon. × Die Kohlenversorgung Berlins und seiner Vororte stellte sich, abzüglich des Verbands, im Jahr 1910 wie folgt: Steinkohlen, Koks und Briketts 3 989 137, Braunkohlen und Briketts 1 754 987 Tonnen. Die Herkunft der Kohlen verteilt sich auf England mit 1 416 680, Rheinland-Westfalen mit 467 662, Sachsen mit 1 073 5, Oberschlesien mit 1 835 675 und Niederschlesien mit 2 583 385 Tonnen. × Die Reichsbank hat am 6. Februar den Wechseldiskont auf 4½ % ermäßigt. Die Bank von England ist am 15. Februar auf 3½ % hinuntergegangen. × Der Chef des bekannten Wiener Bankhauses Rothschild, Baron Alfred Rothschild, ist am 11. Februar gestorben. × Die in der letzten Zeit außerordentlich hohen Wollpreise haben eine erhebliche Abschwächung erfahren. × Auch die

Kaffeepreise, die von 34½ Pfennig pro ½ Kilogramm im Juni 1910 auf zirka 60 Pfennig Mitte Januar 1911 gestiegen waren, sind wieder erheblich gefallen. Am 13. Februar stellte sich der Preis in Hamburg auf 50½ Pfennig.

× **Literatur** Von dem Leitnerschen Werk *Das Bankgeschäft und seine Technik* ist vor einiger Zeit die 2. Auflage erschienen (Frankfurt, Sauerländer). Es ist nicht die volkswirtschaftliche Seite der Frage, die Professor Leitner behandelt; die Bankpolitik in ihrer weitesten Bedeutung, die Erörterung der Fragen, die die Stellung der Banken im volkswirtschaftlichen Organismus berühren, bleibt außer Betracht. Lediglich die Betriebs- und Verkehrstechnik des Bankgeschäfts ist erläutert, um alle nicht im Bankgeschäft Tätigen über die Geschäfte der Banken zu orientieren. Durch eingehende Schilderung der verschiedenen Bankgeschäfte ist dieser Zweck gut erfüllt worden. Der Verfasser hat es verstanden das an und für sich trockene Thema dem Laien sehr interessant zu gestalten. Setzt er naturgemäß gewisse Vorkenntnisse voraus, so ist doch seine Darstellungsweise leicht verständlich. Das gilt insbesondere auch von der Erläuterung der für die einzelnen Zweige des Bankgeschäfts in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen. Das Leitnersche Werk ist jedem, der sich mit der fraglichen Materie beschäftigen will, sehr zu empfehlen. × Das 148. Heft der von Schmoller und Sering herausgegebenen *Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen* (Leipzig, Duncker & Humblot) bringt den 1. Teil eines Beitrags von B. Brockhage *Zur Entwicklung des preußisch-deutschen Kapalexports*. Dieser behandelt den Berliner Markt für ausländische Staatspapiere von 1816 bis um 1840. Die recht breit angelegte Untersuchung kommt im wesentlichen zu dem Ergebnis, daß Preußen in der fraglichen Zeit in der Hauptsache ein Gläubigerland gewesen sei. Im einzelnen bietet die Auffassung des Verfassers manche anfechtbaren Punkte. × Die *Grundlagen für die Eisenindustrie in Deutschland und in den Vereinigten Staaten* werden von W. Neumeister in den *Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen* (Leipzig, Duncker & Humblot) zum Gegenstand einer Besprechung gemacht. Was der Verfasser über das Steinkohlen- und Erzvor-

kommen in Deutschland und den Vereinigten Staaten sagt, ist ganz interessant und schön. Doch scheint er mir die amerikanischen Eisenschätze ganz erheblich zu unterschätzen. Er meint, daß die Gunst der Verhältnisse kaum länger als eine Generation andauern werde. Sicher hat der bisherige wüste Abbau den kommenden Zeiten in keiner Weise Rechnung getragen, aber es wird wohl noch recht lange Zeit dauern, ehe Deutschland und die Vereinigten Staaten gemeinsam ihren Erzbedarf in Nordafrika und Skandinavien werden decken wollen. Dem heute noch üblichen rücksichtslosen Raubbau und der wüsten Verschwendung der Naturschätze der Vereinigten Staaten wird über kurz oder lang durch gesetzgeberische Maßnahmen ein Ende bereitet werden. Die Zeichen dafür werden von Neumeister ja selbst angeführt. × In durchaus objektiv gehaltener, wenn auch nur kurz zusammengefaßter Darstellung gibt P. Damm-Etienne (*Das Hotelwesen in der Sammlung Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/) eine Übersicht über die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand, über die betriebstechnischen, die Personal- und über die juristischen Fragen auf dem Gebiet des Hotelwesens. In einem Punkt muß ich ihm widersprechen. Er sagt, daß die Hotelangestellten für ihre frühe Berufsinvalidität in ihrem größeren Einkommen, das freilich nur zu einem kleineren Teil in einer festen Entlohnung bestehe, eine Entschädigung fänden. Diese Auffassung scheint mir viel zu optimistisch. Im übrigen ist das Büchlein durchaus objektiv gehalten und liest sich gut. × In *Organisationsformen der Eisenindustrie und Textilindustrie in England und Amerika* /Leipzig, Duncker & Humblot/ unternimmt Theodor Vogelstein den Versuch die Faktoren festzustellen und in ihrem Zusammenwirken zu untersuchen, die für die Vereinigung aufeinanderfolgender Produktionsstufen in einem einheitlichen Betrieb (Integration) oder für das Gegenteil (Differenzierung), für das Maß von freier Konkurrenz oder monopolistischer Konzentration und endlich für die Größe der industriellen Einheiten (Betriehe und Unternehmungen) von entscheidender Bedeutung sind. Der jetzt vorliegende 1. Band dieser Studien enthält Abhandlungen über die Organisation der britischen Eisenindustrie, über Organisations-

formen der englischen Textilindustrie, über die Entstehung der amerikanischen Industrie, über die Organisation der amerikanischen Textilindustrie und endlich über die Richtlinien in der organisatorischen Entwicklung der amerikanischen Eisenindustrie. Diese Abhandlungen sollen gewissermaßen konzentrierte Anmerkungen zum 2. Band sein und können daher auch erst im Zusammenhang mit diesem richtig bewertet werden. Ein abschließendes Urteil wird deshalb bis zum Erscheinen des 2. Bandes vorbehalten bleiben müssen. × Im 102. Stück der *Münchener Volkswirtschaftlichen Studien* /Stuttgart, Cotta/ behandelt Dr. Ferdinand Abel *Das Mühlen-gewerbe in Nassau, Hadamar und Dies*. Der 1. Teil dieser Monographie gibt einen rechtshistorischen Überblick über die Entwicklung der Rechtslage des Mühlen-gewerbes zur Zeit der Gebundenheit, während der 2. Teil eine Schilderung der ökonomischen Lage der Müllerei zur gleichen Zeit darstellt. Es wäre falsch, wollte man annehmen, daß die Behandlung eines zeitlich und räumlich so engbegrenzten Wirtschaftsgebiets keinen Wert für die heutige Zeit hätte. Für die Erkennung der Zusammenhänge, die die heutige Zeit und das heutige gewerbliche Leben mit der vergangenen Zeit und ihren gebundenen wirtschaftlichen Verhältnissen verknüpfen, sind solche Einzelstudien von großer Bedeutung. × In seiner Arbeit *Die geschichtliche Entwicklung des Zinsfußes in Deutschland von 1895 bis 1908* /Leipzig, Duncker & Humblot/ läßt Dr. Hermann Albert 3 Ursachen für die Entwicklung des Zinsfußes maßgebend sein: die Gestaltung der Gewinnquote, die des internationalen Zinsfußes und der Grad der Elastizität des Geldumlaufs. Mit vielen Tabellen und Diagrammen führt er den Nachweis hierfür. Steigt der Gewinn im Produktionsprozeß, so wird das Leihkapital dem Produktionsmarkt zuströmen, das Angebot auf dem Leihmarkt also vermindert und dadurch der Zinssatz steigen. Beim Sinken der Gewinnquote wird dann das Gegenteil eintreten. So ist es die Gewinnquote, die der Zinsfußbewegung die Richtung vorzeichnet. Ihr gegenüber kommen die beiden anderen Ursachen nur sekundär in Betracht. Alberts Darstellung ist eine sehr flüssige und bildreiche. So sagt er bei der Übersicht über die geschichtliche Entwicklung des Zinsfußes, daß der Diskontsatz dem gro-

Ben Zeiger an der Uhr des allgemeinen Kapitalmarkts vergleichbar sei, der in rascher Bewegung an der Konjunkturskala auf- und absteige, und die geringsten Verschiebungen zwischen Angebot und Nachfrage anzeige. Der Wertpapierzinsfuß als kleiner Zeiger folge im bestimmten Abhängigkeitsverhältnis nur langsam der Bewegung des großen, nach und weise nur auf die großen und wichtigen Verschiebungen hin. X In einer Broschüre *Was haben wir am Hansabund?* vertritt der *Volkswirtschafts-verlag* in München-Gladbach die Anschauung, daß Mittelstand und Privatbeamte von der Politik des *Hansabunds*, in dem die Wünsche und Interessen des Großkapitals stets überwiegen würden, wenig zu erwarten hätten und ihre Parole deshalb nur *Weg vom Hansabund! Treu dem Zentrum!* lauten könne. X Über die *Teuerung in der Schweiz* hat der *Schweizerische Gewerkschaftsbund* einen recht umfangreichen und recht lesenswerten Beitrag herausgegeben. Als Maßregeln gegen die Teuerung werden gesetzgeberische Eingriffe und Organisation in Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft empfohlen. X Unter dem Gesamttitel *Moselland und westdeutsche Eisenindustrie* sind von der *Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung* zu Berlin in 2 kleinen Bänden eine Reihe von Vorträgen bei Duncker & Humblot in Leipzig herausgegeben, die zur Vorbereitung und bei der Durchführung einer Studienfahrt des volkswirtschaftlichen Seminars des Professor Sering in Berlin gehalten wurden. Von diesen Vorträgen sind namentlich die hervorzuheben, die sich mit den wirtschaftlichen Fragen befassen. Den Notstand der Eifel, seine Ursachen und die Maßnahmen der Staatsregierung zu seiner Hebung erörtert der Präsident der königlichen Generalkommission zu Düsseldorf, Franz Brümmer, während Professor Dr. H. Schumacher die westdeutsche Eisenindustrie und die Moselkanalisierung behandelt. Brümmer zeigt, wie durch planmäßige Arbeit der Regierung und Behörden die Wege geebnet werden können ein armes, entwaldetes und dadurch von vielen Mißernten heimgesuchtes Gebirgsland zu einem zwar nicht reichen, so doch gesunden Kulturland zu machen, das für seine fernere Entwicklung aus eigener Kraft zu sorgen vermag.

Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stühmer

1910 Das verflossene Jahr hat, wie die *Generalkommission* mitteilt, den Gewerkschaften einen Zuwachs von mehr als 200 000 Mitgliedern gebracht, so daß nunmehr die 2. Million überschritten sein wird. Die *Generalkommission* hat ihre Angaben den zurzeit vorliegenden Berichten von 47 Verbänden vom 3. respektive 2. Quartal 1910 mit zusammen 1 937 455 Mitgliedern entnommen; die 7 Gewerkschaften, deren Ziffern noch fehlen, zählte im 3. Quartal 1909 1 110 24 Mitglieder. Von 1900 bis 1910 hat sich die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften verdreifacht, die Einnahmen und Ausgaben haben sich versechsfacht und die Kassenbestände nahezu verachtfacht. Für Unterstützungen (ohne Streikunterstützung) wurden 1899 insgesamt 1,60 Millionen Mark, 1909 22,19 Millionen Mark aufgewandt. Speziell für die Arbeitslosenfürsorge betrug die Ausgaben damals 618 000 Mark, 10 Jahre später 9,72 und im ganzen Jahrzehnt etwa 40,25 Millionen Mark. Man hat dieser gewaltigen Erfolge wegen das letzte Jahrzehnt das *Jahrzehnt der Gewerkschaften* genannt.

Durch die Tarifvertragspolitik gewinnen die Gewerkschaften immer mehr Einfluß auch auf die unorganisierten Arbeitermassen. Diese vermögen sich der Organisation nicht dauernd zu entziehen, was natürlich wiederum zur Folge hat, daß auch die Organisationen der Unternehmer noch erheblich wachsen und ausgebaut werden. Daß 1910 auch ein Jahr umfangreicher wirtschaftlicher Kämpfe war, darauf ist in dieser Rundschau bereits hingewiesen worden, wozu vor allem die Aussperrung im Raugewerbe und auf den Schiffswerften beigetragen hat. Außerdem mögen hier noch der Abschluß des Reichstarifs für das Malergewerbe und die zahlreichen Tarifabschlüsse der Holzarbeiter, Schneider usw., die teils ohne Konflikt teils nach kürzerem oder längerem Kampf abgeschlossen wurden, erwähnt werden. Vergleicht man damit die Ergebnisse der Gesetzgebung auf sozialpolitischem Gebiet für 1910, so fällt der Vergleich sehr zu deren Ungunsten aus.

X
Masse und Führer Genosse von Elm führte in einem Vortrag im Hamburger Gewerkschaftshaus aus, daß die Massen bei den großen wirtschaftlichen Kämpfen nicht immer um

ihre Meinung befragt werden könnten, sondern daß die großen Gewerkschaften mehr und mehr gezwungen sein würden ihre repräsentativen Einrichtungen besser auszubauen. Er verweist dabei auf die Bauarbeitersperre, bei der die Vertreter der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter zmal zusammentreten mußten. Daß dabei hinter verschlossenen Türen verhandelt werden müßte, sei selbstverständlich; nur das Resultat könne öffentlich bekannt gegeben werden. Die Verhandlungen selbst könnten nur von wenigen geführt werden, aber die Entscheidung müsse von einer größeren Anzahl von Arbeitervertretern gefällt werden. Es müßten Formen gefunden werden, durch die die Kenntnisse der Führer nutzbar gemacht werden, zugleich aber auch die Vertrauenspersonen der Arbeiter zu Wort kommen könnten. Aber es müsse dem demokratischen Treiben einzelner Einhalt getan werden, die mit ihrer Massenverhimmelung die Massen zur Disziplinlosigkeit und damit zur Machtlosigkeit führten. Der Vortrag ist vielfach angefochten worden und hat zu den lebhaftesten Diskussionen Anlaß gegeben. Eine Anzahl Parteiblätter hat dann einen Artikel des Genossen Dr. Pannekoek-Bremen gebracht, der den Gewerkschaftsbeamten die Schuld an den Konflikten gab, die beim Abschluß größerer Kämpfe in einzelnen Gewerkschaften entstanden sind. Dr. Pannekoek entdeckte dabei, daß die Gewerkschaftsbeamten nicht eines Geistes mit den Arbeitern seien und im Denken und Fühlen nicht völlig mit ihnen übereinstimmen. Das alte Lied wurde wieder einmal angestimmt, daß die Masse der im Kampf voranstehenden Arbeiter *revolutionär* sei, die Masse der Gewerkschaftsbeamten dagegen leider von revisionistischer Gesinnung. In einem andern Artikel, *Unteroffiziere* betitelt, fand Dr. Pannekoek dann heraus, daß die bessere Entlohnung und die sichere und ruhigere Lebensstellung die Ursache dafür sei, daß die Gewerkschaftsbeamten den Massen entfremdet würden. Auf diese beiden Artikel antwortete dann das *Korrespondenzblatt der Generalkommission*. Es wies bei dieser Gelegenheit nach, daß der Mann, der den Gewerkschaftsbeamten ihre bessere Lebensstellung zum Vorwurf macht, ein weit größeres Einkommen hat als diese und infolgedessen auch höhere Ansprüche an das Leben stellt. Darauf folgte eine Erwiderung des Genossen Dr. Pannekoek,

in der dem *Korrespondenzblatt* vorgeworfen wird durch Breittreten der persönlichen Lebensverhältnisse des Gegners die *Reichsverbandsmethode* in die Arbeiterbewegung eingeführt zu haben. Die Redaktion erwiderte hierauf, daß sie auch in Zukunft jeden ähnlichen Angriff auf die erwählten Vertreter der Gewerkschaften in der schärfsten Form, ohne jede Rücksicht auf Personen, zurückweisen werde. Auch die übrige Gewerkschaftspressen pariert derartige Angriffe gegen die Gewerkschaftsführer — die zudem häufig von Genossen herühren, die der Gewerkschaftspraxis gänzlich fernstehen — mit Entschiedenheit. Sie führt den Nachweis, daß die Meinungsverschiedenheiten, die in besonders schwierigen Situationen über Fortsetzung oder Beendigung von Kämpfen sehr wohl entstehen können, weder in der Lebenshaltung der Angestellten noch in der Herrschaft einer Bürokratie in den Gewerkschaften ihren Grund haben sondern in einer größeren Verantwortlichkeit der als Vertrauensmänner gewählten Personen.

In den *Sozialistischen Monatsheften* ist das Nötige zu diesem Gegenstand in dem Artikel Schröders *Extravaganzen in der Demokratie*, in diesem Band, pag. 93 ff., gesagt worden.

× Österreich: Im Anfang dieses Jahres hat in Wien ein wichtiger **Konfektionsarbeiter** Kampf in der Herrenkonfektion stattgefunden. Da die Konfektionäre die Forderungen der Zwischenmeister ablehnten, traten die Stückmeister der Herren- und Kinderkleiderkonfektion in den Streik, um einen einheitlichen Tarif für ganz Wien durchzusetzen, der das gegenseitige Unterbieten der arbeitssuchenden Meister einschränken sollte. Die bei den Zwischenmeistern arbeitenden Gehilfen waren nur zu geringem Teil im Schneiderverband organisiert; infolgedessen erhielten auch nur die Organisierten Unterstützung. Nach einigen Wochen gelang es den Stückmeistern mit den Konfektionären eine Vereinbarung zu erzielen, worauf die Stückmeister den bei ihnen beschäftigten Arbeitern ebenfalls folgende Zugeständnisse machten: 1. die 11stündige Arbeitszeit; 2. 10 % Lohnerhöhung; der Mindestwochenlohn muß jedoch betragen: nach eben beendeter Lehrzeit 16 Kronen, ein Jahr darauf 18, 2 Jahre darauf 21 Kronen; nach dieser Zeit bleibt die Festsetzung des Lohns der freien

Vereinbarung zwischen Arbeiter und Stückmeister überlassen; 3. für Überstunden werden 50 % Lohnzuschlag gewährt; 4. Abschaffung des Logis- und Kostzwangs beim Meister; 5. die Stückarbeiter erhalten zwei Drittel vom Stücklohn des Zwischenmeisters und zwar als Mindestentlohnung. Der Vorschlag eine Aktion zur Errichtung von Werkstätten seitens der Unternehmer einzuleiten stieß aber sofort auf den heftigsten Widerspruch der Zwischenmeister, weil diese außer den Gesellen, die sie beschäftigen, noch zahlreiche Lehrlinge ausbilden und sich dadurch billige Arbeitskräfte verschaffen.

X **Frankreich:** In Havre war der Sekretär des Kohlenladersyndikats, Jules Durand, vom Schwurgericht zum Tod verurteilt worden, weil er angeblich zur Ermordung eines Streikbrechers aufgefordert haben sollte. Gegen dieses Urteil sind mehrere hundert Protestversammlungen von den Gewerkschaften organisiert worden, denen sich auch die Witwe des Getöteten anschloß. Das hatte zunächst zur Folge, daß Durand zu 7 Jahren Zellengefängnis begnadigt wurde. Weiter aber ordnete der Justizminister die Eröffnung einer neuen gerichtlichen Untersuchung zur Einleitung der Revision des Prozesses an. Für diese Revision und die Freilassung des Durand sind auch viele Angehörige der Bourgeoisie, insbesondere Intellektuelle, eingetreten. Außer der *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*, die ebenfalls eine Kundgebung veröffentlichte, sind fast alle ausländischen gewerkschaftlichen Landeszentralen dem Protest der *Confédération générale du Travail* beigetreten.

X **Vereinigte Staaten** Die *American Federation of Labor* hat ihre 30. Jahresversammlung vom 14. bis zum 26. November vorigen Jahres in Saint Louis abgehalten. Aus dem Bericht des Sekretärs Frank Morrison geht hervor, daß im Jahr 1910 für 1 561 151 Mitglieder volle Jahresbeiträge gezahlt wurden. Die Mitgliederzahl ist seit 1903 nicht erheblich gestiegen; sie war 1904 und 1908 sogar höher als 1910. Über 100 000 Mitglieder haben 2 Verbände, nämlich die Bergarbeiter (*United Mine Workers*) 233 700 und die Zimmerer und Bautischer (*Brotherhood of Carpenters and Joiners*) 190 400; dann kommen die Maler mit 63 500, die Ma-

schinenbauer mit 56 900, die Konfektionsschneider mit 54 200, die Gießer mit 50 000, die Schriftsetzer mit 49 100, die Zigarrenmacher mit 43 200, die Brauer und die Musiker mit je 40 000 Mitgliedern. Zusammen haben diese 10 Verbände 821 000 Mitglieder oder 53 % aller in der *Federation of Labor* vereinigten Gewerkschaften. 80 Zentralverbände und einige Lokalvereine führten 827 Streiks mit 341 448 beteiligten Arbeitern. Die Kosten dafür betragen 3 727 277 Dollars. Durch die Streiks erreichten 502 996 Arbeiter Vorteile. Verkürzungen der Arbeitszeit setzten 21 Verbände durch, Lohnerhöhung 50 Verbände. An dem Streik der Blusenmacher, der vom 22. November 1909 bis zum 15. Februar 1910 dauerte, waren insgesamt 30 000 Personen beteiligt; die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden betrug jedoch nur 15 000. Die Unternehmer schlossen mit dem Verband der Frauenkleidermacher einen Vertrag ab, der Löhne, Arbeitszeit usw. regelt. An dem Streik in der Mäntelindustrie in New York, der am 1. Juli 1910 ausbrach und 9 Wochen währte, waren etwa 75 000, meist unorganisierte, Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt. Er endete mit einem Vertragsabschluß, der unter anderem die Bestimmung enthält, daß bei Neueinstellungen den Gewerkschaftsmitgliedern der Vorzug zu geben ist. Die Mindestwochenlöhne schwanken zwischen 10 und 25 Dollars; außerdem sind Stücklöhne gegenseitig zu vereinbaren. Im ganzen schweben noch 3 Schadenersatzklagen gegen die Gewerkschaften, bei denen es sich um 220 000, 450 000 und 750 000 Dollars handelt.

X **Jubiläen** Der Böttcherverband konnte am 1. Januar auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken. Die Entwicklung war anfänglich langsam; nach 1jährigem Bestehen zählte der Verband erst 1800 Mitglieder in 16 Zahlstellen. Heute zählt er in 160 Zahlstellen 8000 Mitglieder. Vorgänger dieser Organisation waren der am 23. Juni 1873 auf dem 1. Kongreß der deutschen Böttcher gegründete *Böttcher- und Küferverein*, der nach 2 Jahren der Ära Tessedorf zum Opfer fiel, und der darauf am 31. Dezember 1875 durch die Versammlung der Organisationsvertreter in Leipzig gegründete *Bund deutscher Böttcher*, der 1878 aufgelöst wurde.

X

X

KurzeChronik Der am 1. Oktober 1910 mit dem Brauerverband verschmolzene Mühlenarbeiterverband hat seine Schlußabrechnung veröffentlicht. Danach ergibt sich ein Überschuß von 76 649,68 Mark, der nunmehr dem gemeinsamen *Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter* zugeführt worden ist. X Der Handlungsgewerkschaftenverband ist im letzten Jahr von 9870 auf 12 380 Mitglieder gestiegen, ein erfreuliches Zeichen dafür, daß der gewerkschaftliche Gedanke auch in den Kreisen der kaufmännischen Angestellten weitere Fortschritte macht. X Eine Aussperrung der Kürschner ist in Leipzig durch die Unternehmer der Rauchwarenzurichterei erfolgt. Der Grund zu dieser Maßregel dürfte einzig dastehen: Es wird nämlich die Wiederaufnahme von 2 aus dem Kürschnerverband ausgeschlossenen Mitglieder verlangt. X In Finnland sind die Buchdrucker seit dem 1. Januar im Ausstand, weil über die Tariferneuerung keine Einigung zu erzielen war. X Die Generalaussperrung in der schwedischen Schuhwarenindustrie ist nach 4wöchiger Dauer durch Vergleich beigelegt worden, wobei die Unternehmer einige wichtige Zugeständnisse gemacht haben. Der Reichstarif wurde auf 4 Jahre vereinbart.

Staatssozialismus / Wilhelm Schröder

Wertzuwachssteuer Der Reichstag begann am 16. Januar mit der 2. Beratung des Entwurfs eines Zuwachssteuergesetzes, nachdem er ihn am 15. April vorigen Jahres einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen hatte. Aus den Händen der Kommission ist die Vorlage wesentlich verschlechtert hervorgegangen. Während der § 1 ursprünglich einfach besagte, daß beim Übergang des Eigentums von inländischen Grundstücken usw. von dem Wertzuwachs eine Abgabe erhoben werden soll, hielt die Kommissionsmehrheit es für angebracht gleich im 1. Absatz zu bestimmen, daß die Steuer nur von dem Wertzuwachs zu erheben sei, der ohne Zutun des Eigentümers entstanden wäre. Von diesem Zusatz hieß es in der Plenarberatung mit Recht, daß er seiner Auslegungsfähigkeit wegen in der Praxis undurchführbar sei. Weiter lautete der § 1 nach der Kommissionsfassung: »Betragt der Veräußerungspreis, und im Fall einer Teilveräußerung der Wert des Gesamtgrundstücks, bei bebauten Grund-

stücken nicht mehr als 20 000 Mark, bei unbebauten nicht mehr als 5000 Mark, so bleibt der Eigentumsübergang von der Steuer frei. Als unbebaut gelten auch solche Grundstücke, auf denen sich Gartenhäuser, Schuppen, Lagerstätten und ähnliche zu vorübergehenden Zwecken dienende Baulichkeiten befinden. Die Steuerfreiheit tritt nur ein, wenn weder der Veräußerer und sein Ehegatte im letzten Jahr ein Einkommen von mehr als 2000 Mark gehabt haben, noch einer von ihnen den Grundstückshandel gewerbsmäßig betreibt. Wird festgestellt, daß die Veräußerung für Rechnung eines Dritten erfolgt, so ist die Steuerfreiheit nur zu gewähren, wenn die Voraussetzungen für die Befreiung auch in der Person des Dritten vorliegen.«

Als steuerpflichtiger Wertzuwachs sollte nach der Kommissionsfassung der Unterschied zwischen dem Erwerbspreis und dem Veräußerungspreis gelten, wovon der Wert der Erzeugnisse des Grundstücks, solange sie mit dem Boden zusammenhängen, sowie der Maschinen in Abzug zu bringen ist. Dem Erwerbspreis wurden hinzugerechnet a) als Kosten des Erwerbs 4 % des Erwerbspreises, wenn nicht der Veräußerer höhere Aufwendung nachweist, b) beim Erwerb in der Zwangsversteigerung der Betrag, mit dem der Ersteher ausgefallen ist, c) die Aufwendung für Bauten und dauernde Verbesserungen mit einem Zuschlag von 5 bis 15 %; die Bauten werden jedoch nur angerechnet, wenn sie noch vorhanden sind, d) Aufwendungen, Leistungen und Beträge für Straßenbauten, Kanalisierung zuzüglich von 4 % Zinsen für 10 Jahre. Es kommen noch weitere Bestimmungen zugunsten der Kultivierung von Moorland etc. hinzu. Liegt der Erwerb vor dem 1. Januar 1885, so ist nicht vom Erwerbspreis sondern vom Wert am 1. Januar 1885 auszugehen. Vom Veräußerungspreis kommen weiter die nachweislich entstandenen Kosten der Veräußerung einschließlich der üblichen Vermittlungsgebühr in Abzug, sodann für 15 zusammenhängende Jahre der Betrag, um den der Ertrag hinter 3 % des Erwerbspreises zurückbleibt. Der Steuersatz beträgt bei einer Wertsteigerung bis zu 10 % des Erwerbspreises 10 %, er steigt für je 20 % Wertsteigerung mehr bis 20 % um 1 %; Steuerbeträge unter 20 Mark werden nicht erhoben. Befreit von der Steuer sind das Reich, die Bundesstaaten sowie

gemeinnützige Vereine für innere Kolonisation. Die Steuerfreiheit der Landesfürsten wurde von der Kommission und auch bei der 2. Plenarberatung gestrichen, bei der 3. Beratung im Plenum jedoch einem Antrag der konservativen Partei gemäß wiederhergestellt. Erwähnt sei, daß in der namentlichen Abstimmung, die diese Konzession mit 166 gegen 139 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen der Polen zuließ, die Arbeitergeordneten des Zentrums mit *Ja* stimmten, während die Antisemiten Bindewald, Liebermann usw. sowie der christlichsoziale Abgeordnete Behrens sich der Linken anschlossen und mit *Nein* stimmten. Die Verteilung des Steuerertrags setzte der Reichstag dem Entwurf entsprechend fest. Es erhalten danach das Reich 50 %, der Bundesstaat 10 % und die Gemeinde 40 %. Mit Nachdruck, jedoch vergeblich, war die Sozialdemokratie für eine stärkere Beteiligung der Gemeinden am Ertrag eingetreten.

Der ursprünglichen Regierungsvorlage stand die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durchweg sympathisch gegenüber. Eine Anzahl Durchlöcherungen des Gesetzes, die dann noch in der 2. Plenarberatung durchgedrückt wurden, bewirkten jedoch, daß die Fraktion von einer Zustimmung Abstand nahm. In den Ausführungen, mit denen der Abgeordnete Dr. Südekum diese Haltung begründete, wurde als solche Verschlechterung zunächst die Verlegung des Zeitpunkts, der für die Steuererhebung maßgebend sein soll, vom 12. April 1910 auf den 1. Januar 1911 hervorgehoben, ferner kam die Weigerung für die Kriegsveteranen aus dem Ertrag der Steuer die Summe von 6 Millionen Mark jährlich festzulegen in Betracht sowie im Verlauf der Beratung die vorhin erwähnte Befreiung der Landesfürsten. Ein Versuch der Fraktion in der 3. Lesung von dem Inkrafttreten des Gesetzes die Aufhebung des Zündwarensteuergesetzes abhängig zu machen, wurde von der Mehrheit vereitelt; nur die Fortschrittler stimmten für den sozialdemokratischen Antrag. In namentlicher Abstimmung fand das Zuwachssteuergesetz schließlich am 1. Februar mit 193 gegen 93 Stimmen der Sozialdemokraten und der Mehrzahl der Fortschrittler Annahme (siehe die Rubrik *Politik*, pag. 264).

In der Reichstagsitzung vom 16. Januar erklärte der sozialdemokratische Abge-

ordnete Göhre: »Ich möchte — darauf legen meine Parteifreunde den größten Wert — aussprechen, daß wir Sozialdemokraten auch in diesem Augenblick das ernsteste Bestreben haben an dem Zustandekommen dieses Wertzuwachssteuergesetzes mitzuarbeiten. Wir wünschen, daß ein solches Gesetz in die Reichssteuergesetze eingefügt wird, weil wir darin die Einführung eines neuen Steuerprinzips sehen, und weil wir gerade die Art der Vermögenskonfiskation, die damit ausgedrückt und ermöglicht wird, begrüßen.« Man sieht auch an diesen Worten, daß der Sozialdemokratie viel an dem Zustandekommen des Gesetzes gelegen war. Wenn die Reichstagsfraktion dennoch gegen die Vorlage stimmte, so kann man das um der Sache willen bedauern, doch ihre Haltung aus der Situation heraus begreifen.

×
Privatbeamtenversicherung

×
Am 16. Januar ist der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte veröffentlicht worden. Er will alle Angestellten in leitender Stellung, die Betriebsbeamten, Werkmeister, Handlungsgehilfen und Lehrlinge, Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, Bühnen- oder Orchestermitglieder ohne Rücksicht auf den Kunstwert ihrer Leistungen, Lehrer und Erzieher sowie endlich Schiffskapitäne und Offiziere, soweit sie nicht mehr als 5000 Mark Jahresarbeitsverdienst haben und beim Eintritt in die versicherungspflichtige Beschäftigung nicht über 60 Jahre alt sind, versicherungspflichtig machen. Eine freiwillige Fortsetzung der Versicherung ist gestattet. Gegenstand der Versicherung sind Ruhegeld und Hinterbliebenenrenten. Das Ruhegeld wird gewährt, wenn der Versicherte 65 Jahre alt ist oder durch körperliche Gebrechen oder wegen Schwäche seiner körperlichen und geistigen Kräfte zur Ausübung seines Berufs dauernd unfähig ist. Witwenrente erhält die Witwe nach dem Tod ihres Mannes, Waisenrente erhalten die ehelichen Kinder unter 18 Jahren und nach dem Tod einer Versicherten auch ihre unehelichen Kinder unter 18 Jahren. Die Wartezeit dauert beim Ruhegeld für männliche Versicherte 120 Beitragsmonate, für weibliche Versicherte 60 Beitragsmonate. Die Mittel für die Versicherung haben Arbeitgeber und Versicherte zu gleichen Teilen aufzubrin-

gen. In der ersten der 9 Gehaltsklassen, die bis zu 550 Mark Jahreseinkommen geht, stellt sich der Monatsbeitrag auf 1,60 Mark, in der letzten für Versicherte mit einem Jahreseinkommen von 4000 bis 5000 Mark sind monatlich 26,60 Mark Beitrag zu entrichten. Das Ruhegeld beträgt nach Ablauf von 120 Beitragsmonaten ein Viertel des Wertes der in dieser Zeit entrichteten Beiträge und ein Achtel des Wertes der übrigen Beiträge; die Witwenrente beträgt zwei Fünftel des Ruhegelds, das der Ernährer zur Zeit seines Todes bezog oder bei Berufsunfähigkeit bezogen hätte. Waisen erhalten je ein Fünftel, Doppelwaisen je ein Drittel des Beitrags der Witwenrente. Hiernach würde ein Angestellter mit einem Jahresgehalt von 1500 bis 2000 Mark, der gemeinsam mit dem Arbeitgeber monatlich 9,60 Mark Beitrag zu zahlen hätte, nach 10 Jahren 1152 Mark eingezahlt haben. Er erhielte dann 288 Mark Ruhegehalt jährlich; nach 20 Jahren würde er um die Hälfte mehr, also 432 Mark erhalten. Die Rente für die Witwe eines Angestellten, der gemeinsam mit dem Unternehmer monatlich 9,60 Mark gezahlt hätte, betrüge 172,80 Mark, die der Waise 34,56 Mark jährlich. Das sind winzige Beträge. Sollte der Entwurf, was wohl kaum zu erwarten ist, nicht schon im Bundesrat verbessert werden, so hätte die Volksvertretung in dieser Hinsicht sehr erhebliche Arbeit zu leisten. Allerdings ist kaum anzunehmen, daß der gegenwärtige Reichstag die Frage der Privatbeamtenversicherung noch zur Entscheidung bringen wird.

✕ **Elektrizitätswerke** Die Erfolge des Kommunalsozialismus haben begreiflicherweise die Industriemagnaten nicht ruhen lassen, und die von ihnen getroffenen Abwehrmaßnahmen verdienen hohe Beachtung. An vielen Stellen Deutschlands versucht die Großindustrie namentlich die Kommunalisierung der Versorgung mit elektrischer Energie dadurch zu unterbinden, daß sie den Gemeinden günstige Bezugsbedingungen darbietet und darüber hinaus sie durch Überweisung von Aktien am Gedeihen der privaten Werke zu interessieren sucht. Dies Vorhaben bleibt nicht ohne Erfolg. Die Verwaltung des Kreises Teltow hat das vom Kreis auf Betreiben des Landrats von Stubenrauch errichtete Elektrizitätswerk einer Privatgesellschaft überantwortet. Beson-

ders verdienen aber die Operationen des von dem Großindustriellen Stinnes in Essen gegründeten *Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks* betrachtet zu werden. Dies Werk versorgt nicht nur die großen Privatunternehmungen sondern auch eine ganze Anzahl Gemeinden mit elektrischer Kraft und weist ihnen, ihrem Stromverbrauch entsprechend, größere oder kleinere Aktienbeträge zu. Der Hinweis darauf, daß Herr Stinnes den Verbrauchern seine Bedingungen diktieren werde, wenn sein Monopol genügend ausgedehnt sei, schien ohne besonderen Erfolg zu sein. Im Gegensatz zum *Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk* hatten mehrere kleinere Gemeinden das *Elektrizitätswerk Westfalen* in Bochum gegründet, das jedoch anfänglich gegen die Übermacht des Privatkapitals wenig ausrichten konnte. Im November 1910 ist es diesem Gemeindeunternehmen jedoch gelungen im Wuppertal und im bergischen Land festen Fuß zu fassen. Man hat mit der Stadt Barmen einen Vertrag geschlossen, wonach diese Gemeinde mit dem *Elektrizitätswerk Westfalen* eine neue große elektrische Zentrale an der Ruhr in der Nähe von Hattingen erbaut. Es ist Aussicht auf Vereinbarung mit einer Anzahl kleinerer Industriestädte vorhanden, und es steht zu hoffen, daß nach Durchführung der jetzt beabsichtigten Kapitalerhöhung die vereinigten Gemeinden der Privatgesellschaft mit gutem Erfolg die Spitze bieten und vor allem dessen weitere Ausdehnung verhindern können.

✕ **Kurze Chronik** Am 26. November hat das österreichische Abgeordnetenhaus einstimmig eine Gesetzesvorlage angenommen, wonach der Staat bis zum Betrag von 200 Millionen Kronen die Bürgerschaft für Darlehen übernimmt, die den Gemeinden oder gemeinnützigen Baugenossenschaften zur Errichtung billiger und gesunder Volkswohnungen gewährt werden. Der Staat ermöglicht es dadurch den Sparkassen und anderen gemeinnützigen Anstalten die von ihnen aufgehäuften Kapitalien zur Gewährung solcher Darlehen zu verwenden. ✕ Für ein Zündholzmonopol suchen seit Ende des verflossenen Jahres die deutschen Zündholzfabrikanten Stimmung zu machen. Am 14. Dezember 1910 war eine Deputation dieser Unternehmer bei dem Staatssekretär des Reichsschatzamts, um ihm die ungünstige Lage zu

schildern, in die nach der Auflösung des Zündholzsyndikats die Mehrzahl der Zündholzfabriken geraten sei. Die Herren empfahlen die Besteuerung aller Zündholzersatzmittel und dann die Schaffung eines Monopols, an das die bisherigen Fabriken verpachtet werden sollen.

× **Literatur** ×

Eine von ernster Forschung zeugende Arbeit haben wir in dem Werk des Staatswissenschaftlers Heinrich Niehuus *Geschichte der englischen Bodenreformtheorien* /Leipzig, Hirschfeld/ vor uns. Der Verfasser gibt uns ein Bild der Umwälzungen, die in England durch die Propaganda bodenreformierischer Ideen herbeigeführt worden sind, und führt uns dann in die Gedankenwelt der Bodenreformer ein, die von den Naturrechtlern des 18. Jahrhunderts bis zu Henry George sich einen mehr oder minder beträchtlichen Anhang zu verschaffen wußten. Niehuus weiß die verschiedenen Systeme der Nationalisten Spence, Ogilvie und Paine, der Physiokraten Grey, Hall und Ravenstone, der Charlisten O'Connor und O'Brien sowie die Forderungen von Dove, Spencer und Wallace und endlich die Richtung Ricardo und ihre Jünger mit ebensoviel Objektivität wie kritischem Scharfsinn zu beleuchten, um, wie erwähnt, am Schluß ausführlich bei Henry Georges Reformideen zu verweilen. Die Bodenreformer werden wie folgt charakterisiert: »Das Bemerkenswerteste besteht wohl in dem zähen Festhalten an den Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Sie wollen die Gesellschaft, das heißt den Staat, nicht von Grund aus neu gestalten sondern nur die am Gesellschaftskörper entstandenen Auswüchse entfernen. So begnügt sich James Mill mit einer Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses, während Hall schon tiefer in den Staatsorganismus eingreift, um den von den arbeitenden Klassen zu leistenden Mehrwert zu verringern. Grey und Ravenstone befürworten eine Heranziehung des Bodens zu den Staatsausgaben. Sie nähern sich damit noch am weitesten den Forderungen der Physiokraten, denn durch die einzige Steuer soll nicht der ganze Betrag der Grundrente für den Staat nutzbar gemacht werden. In der Besteuerung des Rentenzuwachses gipfelt zwar auch die Forderung John Stuart Mills, seine Begründung und Formulierung ist aber teilweise so scharf, daß schon agrarsozial-

istische Gesichtspunkte hervortreten. Der bedeutendste dieser Richtung ist unbestreitbar Ogilvie, der neben seiner bahnbrechenden theoretischen Untersuchung Richtlinien für eine großzügige Agrarpolitik zieht. Eine ganz isolierte Stellung nimmt der Chartistenführer O'Connor ein, der auf dem Boden genossenschaftlicher Selbsthilfe eine planvolle Landpolitik durchsetzen wollte, der nicht an die Staatsgewalt appelliert.« Der Autor ist recht weit davon entfernt sozialistisch den Grund und Boden in den Besitz der Gesamtheit, des Staates oder der Gemeinde überführen zu wollen. Seine utopistische Hoffnung auf die Wiederkehr früherer Zustände in erneuter Gestalt tut der Vortrefflichkeit seiner Arbeit aber keinen Abbruch. Wir haben aus ihr ein Gebiet kennen gelernt, das bis dahin in Deutschland nur von wenigen genauer beschrieben worden ist. × Als 3. Teil der *Forschungen zur Bodenreform* hat Karl Polenske unter dem Titel *Der Baugläubigerschutz im Mittelalter und in der Neuzeit* /Jena, Gustav Fischer/ eine Abhandlung erscheinen lassen, die mit einem großen Aufwand von Rechtsgelehrsamkeit die Entwicklung dieses Schutzes behandelt. Über die Bodenreformbewegung äußert sich der Verfasser bei dieser Gelegenheit: »Der Nichtbodenreformer und auch mancher Mitläufer der Bewegung pflegt ihr kommunistische oder doch staatssozialistische Ziele zuzuschreiben. In Wahrheit ist ihr Ziel möglichste Selbstständigkeit des einzelnen und freier Wettbewerb der Schaffenden. Damit verschließt sie sich nicht etwa den schlimmen Wirkungen des Manchesterismus. Aber sie sieht einerseits die Ursachen dieser Wirkungen in der wirtschaftlichen Freiheit nicht und andererseits in den immer beliebter werdenden staatssozialistischen Versuchen sie zu beseitigen nur die Setzung von Ursachen zu neuen Mängeln.«

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Oppenhe- *Theorie der reinen und po-*
mers ökonomischen Sy- *litischen Ökonomie* nennt
stem sich ein neues dickleibiges
Buch Franz Oppenheimers /Berlin, Georg Reimer/, das vielfache Beachtung und Anerkennung gefunden hat. Ein Referent in der *Hilfe* will sogar eine erstklassige theoretische Leistung darin sehen, die von programmatischer Bedeutung für den Revisionismus werden könnte, wenn dessen

Vertreter nur den Mut fänden mit aller Dogmenüberlieferung einmal gründlich aufzuräumen. Die früheren Arbeiten Oppenheimers sind in den *Sozialistischen Monatsheften* Gegenstand zum Teil sehr eingehender Besprechungen gewesen. Es wird genügen die neue Publikation, die keine neuen Gesichtspunkte einführt und jeden deutlichen Begriff von Problemstellung und Aufgabe einer theoretischen Nationalökonomie vermissen läßt, durch einige charakteristische Zitate zu beleuchten.

»Die Sozialökonomie«, heißt es da, »ist ihrer Natur nach in allem Wesentlichen deduktive Wissenschaft. Und zwar war bisher, wie ich es sehe, alle sozialökonomische Theoretik durchaus Deduktion aus einem obersten Axiom, der Lehre von der ursprünglichen Akkumulation. Das ist die alte Anschauung, daß die wirtschaftlichen Verschiedenheiten der Vermögen und Einkommen sich allmählich aus lediglich wirtschaftlichen Beziehungen zwischen freien und gleichberechtigten Mitbürgern entwickelt haben, und daß daraus die sozialen Verschiedenheiten, sagen wir kurz: die Klassen entstanden sind.« Andere Theoretiker, vor allem Rodbertus, Carey, Dühring und Marx hätten im Gegensatz hierzu den wahren Sachverhalt herausgehoben, daß nämlich »die sozialen Klassenverschiedenheiten zuerst gesetzt worden seien durch außerökonomische Gewalt«, als politische Beziehungen zwischen ungleich Berechtigten, als das Verhältnis von Herren und Untertanen; Zweck zugleich und Folge dieser Unterwerfung seien die wirtschaftlichen Verschiedenheiten der Einkommen und Vermögen. Die kritische Aufgabe hätten jene in der Hauptsache schon vollbracht. Nun aber gelte es die positive Leistung, nämlich »das System der Ökonomie aus dem neuen Axiom [also dem Axiom, daß die Klassenunterschiede auf Grundlage politischer Macht und Gewaltverhältnisse erwachsen sind] zu deduzieren«. Es ist dies »eine Arbeit, die mit ihren Voraussetzungen steht und fällt... Und darum«, fährt Oppenheimer fort, »habe ich das gute Recht zu fordern, daß meine Kritiker ihre erste und ernsteste Aufmerksamkeit auf den strategischen Schlüssel meiner Stellung richten, indem sie die beiden entscheidenden Fragen beantworten: erstens ist die Lehre von der ursprünglichen Akkumulation in der Tat das Axiom aller bisherigen bürgerlichen Ökonomik? Und zweitens, wenn

dem so ist, ist sie wahr oder unwahr? Werden diese Fragen gegen mich entschieden, so ist alles verhältnismäßig bedeutungslos, was die Arbeit vielleicht sonst noch an Neuem und Brauchbarem enthalten möchte; und fällt die Entscheidung für mich, so sind Irrtümer und Fehler in Einzelheiten . . . ohne viel Belang. Jede ernste Kritik, die diese beiden Fragen anfaßt, werde ich mit höchster Dankbarkeit aufnehmen, auch dann, wenn sie mich widerlegt. . . Und gleich im selben Atemzug fährt er weiter fort: »Meine Gedanken knüpfen überall unmittelbar an Adam Smith an, den wir fast alle . . . als den Meister über allen Meistern verehren. Alles, was vom Standpunkt der späteren Theoretik aus als verwegenste Paradoxie erscheinen könnte, steht in klaren Worten in seinem *Wealth of Nations*.« Eine Kritik der »Voraussetzungen«, mit denen nach Oppenheimers Ansicht sein Werk »steht und fällt«, braucht nur die Behauptung, die Lehre von der ursprünglichen Akkumulation (als einer aus lediglich wirtschaftlichen Beziehungen zwischen freien und gleichberechtigten Mitbürgern erfolgenden) sei das Axiom aller bisherigen Ökonomie, mit dieser unmittelbar darauf folgenden Berufung auf Adam Smith, den Hauptrepräsentanten bürgerlicher Ökonomik, zu konfrontieren. Smith, in dessen Buch die Auseinandersetzung mit der merkantilistischen Zwangspolitik und dem Kolonialsystem eine solche Rolle spielt; der den Kapitalgewinn und die Grundrente mit dürren Worten aus der Mehrarbeit, zu der die Kapitalbesitzer ihre Arbeiter, die Bodeneigentümer die Bodenbebauer zwingen, herleitet; er, der in dem Kapitel *Die Entmutigung des Ackerbaues in dem frühern Zustand Europas* auf die Völkerwanderung, die es den »Häuptern und Führern jener Völkerschaften« ermöglichte »den größten Teil der Ländereien an sich zu reißen«, zurückgeht, hat mit jenem Axiomnärrchen, das Oppenheimer ohne Einschränkung als das Axiom und Deduktionsprinzip der bürgerlich-ökonomischen Theorie proklamiert, doch gewiß nichts zu schaffen. Mutmaßlich erinnerte sich Oppenheimer bei seiner Erklärung, daß er an Smith »anknüpfte«, an diesen Sachverhalt. Aber es scheint ihm gar nicht beigefallen zu sein, daß dieser Sachverhalt, an den er sich erinnert, zu jener eben ausgesprochenen Hauptthese, daß die Lehre von der ursprünglichen Akkumulation (in

jenem oben explizierten Sinn) Axiom aller bisherigen Ökonomie sei, in geradezu groteskem Widerspruch steht, ihr Grund und Boden einschlägt. Daß jene These wirklich nichts als eine ungeheuerliche Übertreibung ist, kann jeder, der die ökonomischen Klassiker, den Adam Smith oder die Physiokraten (Ricardo gibt sich mit Fragen einer historischen Genesis der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt nicht ab) auch nur flüchtig durchblättert, ohne weiteres konstatieren. Sie steht auf gleicher Höhe wie die in Oppenheimers vor Jahresfrist erschienenen und in dieser Rundschau (1909, 2. Band, pag. 866 ff.) besprochenen Ricardobuch aufgestellte These, daß Ricardo, der die Grundrente als einen Abzug am Profit der produktiv tätigen Kapitale darstellt, der prinzipielle Bekämpfer der Getreidezölle, es bei einer ganzen Theorie in letzter Reihe auf eine naturrechtliche Erklärung und Verteidigung des Grundbesitzereinkommens abgesehen habe.

Daß der Großgrundbesitz, die ökonomische Basis der feudalen Herrschaft, direkt und indirekt überall aus politischen Macht- und Gewaltverhältnissen erwachsen ist, das war, weiß Gott, doch niemals ein Geheimnis. Selbst unter den platten Apologeten vulgär-ökonomischen Schlages, die den Kapitalgewinn in einen *Entbehrungslohn*, eine *Prämie auf Sparsamkeit* und so weiter idyllisch moralisierend umdeuteten, dürfte es schwerlich viele gegeben haben, die sich einbildeten auch die Entstehung und Entwicklung der wirtschaftlichen Adelsmacht im Mittelalter in ein analoges Schema hineinpresse zu können. Sie gingen solchen geschichtlichen Problemen, von denen sie wohl fühlen mochten, daß sie, einmal aufgerollt, auch ihren Lieblingskonstruktionen der kapitalistischen Gegenwart gefährlich werden könnten, meist schweigend aus dem Weg und exemplifizierten statt auf frühere historische Verhältnisse lieber auf Robinson und Freitag. Ihren Gipfel aber erreicht die Kühnheit der aprioristischen Wissenschaftslehre Oppenheimers dann weiterhin mit der Behauptung, daß auch die neuere historische Richtung in der Ökonomie »alles Großvermögen durch rein ökonomische Beziehungen« entstehen läßt. Was heute jeder Junge über die Latifundienbildung im alten Römerstaat, über die Entwicklung des Lehnswesens und des feudalen Grundbesitzes im Mittelalter auf der Schule schon zu

hören bekommt, das soll, so dekretiert er, jener Ökonomistengruppe, die das Studium der Wirtschaftsgeschichte zu ihrer Spezialität gemacht hat, trotz alledem entgangen sein.

Der wunderlichen Art, wie Tatbestände innerhalb der ökonomischen Literatur interpretiert werden, entspricht das auf solchen Grundlagen errichtete System. Zu irgend einem methodisch durchgeführten Versuch: nachzuweisen, inwiefern denn die bürgerliche ökonomische Theorie, sofern sie ernsthaft Theorie ist, also — wie bei Smith und Ricardo — eine in sich zusammenhängende Erkenntnis der bürgerlich kapitalistischen Wirtschaftsweise anstrebt, bei ihrer Erklärung des Geldes, der Preise, des Kapitalgewinns, der Grundrente usw. durch jenes angebliche Axiom auf Irrwege gelockt ist, und welche anderen richtigeren Lösungen sich aus der Widerlegung jenes Axioms und Deduktionsprinzips ergeben, fehlt jeder Ansatz. Natürlich. Andernfalls hätte sich ja die Illusion, dies sei Ausgangspunkt und Deduktionsprinzip der bürgerlichen Theorien, in ihrer ganzen Haltlosigkeit sofort herausgestellt. Was Oppenheimer seinerseits als Theorie entwickelt, ist nur ein Rückfall in ein utopistisch leeres Konstruieren und frapziert durch innere Wahlverwandtschaft mit der vulgärökonomischen Apotheose der freien Konkurrenz als des einzig wahren, die schönste Harmonie der Interessen garantierenden Grundprinzips. Nur weil die bürgerliche Wirtschaft, als eine aus der feudalen entstandene, das dort durch Gewalt und Macht angehäufte Großgrundeigentum noch mit sich fort-schleppt, nur darum hat nach Oppenheimer der freie Wettbewerb in unserer warenproduzierenden Gesellschaft das Füllhorn seines Segens nicht voll ausschütten können, nur darum gibt es hier noch eine Ausbeutung. Indes, man höre ihn selber: »Ich klage eine Institution an naturrechtswidrige Machtposition zu sein, die die Alten für eine naturrechtliche Bildung gehalten haben, und fordere ihre Beseitigung. Diese Machtposition ist die Aussperrung des Grund und Bodens gegen die Siedlungsbedürftigen durch das Großgrundeigentum. Sie allein hat die entrechtete Masse von ihrem Produktionsmittel abgesperrt; ohne sie wäre selbst heute noch für Jahrtausende freies Land vorhanden, jedem zugänglich, der es nutzen will Löst die Bodensperre, indem ihr das

Großgrundeigentum beseitigt, und auf unabsehbare Zeit hinaus kann es keine Arbeiterklasse und kein Kapitalverhältnis geben. Der Sozialismus ist Wirklichkeit geworden: eine Gesellschaftswirtschaft, in der es nur noch eine Einkommensform gibt, den Arbeitslohn, in der aber Grundrente und Profit bis auf geringfügige Splitter verschwunden sind . . . , in der die volle Freiheit des wirtschaftlichen Wettbewerbs und des wirtschaftlichen Selbstinteresses allein die Marktbeziehung regelt, und in der dennoch die *volle Harmonie aller wirtschaftlichen Interessen* besteht . . . Der Sozialismus ist erreicht auf dem Weg des Liberalismus.« Und diese Prognose stellt Oppenheimer unter ausdrücklicher Berufung auf Marx' historischen »Prüfstein jedes wissenschaftlichen Sozialismus«. Denn er habe dies sein System »nicht aus dem Kopf erfunden sondern behaupte, daß es und zwar (unter weltgeschichtlichem Aspekt) sehr bald aus den immanenten Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft selbst entstehen wird. Es reißt in ihrem Schoß und wird bald entbunden werden, ob wir Zeitgenossen nun Geburtshilfe leisten oder nicht«.

Zerschlagung des Großgrundbesitzes, bäuerliche Kolonisation; es gibt genug Gründe dergleichen zu wünschen; und warum sollte es nicht möglich sein? Aber welche grenzenlose Überschwenglichkeit der Phantasie gehört zu der Versicherung, daß dann die Harmonie der Interessen hergestellt, die auf kapitalistischer Ausbeutung basierte Gesellschaft in eine solche umgewandelt sei, in der alles Einkommen, von geringfügigen Splittern abgesehen, Entgelt für die eigene Arbeit darstelle. Will Oppenheimer etwa den Großgrundbesitzern ihr Land ohne Entschädigung nehmen? Wenn nicht, dann müssen doch wohl also die neu Angesiedelten an den Staat, der für den Ankauf eine Anleihe aufgenommen hat oder laufend Jahresrenten an die Ausgekauften zahlt, den Zins entrichten. Das arbeitslose Einkommen der Großgrundbesitzer hat folglich nur den Rechtstitel gewechselt. Darum könnten die Kolonisten sich jetzt doch immer besser stehen als früher als Landarbeiter. Aber am Klassencharakter der Gesellschaft, dem Gegensatz der Klasseninteressen, dem Fortbestand des arbeitslosen Einkommens und damit der Ausbeutung wird durch derartige Verschie-

bungen, wenn man nicht gerade an Wunder glauben will, kein wesentlicher Zug verändert. Und wie soll der Profit, der, wie der von Oppenheimer so hoch verehrte Adam Smith bereits unwiderlegbar nachgewiesen, als Einkommen, das der durchschnittlichen Tendenz nach mit der Größe des dem Unternehmer zur Verfügung stehenden Kapitals variiert und durch diese Beziehung in prinzipiellen Gegensatz zu allem Arbeitseinkommen tritt, das Mirakel vollbringen nun plötzlich in sein Gegenteil, in Arbeitseinkommen umzuschlagen? Oder wie sollte dadurch, daß die Bauern gewordenen Landarbeiter nun den Bodenwert verzinsen müssen, der Zins beseitigt werden? Mehr unkritischen Optimismus als Oppenheimer bei seiner Verherrlichung der freien Konkurrenz in seinem vom Fremdkörper des Großgrundeigentums befreiten Zukunftsstaat zur Schau trägt, haben auch die einstigen Manchesterleute bei ihrer Verherrlichung der freien Konkurrenz im kapitalistischen Gegenwartsstaat nicht gezeigt.

X

Kurze Chronik Die aus dem Russischen übersetzte Broschüre *Die Grundprobleme des Marxismus* von G. Plechanow /Stuttgart, Dietz/ legt von einem seltsamen Beharrungsvermögen Zeugnis ab. Die Diskussionen der letzten 1½ Jahrzehnte sind so gut wie spurlos an Plechanow vorübergegangen. Jeder Gedanke steht noch sauber und wohlverahrt an seiner alten Stelle. So bekommt der Leser auch wiederum den Lobgesang auf die *Dialektik* zu hören. Von einer Auseinandersetzung mit kritischen Angriffen — zum Beispiel denen Max Adlers in seinem Aufsatz *Marx und die Dialektik* — ist dabei nirgends die Rede. Noch immer figuriert Hegel, weil Marx die Dialektik von ihm haben soll, als Gipfel der Philosophie gegenüber dem unzuverlässigen Irrlicht Kant. Auf Seite 94 heißt es wörtlich: »Der Kantianismus ist keine Philosophie der Kämpfer, keine Philosophie der Tatmenschen. Er ist die Philosophie der Naturen, die nichts Halbes und nichts Ganzes sind, eine Philosophie des Kompromisses.« Das genügt. X Eine anregende, wenn auch in ihren raschen Generalisationen wohl vielfach anfechtbare Arbeit ist Waldemar Mitscherlichs *Der wirtschaftliche Fortschritt, sein Verlauf und sein Wesen* /Leipzig, Hirschfeld/. Der Autor

meint den Nachweis führen zu können, daß die Umgestaltung des Wirtschaftslebens mit der Entwicklung des Handels in den letzten Jahrhunderten eingesetzt habe, dann zum Gewerbe und von hier aus zur Landwirtschaft übergegangen sei. Der theoretisierende Schlußteil bleibt freilich ziemlich unfruchtbar, vor allem darum, weil auf die zentrale Frage, die Entwicklung und Entwicklungsbedingungen der Produktivkraft menschlicher Arbeit im Rahmen der historisch gegebenen Gesellschaftsordnung, nicht tiefer eingegangen wird. X Eine Broschüre *Erwerb und Einkommen im Zukunftsstaat* von Perwolf /Wien, Konegen/ spinnt mittelständische Utopien aus. Durch staatlich festgesetzte Maximal- und Minimaleinkommenssätze sollen die Übel kapitalistischer Wirtschaft kuriert werden. X Der englische Gelehrte Havelock Ellis hat den auch in Deutschland vielgelesenen 5 Bänden seiner *Studien zur Psychologie des Geschlechtslebens* einen letzten abschließenden Teil unter dem Titel *Geschlecht und Gesellschaft*, von Dr. Hans Kurella verdeutschet, folgen lassen /Würzburg, Kabitzsch/. Das Werk bringt massenhaft interessantes Material zu den verschiedenen Fragen und Problemen der Sexualität. Die Themen folgen in hunderter Reihe: Mutter und Kind, geschlechtliche Aufklärung, Wertung der Geschlechtsliebe, Sexualethik, Prostitution, die Liebeskunst, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten usw. Das ausführliche Sachregister erleichtert die Orientierung.

X **Literatur** Eine wertvolle Bereicherung hat die oft hier erwähnte, unter dem Titel *Die Gesellschaft* erscheinende Sammlung sozialpsychologischer Monographien /Frankfurt, Rütten & Loening/ durch ihr letztes Doppelbändchen, *Die Arbeiterbewegung* von Eduard Bernstein, erhalten. Eine Fülle geschichtlicher Tatsachen und Tendenzen ist in den Rahmen eines lichtvoll gruppierten Überblicks, der auch, wo er Bekanntes bietet, in der Art der Darstellung durchgängig interessant bleibt, zusammengedrängt. Nach einer Rückschau auf die Vorstadien der Arbeiterbewegung, die primitive religiöse und revolutionäre Sektiererei, wie auf die Anfänge der Assoziation und Koalition, beleuchtet der folgende Abschnitt *Die entwickelten Formen der Arbeiterbewegung*, mit einer

Charakteristik des englischen Chartismus beginnend, den Zusammenschluß zur Partei, die modernen Gewerkschaften und die Betätigung im Rahmen der Verwaltung. Die zweite Hälfte beschäftigt sich vorwiegend mit der Psychologie, den kulturellen Tendenzen, der demokratischen Ethik der modernen proletarischen Bewegung. Die Züge fügen sich zu einem einheitlich geschlossenen Bild, das freilich mit dem vor nun 6 Jahrzehnten in dem genialen *Kommunistischen Manifest* vom jungen Marx und Engels gezeichneten wenig übereinstimmt. Nachdrücklich wird die veränderte Stellung dem Staat gegenüber betont. Die Arbeiterbewegung betätigt sich nach Bernstein zugleich als ein Erzieher der Arbeiter, aber auch der Unternehmer, der öffentlichen Meinung und der Regierenden. Sie wertet anders um als Nietzsches Phantasieen. »Sie wertet langsam um. Die Wertungen aber, die sie ihrer eigenen Natur, ihren eigenen Daseinsbestimmungen gemäß entwickelt, setzen sich mit immer stärkerer Kraft durch und halten Bestand, solange nicht gänzlich verschiedene Grundlagen des Gesellschaftslebens ausgebildet sind. Bis dahin sind sie von allen Modebestimmungen unabhängig, sind sie unvergänglich.« X Von katholischer Seite sind folgende Publikationen zu nennen: Dr. Otto Schilling *Die Staats- und Soziallehre des heiligen Augustinus* /Freiburg, Herder/, Dr. Franz Schaub *Die katholische Caritas und ihre Gegner* /München-Gladbach, Volksverein/.

KUNST

Bühnenkunst / Hans Winand

Ödipus-aufführung Das mächtige runde Amphitheater des Zirkus Schumann ist bis zum letzten Sitz gefüllt. In den oberen Rängen, im Halbdunkel verschwimmen die Köpfe der Zuschauer zu einem unüberschaubaren schwarzen Meer von Menschen. Das nüchterne Eisengerüst der Kuppelkonstruktion ist von weiten, bauschig herabhängenden Leinwandflächen verhüllt. Dort, wo sonst das schlanke Fräulein Schumann, wenn sie, im schwarzen Reitkleid, den ersten Gang der hohen Schule vollendet hat, mit hochmütiger Grazie für den Beifall dankt, türmen sich mächtige, fast meterhohe Blöcke zu einer imposanten Freitreppe. Sie führt hinauf zu der Pforte des Schlosses, hinter der König Ödipus unschuldig-schuldig das Lager sei-

ner Mutter teilt. Gewaltige massige Säulen ragen empor und tragen das Dach. Ein Zyklopenbau, zwischen dessen Wänden die Menschlein zu Miniaturen werden; ein Haus, von dem man ahnt, daß es nur errichtet wurde einem furchtbaren Schicksal zur Stätte. Langsam beginnen die Lichter zu verblasen. Durch den riesigen Raum kriecht lastend ein schwüles Dunkel. Nun ist nichts mehr zu sehen als das bläuliche Funkeln der Scheinwerfer. Aus unbekanntem Fernen dröhnt unheimlich und langgezogen der Ton einer Fanfare: Ein düsterer, schwermütiger Klang; man denkt an die gestopften Hörner des Trauermarsches aus der *Götterdämmerung*. Dreimal bebte der unheilkundende Ton durch das Dunkel, und es ist, als ob die Tonwellen die Macht hätten die Brust des Zuschauers mit bangem Ahnen zu umschüren. Was wird geschehen? Horch! aus der Ferne heran dröhnt ein dumpfes unerklärbares Rauschen. Eine breite, alles verschlingende Tonwoge wälzt sich langsam näher; man sieht im Geist, wie sich auf den Wogenkämmen schaumige Gischt bildet; einzelne grelle Schreie steigen raketenhaft über das dunkle Brausen, und da, da ist es endlich: wie von Furien gepeitscht strömt, flutet, jagt und tost ein Heer von gehetzten Menschen in den runden Bannkreis des elektrischen Lichtes. Wilde Klageschreie scheinen sich an den Toren der Königsburg zu brechen. Drunten, dort vor den Stufen, die zum Haus des Ödipus emporführen, recken sich Hunderte von nackten verzweifelten Armen der schmalen Pforte entgegen, aus der sie das Heil und die Rettung erhoffen. Das etwa wäre das grandios angelegte Präludium, mit dem Reinhardt seine *Ödipusaufführung* einleitet; diese *Ödipusaufführung*, die von Tausenden von Gläubigen heute als eine höchste Leistung moderner Regiekunst gefeiert und bewundert wird. Die Massen sind von der Hand eines phantasievollen Spielleiters wundervoll bewegt. Kein toter Punkt entsteht in dem Menschenmeer. Eine stete Bewegung flutet durch das Volk; inmitten der Menge bilden sich kleine Strudel, hier und dort scheint das Entsetzen den einen oder den andern zu überwältigen. In den ersten Aufführungen, so wenigstens erzählte man mir, war der Aufwand an Körpern und Gliedern noch größer, füllte die ganze Manege, füllte im dichten Gedräng auch die seitlichen Zugänge und schien sich ins Unendliche fortzusetzen. Bei der 3. und

4. Aufführung war die imposante Unzählbarkeit der Statisterie vom ökonomischen Sinn der Direktion bereits beschnitten. Das kleine Rund der Manege war kaum zur Hälfte gefüllt; um den Eindruck der Masse zu erwecken, legten sich die hinteren Reihen der Bewohner Thebens horizontal in den Sand. Und doch, so glaube ich, war es kaum diese im *Deutschen Theater* zum Geschäftsprinzip erhobene Beschränkung der Mittel nach der Premiere, die mich der Massensuggestion Reinhardt'scher Regiekunst nicht unterliegen ließ. Nach der *Hamlet*-aufführung im *Deutschen Theater* kam ich als Hoffender, beinahe als Glaubender. Der groß angelegte Auftakt, diese effektvolle Masseneinfaltung zu Beginn des Dramas war eine echte Theaterwirkung, der wohl niemand widerstehen mag, der für Linie, Farbe, Form und Bewegung empfänglich ist. Doch dem Lob muß unmittelbar angefügt werden, daß diese *Ödipusinszenierung* von Max Reinhardt so ziemlich die allerschlimmste Sünde wider den Geist ist, die man bisher von Reinhardt kennen lernte. Man mag ihm den Ruhm zuerkennen Sophokles ins Reinhardt'sche übersetzt zu haben.

Wer je in stiller Stunde vor dem machtvollen, herben und imposanten Bau dieses griechischen Dramas erschauert ist, kann von der so viel verhimmelten *Ödipusaufführung* nur bittere Erfahrungen mit nach Hause nehmen. Es ist gewiß nicht die Schuld des heute vergötterten Regisseurs, wenn einzelne Schauspieler vergebens nach dem großen Stil der Sophokleischen Dichtung tasteten. Wir wissen, daß Wegener ein Schauspieler von seltener Vielseitigkeit ist, der nur daran oft scheitert, daß seine Intelligenz seine Phantasie überflügelt und doch nicht erfaßt, daß höchste Schlichtheit höchste Größe sein kann. Nicht alle Darsteller des 20. Jahrhunderts sind für den Koturn geboren: Matkowsky schlummert im Westen Berlins unter Marmor und Eisen. Doch unverstänlich bleibt es, daß der Regisseur der prachtvollen Tilla Durieux nicht Zügel anlegte; ihr nicht klar zu machen wußte, daß diese Iokaste des Sophokles von schlechtem und größerem Gefühl beseelt ist als dem heimlichen Ehrgeiz nach dem Ruf einer großen Hetäre. Was wir hier als die unglückliche Gattin und Mutter des unglücklichen Ödipus sahen, war der bewußte Gegensatz zu jenem erschütternden Urbild der Weiblichkeit, das des Schicksals dunkles Walten zum Opfer er-

koren. Tilla Durieux gab eine Iokaste, die mit der Salome verschwägert blieb: eine Griechenfrau, wie vielleicht Oscar Wilde sie geschaffen, Hugo von Hofmannsthal sie erträumt hätte. Aus der sophokleischen Iokaste formte eine begabte Schauspielerin in blindem Mißverstehen ein Mittelding zwischen moderner Atheistin und einem Weib, dem Sättigung der Sinneslust einziger Inhalt des Lebens geworden ist. Wo Iokaste, von der Ahnung furchtbaren Unheils gebeugt, als bebendes Weib verzweifelt klagt: »Sprecht mir nicht von den Göttern«, erstarrt Tilla Durieux' Stimme zu überlegenem intellektuellem Hochmut; sie wird zur Vorkämpferin des Monismus, der da zwischen Religion und Aberglaube allwissend lächelnd zu unterscheiden weiß. Wenn Ödipus zurückbebt in erster Ahnung der grausamen Schlingen des Schicksals, wenn er den furchtbaren Gedanken mit einer letzten Aufwallung von Lebenssehnsucht zuerst niederkämpft und vor der schrecklichen Vision der Wahrscheinlichkeit bis ins Innerste erschüttert die Augen schließen will, steht die Iokaste des Sophokles zagend und bangend vor diesem Rätsel. Sie will nichts anderes als zunächst den leidenden Geliebten trösten, will ihm Hilfe in seiner Seele Not bringen. Die Iokaste im *Zirkus Schumann* verschmäh't diese einfach menschliche Regung; vielleicht, daß die Schauspielerin des Jahres 1911 den Reinhardtenthustiasien gleichen Jahrgangs eine Verbesserung des Sophokles bieten wollte: Wenn sie den Verzweifelten anredet, klingt aus ihrer Stimme die herbe Verachtung des Mannweibs für die tragische Hilflosigkeit des unschuldig Schuldigen. Die Verzweiflung scheint ihr nichts weiter zu bedeuten als eine Offenbarung männlicher Schwäche. Ich weiß nicht, welche Gedankengänge eine schlecht gezügelte Phantasie in der Seele der Darstellerin wirklich gesponnen haben mag: Ich weiß nur, welche Wirkung auf den Zuschauer ausging, der nicht der Suggestion eines entzückend komponierten orange gelben Kleides unterlag. Diese Iokaste des *Zirkus Schumann* war die bewußte Sünderin, der eine schwache Kultur so gern den billigen Lorbeerkranz *majestätischer Instinkte* windet. Sie war die bewußte große Sünderin, die alle Verschlingungen des Schicksals längst durchschaute, vor der Erkenntnis nicht zurückschreckte und in ihr, mit dem genießenden Lächeln des Lasters, nur eine neue ungewohnte und darum doppelt kostbare Steigerung des

Reizes kostete. Sie war die große Hetäre, die in atheistischer Naivetät die bequeme Pose der Gotteslästerin nicht verschmäh't und der Empörung des Volkes, der Sitte und der Götter nichts anderes entgegensetzt als ein trotzig-kindliches *Quand même*.

Dies allein mußte in die klassische Harmonie des von Sophokles aufgeführten Dramenbaus eine Verzerrung tragen. Aus einem der schönsten Werke griechischer Dichtkunst wurde eine aller Menschlichkeit bare Schauertragödie. Der Regisseur war bei diesem Walten Bundesgenosse.

Man kann die Frage aufwerfen, ob eine Zeit, die der griechischen Vorstellung vom Schicksal sich entwunden hat, von der griechischen Tragödie noch unmittelbare menschliche Wirkungen erwarten kann. Doch darüber, ob Sophokles auf den deutschen Geschmack des Jahres 1911 zu modernisieren ist, bleibt keine Diskussion möglich. Die Chöre, die in der griechischen Tragödie Ruhepunkte der Handlung bildeten, erhabene Reflektoren der in der Brust des Zuschauers erweckten Gefühle und zugleich Manifestation einer höhern gemeinsamen Einsicht, diese Chöre lassen sich für einen rationalistisch befangenen Hörer nicht realistisch rechtfertigen. Reinhardt muß anfangs dafür auch ein Gefühl gehabt haben, wenngleich mir die daraus gezogenen Konsequenzen verunglückt erscheinen. Der aus 12 Greisen bestehende Chor, der in wallenden weißen Gewändern mit hohen Stäben auftaucht, zieht in wunderlich exzentrischen rhythmisch hart skandierten Riesenschritten zum Schauplatz. Die Greise sind alles andere als würdig, wenn sie mit militärischer Genauigkeit die Schenkel spreizen, um einen möglichst 2 Meter langen Sprungschritt zu bewerkstelligen. Man sieht sie in dieser Stellung, die an Müllers treffliches System erinnern mag, 3 Sekunden ausharren: bis alle, wohl einem geheimen Kommando folgend, mit einem Ruck das andere Bein beiziehen. Vor dem Geist des Zuschauers tauchen, je nach seinem Temperament, lustige oder grausige Erinnerungen an den Kasernenhof auf. Man entsinnt sich der schönen Zeiten, da man mit Hilfe des langsamen Schrittes eine anschauliche Lehre von der Kompliziertheit des menschlichen Körperbaus erhielt. Immerhin konnte in dieser respektablen gymnastischen Leistung der Chorherren ein gesunder, vielleicht nur in der Ausführung mißglückter Gedanke obgewaltet haben: der Wunsch

den Chor durch besondere Form der Stilisierung aus dem Gang der Handlung herauszuheben. Doch bald gewahrt man mit wachsendem Staunen, daß dies nicht das ersuchte Ziel des imposanten Einmarsches gewesen sein mag. Der Regisseur häuft Widerspruch auf Widerspruch. Er zerlegt den Chor in einzelne Stimmen, die den selben Ausruf wiederholen. Also eine Schar von Greisen, die sich wundern. Bald aber schließt sich dieses seltsame Fugato wieder zu einem Unisono zusammen, dem dann wieder Wechselreden zwischen den Chorherren folgen. So steigt der Chor aus seiner Abgeschlossenheit in die Wirklichkeit hernieder. Er erniedrigt sich zu einer Schar von alten Herren, die mit Staunen oder voll Entrüstung oder mißbilligend die wunderlichen Geschehnisse des Dramas verfolgen. Und Hand in Hand mit dieser grotesken, in niederm Sinn naturalistischen Ausdeutung des Chorgedankens geht alles, was folgt. Das Streben des Regisseurs gipfelt in dem Ziel alle grausigen Stellen des Werkes möglichst unmittelbar naturalistisch auf den Zuschauer wirken zu lassen. Am Schluß, da Iokaste sich getötet hat, jagen die Mägde in grenzenloser Panik aus dem Haus und in mächtigen Sprüngen die Freitreppe hinunter. Ein glücklicher Gedanke eines geschickten Regisseurs, denkt man; doch im gleichen Augenblick sieht man die selben Mägde, die das Entsetzen aus dem Haus trieb, mit der gleichen Furcht wieder zur Stätte des Grauens hinaufstürzen, wieder herauslaufen, wieder hinaufstürzen. Das wiederholt sich 3-, 4-, 5mal. Am Ende hat man jenen bitteren Geschmack im Mund, der sich leicht einstellt, wenn jemand in Gesellschaft einen kleinen guten Einfall äußert, Lachen erntet und nun diesen kleinen guten Einfall ausspinnt und 7mal wiederholt.

So sei gebeichtet, daß ich aus dieser *Odipusaufführung*, die in allen Gauen unseres Vaterlands wahre Orkane der Begeisterung entfacht, nichts davongetragen habe als die bittere Erkenntnis, daß Sophokles auf unsere Zeitgenossen am tiefsten wirkt, wenn man seine Werke ins Oscar Wildesche übersetzt. Den Psychologen aber mag dieser rätselhafte Erfolg einer meines Erachtens mißglückten Aufführung wertvolles Material bieten als ein Beispiel, wie mit der Masse der Zuschauer auch deren Suggestibilität steigt. »Es war«, so erzählte mir eine kunstfreundliche Dame, »etwas Grausiges; so mittendrin unter

allen diesen Pestkranken, als ob man dazu gehörte. Man hatte ordentlich Angst vor Ansteckung, und fühlte zugleich den ganzen Jammer mit.« Auch eine Wirkung. . .

× **Berlin: Kleines Theater** ×

Im *Kleinen Theater* spielte man Moritz Heimanns Komödie *Joachim von Brandt*, die kurz vorher bei einer literarischen Matinee in Dresden ihre Bühnenfähigkeit bewiesen hatte. Dem Dichter, der spät, aber endlich doch mit seiner prächtig angelegten Charakterkomödie der größern Öffentlichkeit gegenübergestellt ist, mag in der Stille seines Herzens vielleicht mit Wehmut miterlebt haben, wie gerade der 3. Akt seines Werkes den frohesten Publikumsbeifall erntete: dieser 3. Akt, der im Ganzen der gehaltvollen Dichtung im Grunde nur eine Abschweifung bedeutet, eine launige Exkursion in das Reich der Satire und der sinnreichen politischen Anzüglichkeit. Wie war es möglich, daß ein scheinbar kunstfreudiges Publikum just diese saubere, lustige, hübsche und graziose Nebensächlichkeiten mißverstehen konnte als das Zentrum einer Dichtung, die mit lauterer Kunstmitteln ungleich höheren Zielen, ungleich reineren, tieferen Werten zustrebt als der satirischen Ausmünzung einer Allerweltswahrheit? Vielleicht, daß Heimann noch nicht alle Werkzeuge beherrscht, um einen so wundervollen Stoff — der nur der sehenden Phantasie eines echten Dichters entsteigen konnte — dramatisch zu gestalten. Vielleicht, daß die Einzwängung eines tiefsinnigen Romanthemas in die Kunstform der Bühne schon von vornherein ein tollkühnes Wagnis war. Es ist immer mißlich ein Werden und Wirken allmählicher Seelenwandlung zur Ungewöhnlichkeit der Optik des Schauhauses auszusetzen, wo die feinsten Fäden unsichtbar werden, und nur das Echo wunderlichen Tuns nachhallt, ohne daß sein Entstehen die wirkenden Notwendigkeiten entschleiert. Vielleicht. Sicher aber bleibt, daß diese fleißige Aufführung dem Dichter Heimann das Wesentliche schuldig blieb. Sicher, daß Abel in der Darstellung des frondierenden Junkers entweder eine falsche Richtung einschlug oder den regenbogenbunten philosophischen Sonnenschein der rechten nicht ertragen konnte. Er spielte einen Junker Joachim, der von der Gestalt Heimanns nur die Worte borgte und deren Kurswert nicht aus den Tiefen des ungewöhnlichen Seelenkonflikts ergründete

sondern nach den trügerischen Umrissen der literarischen Außenform bemaß. So konnte es kommen, daß der Held zwar die Augen auf sich zog, doch kein eigentliches Mitfühlen errang; so konnte es kommen, daß jener Akt, in dem der arme Joachim fehlt, das Publikum am besten überzeugte.

× **Kurze Chronik** Während der Plan der Berliner *Großen Oper* gescheitert ist, steht die Verwirklichung einer andern Absicht unmittelbar bevor: Die Stadt Charlottenburg wird, wie wir bereits gemeldet, ein Opernhaus bauen, das ähnlich dem *Schillertheater* sich vorwiegend auf Abonnements stützt und zu verhältnismäßig billigen Preisen künstlerisch abgerundete Opernaufführungen bieten soll. Der Magistrat hat zuvor ein Rundschreiben an Interessenten versandt. Die Beteiligung war so günstig, daß nun sofort zur Ausführung des Planes geschritten werden kann. × An Stelle Raphael Löwenfelds hat Max Pattegg, der langjährige Direktionsgehilfe des Verstorbenen, die Leitung des Berliner *Schillertheater* übernommen. × Die Absicht Harry Waldens an Stelle des Dr. Zickel die Leitung des Berliner *Lustspielhauses* zu übernehmen, ist durch die Polizeibehörde in Frage gestellt; man hat Harry Walden die Konzession als Direktor einstweilen verweigert.

× **Literatur** Der *Theaterkalender auf das Jahr 1911*, von Dr. Hans Landsberg und Dr. Arthur Runt herausgegeben (Berlin, Oesterheld), druckt unter der reichen Fülle von Beiträgen den beachtenswerten Aufsatz Otto Brahm's *Freie Bühne*, der die Geschichte der Entstehung der Freien Bühne und ihres Waltens bis zum Jahr 1894 darstellt und bedeutendes theaterhistorisches Interesse beansprucht. Brahm zitiert in Erinnerung an jene Kämpfe des damals aufstrebenden Naturalismus einen Satz von Bahr aus dem Jahr 1890, der bereits über die Theorie des Naturalismus hinausstrebt: »Die Synthese von Naturalismus und Romantik ist die gegenwärtige Aufgabe der Literatur.« »Und«, fährt Brahm fort, »der Leiter der *Freien Bühne*, der hier das Wort nimmt nach langem Schweigen, und der als ein engbrüstiger Naturalist verrufen ist, fügte hinzu: »Eine Anschauung dies, die ich von ganzer Seele teile.« Dann verwehrt sich der Leiter des *Lessingtheaters*

gegen die alten Gegner, deren enger Sinn versucht habe »uns an dieses Kreuz des Zolaschen, des Arno Holzischen Naturalismus zu nageln«. × Einen materialreichen Überblick über den Werdegang des *Deutschen Theaters* in Reval, der zugleich ein Spiegel der deutschen Schauspielgeschichte in den russischen Ostseeprovinzen ist, gibt die Baroness Elisabeth Rosen in einer stattlichen Festschrift *Rückblicke auf die Pflege der Schauspielkunst in Reval* (Melle, Haag). Besonderes Interesse werden die Abschnitte finden, die auf breiter historischer Grundlage ein Bild von Kotzebues Wirken als Revaler Bühnenleiter vermitteln.

KULTUR

Landwirtschaft / Arthur Schulz

Abwanderung Mehrere Autoren (Heiser-Hartung, Mulert, Hoffmeister und andere) haben in den letzten Jahren auf Grund eines freilich so beschränkten und lückenhaften Materials, wie es durch private Enqueten eben beschafft werden kann, über die noch sehr im Dunkeln liegende Berufswahl der ländlichen Jugend und die Ursachen ihres Abströmens in die Städte einiges Licht zu verbreiten gesucht. In die Reihe dieser Arbeiten stellt sich nun die Schrift des Generalsekretärs der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern Dr. M. von Stojentin *Untersuchung über den Verbleib des Nachwuchses der kleinbäuerlichen Bevölkerung* (Stettin, Pommersche Reichspost). Im Speziellen will der Verfasser die wichtige und oft erörterte Frage klären, ob die innere Kolonisation ein Mittel darstellt die ländliche Jugend dem platten Land und der Landwirtschaft zu erhalten. Zu diesem Zweck hat er mit Hilfe des Landrats von Kolberg-Körlin (des durch die Ansiedlungsbewegung am meisten umgestalteten Kreises in Pommern) eine Erhebung veranstaltet, die 208 kleinbäuerliche Wirtschaften aus 22 seit 1878 gebildeten Kolonien und 194 Wirtschaften aus 20 älteren Bauerndörfern umfaßte. Als *kleinbäuerlich* wurde dabei jeder Betrieb angesehen, der weniger als 10 Hektar unter dem Pflug hatte. Es ergab sich als Resultat der methodisch sehr gewissenhaft durchgeführten und bearbeiteten Enquete, daß nur 31,8 respektive 32,6 % der in diesen Betrieben aufgewachsenen über 14 Jahre alten Kolo-

nisten- und Bauernkinder abgewandert waren. Von diesen hatten 6,4 und 6,9 % anderswo auf dem Lande eigenen landwirtschaftlichen Grundbesitz erworben; 3,3 respektive 2,8 % suchten ständig, 6,7 respektive 3,4 % zeitweilig in der Fremde als landwirtschaftliche Arbeiter und Gesinde ihr Durchkommen. In die Städte dagegen war kaum ein Fünftel abgewandert. Weit aus die meisten, nämlich 48,1 und 51,1 %, arbeiteten in der elterlichen Wirtschaft, weitere 9,1 respektive 5,8 % in fremder Landwirtschaft oder im ländlichen Gesindedienst an ihrem Heimatsort. Die Abwanderung aus den neueren Kolonien wie aus den älteren bäuerlichen Gemeinden des Kreises Kolberg-Körlin ist also ganz erheblich geringer als aus den Großgrundbesitzkreisen Pommerns. Nicht weniger bedeutsam ist es in der Zeit beständig sich verschärfenden Landarbeitermangels, daß die Kolonien 19 % ihres Nachwuchses, 7 % mehr als die älteren Bauerndörfer, der Landwirtschaft als freie Arbeiter und Gesinde zur Verfügung stellen. Stojentin faßt das Ergebnis seiner Untersuchungen dahin zusammen: »Wenn auch nicht mit unumstößlicher Sicherheit, so doch mit sehr großer Gewißheit ist nachgewiesen worden, daß der Abgang aus den kleinen und kleinsten Wirtschaften des in Rede stehenden Bezirks ein relativ geringer gewesen ist, indem 73 bis etwa 79 % der aus ihm erwachsenen Nachkommenschaft dem landwirtschaftlichen Gewerbe treu geblieben sind, daß ferner nur ein verschwindend kleiner Teil derselben der Industrie anheimfiel, und daß endlich die große Mehrzahl der in andere Berufe übergegangenen Leute in der engeren Heimat geblieben ist, sei es, um in der Heimat oder in der Nachbarschaft ein Handwerk oder Gewerbe auszuüben sei es um als Bahnarbeiter oder städtisches Gesinde sich zu betätigen.« Es kann nur gewünscht werden, daß Stojentins Detailuntersuchung, die Serings unten angezeigte Arbeit eindrucksvoll ergänzt, dazu beitragen möge die Widerstände gegen die innere Kolonisation in den Kreisen pommerscher Großgrundbesitzer durch Belehrung zu überwinden.

✕ **Meliorationswesen**. Nachdem die preußische Regierung sich endlich entschlossen hat die Kultivierung unserer ausgedehnten Moore und Heiden energischer als bisher in Angriff

zu nehmen, ist das von Professor Schmöle in Münster angeregte, zum größten Teil nach amtlichen Quellen bearbeitete Buch Dr. Kochs *Das öffentliche Meliorationswesen in Preußen; ein Überblick mit besonderer Würdigung der Erfolge in Westfalen* /Leipzig, Hirschfeld/ gerade zur rechten Zeit erschienen. Koch behandelt in 3 Abschnitten das öffentliche Meliorationswesen in Preußen, die heutige öffentliche Meliorationstätigkeit und das öffentliche Meliorationswesen in Westfalen. In dem mehr kursorisch gehaltenen 1. Teil des Werks ist besonders wertvoll eine vom preußischen Landwirtschaftsministerium mitgeteilte Übersicht über sämtliche bis Ende 1907 in den einzelnen Regierungsbezirken begründeten Ent- und Bewässerungs- und Flußregulierungsgenossenschaften, Deichverbände und Drainagegenossenschaften mit Angabe der Kosten der Anlagen und der Größe der meliorierten Flächen. Im übrigen schöpft der Verfasser hier vielfach aus veralteten Quellen, so besonders aus dem schon 1866 veröffentlichten bekannten Werk Meitzens *Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates*. Das ist zu bedauern; denn die Angaben Meitzens über die meliorationsbedürftigen Flächen in den einzelnen preußischen Provinzen waren schon damals höchstens annähernd richtig und sind in letzter Zeit für mehrere Provinzen durch viel genauere Feststellungen ersetzt worden. Auch in seinen Ausführungen über die Moorkultur stützt sich der Verfasser auf ein nicht mehr ganz neues Quellenwerk, nämlich auf die von M. Fleischer schon 1899 verfaßte Denkschrift des preußischen Landwirtschaftsministeriums *Über den gegenwärtigen Stand der Moorkultur und der Moorbeseidung in Preußen*. Er hätte aber die Mühe nicht scheuen sollen aus den alljährlich veröffentlichten Protokollen der preußischen Zentralmoorkommission, der *Festschrift* und den halbmonatlich erscheinenden *Mitteilungen des Vereins zur Förderung der Moorkultur* den neuesten Stand des Moormeliorationswesens zu eruiieren. Er hätte dann beispielsweise gefunden, daß die preußische Domänenverwaltung und der preußische Forstfiskus eine mehr als doppelt so große Fläche Niedermoor als die von ihm angegebene in Wiesen umgewandelt haben. Auch die neuen Hochmoorkolonien in Ostpreußen und Schleswig wären ihm dann nicht unbekannt.

Im 2. Teil seiner Arbeit gibt dagegen Koch eine wohlgegliederte, übersichtliche und, soviel ich sehe, auch im einzelnen richtige Darstellung des preußischen Meliorationsrechts und der preußischen Verwaltungspraxis in Meliorationssachen. Zum Vergleich mit dem geltenden Recht werden dabei öfters die Bestimmungen des preußischen Wassergesetzentwurfs herangezogen und sachkundig beurteilt. Als praktisch wichtig ist die Anregung hervorzuheben, es möge auch für Heide- und Odlandkultivierungen die Bildung öffentlich-rechtlicher Genossenschaften nach Art der Deichverbände und der Ent- und Bewässerungsgenossenschaften ermöglicht werden; denn die bürgerlich-rechtliche Gesellschaft — auf diese Rechtsform waren die Interessenten, wenn sich nicht ein Kommunalverband der Melioration annahm, bisher angewiesen — ist wegen der solidarischen Haftung der Gesellschafter für die Meliorationsschulden und infolge des Fehlens gesetzlicher Organe, die die Durchführung und Unterhaltung der Anlagen zu überwachen haben, für Landesmeliorationen sehr ungeeignet. Am wertvollsten ist der 3. Teil des Buchs, der auf Grund sehr zuverlässigen und nahezu erschöpfenden Materials eine eingehende Schilderung des Umfangs, der Kosten und der Erfolge der öffentlichen Meliorationen in Westfalen gibt. Im Regierungsbezirk Arnsberg bietet besonderes Interesse die Geschichte des bereits durch die Wiesenordnung vom Jahr 1539 geregelten Wiesenbaus im Kreis Siegen und die Umwandlung der Eichen-schälwäldbetriebe im Siegener Kreis teils in Fichten- und Eichenhochwald teils in Weidekämpfe, die infolge der Konkurrenz des argentinischen Quebrachholzes nötig geworden war. Neben den landwirtschaftlichen werden ausführlich die der Industrie dienenden Landesmeliorationen dargestellt, so die 7 seit 1894 mit einem Kostenaufwand von 9 581 000 Mark erbauten Talsperren in den Kreisen Altena, Hagen und Schwelm und das gewaltige Werk der Emscherregulierung, das 38 Millionen Mark erforderte. Die größte Ausdehnung und die glänzendsten Erfolge hat das öffentliche landwirtschaftliche Meliorationswesen in den Regierungsbezirken Minden und Münster erreicht, besonders auf den Sandheiden der Senne und den Od- und Unlandflächen im Münsterschen Tieflandbusen. So hat die Meliorationssozietät Bockerheide durch ihre Berieselungsanlagen im Ver-

ein mit zweckmäßiger künstlicher Düngung des sehr phosphorsäurebedürftigen Bodens die Erträge weiter Flächen in den Kreisen Paderborn, Büren, Wiedenbrück, Lippstadt und dem Fürstentum Lippe-Detmold ganz außerordentlich gesteigert. Sie verzinst heute das 1 893 730 Mark betragende Meliorationskapital mit 11,2 %. Die nächst ihr bedeutendste Genossenschaft, die *Rhadener Sozietät* im Kreis Lübbecke, verzinst das aufgewandte Meliorationskapital sogar mit 60,5 %. Auf der 10 219 Hektar umfassenden, früher ertragslosen Meliorationsfläche dieser Genossenschaft wird jetzt ein jährlicher Durchschnittsertrag im Wert von 1 277 000 Mark erzielt. Von großer Bedeutung für die Landeskultur und segensreich für die Bevölkerung ist auch die Wasserversorgung der sogenannten *trockenen Dörfer* auf dem Sindfeld im Kreis Büren, für die seit 1900 9 kommunale Wasserleitungen mit einem Kostenaufwand von 721 169 Mark angelegt wurden. Im Regierungsbezirk Münster, in dem 29 566,45 Hektar genossenschaftlich melioriert sind, ergab sich nach Koch eine durchschnittliche Ertragssteigerung von 33 Zentnern, im Regierungsbezirk Minden, wo die genossenschaftliche Meliorationsfläche 24 790,47 Hektar umfaßt, sogar von 40 Zentnern Wiesenheu pro Hektar. Bei 6 Meliorationsunternehmungen im Regierungsbezirk Münster war der Wert des jährlichen Mehrertrags größer als die gesamten Kosten der genossenschaftlichen Anlagen.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Frage, ob und inwieweit durch die Meliorationen eine Vermehrung des Viehbestands eingetreten ist. Zur Ergänzung der in meinem Artikel *Ist eine Steigerung der deutschen landwirtschaftlichen Tierproduktion möglich?* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 174, angeführten Tatsachen seien zu dieser Frage einige Zahlen aus Westfalen wiedergegeben. Auf einem Gebiet von 14 880 Hektar, das zu 10 Kulturanlagen gehörte, waren vor der Melioration 4836 Stück Rindvieh, also 0,32 pro Hektar, nach der Melioration aber 18 076, also 1,32 pro Hektar vorhanden. Für den Schweinebestand liegen Zahlenangaben aus 7 Anlagen vor, die eine Fläche von 14 833 Hektar umfassen. Auf diesem Gebiet wurden vor der Melioration 4272 Stück, mithin 0,28 pro Hektar, nach der Melioration 25 428, das sind 1,7 Stück pro Hektar gehalten. In

Prozenten ist der Rindviehbestand vor und nach der Melioration für 8 Anlagen angegeben; die Vermehrung des Bestands betrug nach der Melioration 33,6 %. Die Schweinehaltung vermehrte sich nach Angaben aus 3 Meliorationsgebieten um 32,6 %. Selbst auf dem armen Boden der Kreise Bentheim, Lingen, Meppen und Aschendorf stieg infolge der staatlichen Melioration von 1883 bis 1897 der Bestand an Pferden um 12,2, an Rindvieh um 21,6 an Schweinen um 74,8, an Ziegen um 54,7 %.

Auf Grund dieser Erfahrungen in Westfalen kommt Koch zu dem Endergebnis, es sei sehr wahrscheinlich, daß Deutschlands Bedarf an Vieh und Getreide durch Vornahme weiterer Meliorationsarbeiten in Moor und Heide gedeckt werden könne. Er schließt mit den Worten: »Gerade in unserer Zeit, wo das Nationalitätsprinzip, die Sicherung der nationalen Existenz und Unabhängigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet wieder ausschlaggebend geworden ist, muß es Pflicht aller beteiligten Kreise sein die nötigen Geldmittel und Kräfte zur Verfügung zu stellen, damit dieses Kulturwerk, das uns sicherlich in weitem Umfang vom Ausland unabhängig macht, alsbald in Angriff genommen wird.«

×
Römische
Campagna

×
Zu den ausgedehntesten noch der Kultivierung harrenden Ödlandflächen Westeuropas gehört der Agro Romano, der den Vignengürtel des Suburbiums von Rom in einer Breite von etwa 30 Kilometern umgibt. Ihn hat Friedrich Noack in seinem mit 236 ganz- oder halbseitigen Abbildungen und 3 Tafeln in Lichtdruck geschmückten Werk *Die römische Campagna /Rom, Frank/* zum Gegenstand einer Gesamtschilderung gemacht, in der Landschaftsgemälde, Bilder aus der antiken, mittelalterlichen und modernen Geschichte und Szenen aus dem heutigen Volksleben so kunstreich verwoben sind, daß ich mich an eines meiner reizvollsten literarischen Erlebnisse in diesem Genre, die *Wanderjahre in Italien* des Ferdinand Gregorovius, lebhaft erinnere. Aber anders als der nach Italien verschlagene Ostpreuße betrachtet der Vertreter der *Kölnischen Zeitung* in Rom die Landschaft zugleich mit dem Auge des Nationalökonomien, des Agrarpolitikers. Besonders das Schlußkapitel, das von der wirtschaftlichen Nutzung, dem Menschen- und

Tierleben handelt, rechtfertigt die Anzeige des schönen Werks an dieser Stelle. Im Grunde hat sich die römische Campagna seit 1888 — aus diesem Jahr stammt die ihr gewidmete Schrift Werner Sombarts — nicht viel verändert. Noch immer teilen sich in den Besitz der etwa 204 000 Hektar großen Fläche wenige Großgrundherren, im ganzen zurzeit 204, darunter 8 eigentliche Latifundienbesitzer, denen zusammen fast die Hälfte des weiten Gebiets gehört. Noch immer überlassen die Eigentümer die Bewirtschaftung des gegenwärtig in 355 Pachtgütern (*tenute*) eingeteilten Landes kapitalistischen Großpächtern (*mercanti di Campagna*), die aber, wie schon der bezeichnende Name sagt, den Boden weniger landwirtschaftlich nützen als kaufmännisch ausbeuten. Nur ihre Zahl ist seit der Zeit der römischen Studien Sombarts von etwa 100 auf 169 gestiegen. Für die in der Stadt wohnenden Großpächter betreibt eine zerstreute, spärliche Nomadenbevölkerung, die in der Saison durch weither angeworbene Wanderarbeiterscharen verstärkt wird, eine rohe Steppenwirtschaft. Das Los dieser in Strohhütten und Schilfhütten hausenden Opfer des Latifundiums und der Großpachtung — in der Volkssprache werden sie *guitti*, Lumpen genannt — hat sich in letzter Zeit nur insofern etwas günstiger gestaltet als seit Herbst 1904 der römische Frauenverein für die bisher ausschließlich aus Analphabeten bestehende Landarbeiterbevölkerung Sonntagsschulen unterhält und bis heute 736 Schüler, junge und alte, in 14 Schulen gesammelt hat. Der Ackerbau ist unbedeutend, und noch oft wird mit dem Hakenbaum, wie Vergil ihn beschreibt, die harte Erde gepflegt. Als bisher einzige landwirtschaftliche Maschine ist die Dreschmaschine eingeführt, auch sie erst im letzten Jahrzehnt. Nach der Getreideernte werden die Stoppeln abgebrannt, und das so *gedüngte* Ackerland wird ohne Ansaat dem natürlichen Pflanzenwuchs überlassen. Auf der unabsehbar weiten Weidefläche tummeln sich halbwilde Herden, Pferde, Rinder, in abgelegenen Winkeln auch noch Büffel, vor allem etwa ¼ Million Schafe, die aber aus Mangel an Pflege und infolge der Entbehrungen der Wanderweidwirtschaft in ihrer Rasse heruntergekommen sind und pro Stück jährlich nur etwa 1 bis 1½ Kilo Wolle liefern, gegen 4 bis 6 Kilo der deutschen Schafe.

All das ist nach Noack nicht Folge des Klimas oder der Bodenbeschaffenheit sondern ausschließlich der sozialen Zustände, durch die das Latifundium konserviert wird. »Wieviele zufriedene, gesunde Bauern könnten in schmucken Dörfern auf der weiten Fläche des Agro Romano wohnen, wenn dieser im Kleinbesitz oder in Kleinpachtung intensiv bebaut würde.« Bisher aber haben sich alle neueren Kolonisations- und Bonifikationsgesetze als wirkungslos erwiesen. Auch das Gesetz vom 13. Dezember 1903, das alles Land im Umkreis von 10 Kilometern vom *Goldenen Meilenzeiger* (dem 28 vor Christus von Augustus vor dem Saturntempel errichteten *miliareum aureum*) der Zwangsmelioration, gegebenenfalls der Zwangsenteignung unterwarf und die Bonifikation außerhalb dieser Zone gelegenen Landes durch Steuererleichterungen begünstigte, wird der *himmlischen Wüstenei* der Campagna nicht gefährlich. Man ist versucht südländischer Lethargie die Schuld zu geben. Aber überlassen wir Deutsche, aus Scheu vor den Kosten und Mühen der erstmaligen Urbarmachung, nicht eine 5mal größere Fläche, unsere Hochmoore, dem Birkhuhn und der Bekassine, obwohl die von Fleischer, Tacke, Salfeld und anderen ausgebildete sogenannte *deutsche Hochmoorkulturmethode* sich schon seit länger als einem Jahrzehnt trefflich bewährt und eine ganze Anzahl neuerer Kolonien gelehrt hat, daß auf unserm Hochmoor eine vieltausendköpfige Bevölkerung ein zwar arbeitsreiches, aber sicheres und gutes Auskommen finden könnte?

× **Kurze Chronik** × Es sind jetzt 25 Jahre her, seitdem der Ingenieur Max Eyth, nach 21jähriger Tätigkeit im Ausland nach Deutschland zurückgekehrt, nach dem Muster der *Royal Agricultural Society* unter vielen Schwierigkeiten die *Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft* gegründet hat. Erst langsam, dann rasch wachsend, hat diese inzwischen durch ihre Mitgliederzahl wie durch ihre Leistungen das englische Vorbild weit übertroffen. Mit Recht dürfte die Gesellschaft auf ihrer Jubiläumstagung im Dezember vorigen Jahres mit Befriedigung auf die von ihr zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktionstechnik geleistete Arbeit zurückblicken. × Unter den Veranstaltungen der bevorstehenden *Landwirtschaftlichen Woche*

dürfte die Berliner Leser dieser Zeitschrift am meisten eine vom *Verein zur Förderung der Moorkultur* in der letzten Februarwoche in das *Rheingold* einberufene öffentliche Versammlung interessieren, in der hervorragende Fachmänner, darunter der Leiter der Moorkulturanstalt Bremen Professor Tacke, Forstmeister Krahnher-Schmolzin, die Geheimen Oberregierungsräte Dr. Krohne, Dr. Fleischer und Dr. Ramn, die Leiter der ostpreussischen und oldenburgischen Moorkolonisation Generalkommissionspräsident vom Hove und Regierungsrat Dr. Buhlerl und Freiherr von Wangenheim über die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Moore und Heiden und ihrer Besiedlung, zum Teil unter Vorführung von Lichtbildern sprechen.

× **Literatur**

× Eine agrarpolitische Arbeit von ungewöhnlicher Bedeutung ist Professor Sering's im preussischen Landesökonomiekollegium gehaltener und für den Druck erweiterter Vortrag *Grundbesitzverteilung und Abwanderung vom Lande* (Berlin, Unger/). Der Grundgedanke ist: Das westliche Deutschland erhält und vermehrt seine Landbevölkerung, weil es Bauernland ist, der Osten aber verliert seinen gesamten ländlichen Nachwuchs und sogar mehr, er verringert den Stamm der Bevölkerung, weil dort der Großgrundbesitz zu stark, der bäuerliche Familienbetrieb zu schwach vertreten ist. Diese These wird mit einem aus der Bevölkerungsstatistik des Zeitraums von 1870 bis 1905 gewonnenen erdrückenden Zahlenmaterial bewiesen. Dabei ist die Arbeit alles andere als eine trockene statistische Untersuchung. Unter großen Gesichtspunkten werden für alle Provinzen und Landschaften die Zusammenhänge durchleuchtet, die zwischen der Grundbesitzverteilung und der mit ihr innig verbundenen ländlichen Arbeitsverfassung einerseits und der Bevölkerungsbewegung und -wohlfahrt andererseits bestehen. Sering schließt mit einem Aufruf durch energische Innenkolonisation im deutschen Osten immer mehr »selbständige demnach für den Absatz produzierende, spann- und maschinenfähige Kleinbetriebe« zu begründen. Ein eindringliches Studium der wertvollen Arbeit, auf deren hier nur angedeuteten reichen Inhalt noch öfter zurückzukommen sein wird, kann niemandem erspart werden, der über die agrarischen Fragen der Gegenwart sich Klarheit verschaffen will.